

Er scheint täglich außer Montags. Preis Prämienanstoß: Vierteljährlich 2,20 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Subskriptionen: 2,30 Mk. pro Quartal, unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 1/2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung - Kreisliste für 1894 unter Nr. 4919.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die Anzeigen pro Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Inserate und Veranlassungen: Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 20. Februar 1894.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

1 M. 65 Pf.

Der Bund, der riesig und alle, alle kamen: der semmelbärtige, bis zum Knie seiner seidenhütlichen Bedachung schier sechs Schuh messende Edelste aus dem Osten; der Domänen- und Borwerkspächter, mit seinem 250 Pfund Lebend-Gewicht allein schon die beste Garantie bietend für weitgehende Zahlungsfähigkeit; das tapfere Gotteswort vom Lande, etwas borstig, die goldene Brille auf der schlaunen, witternden Nase; Rübenbauern aus dem Magdeburgischen, die ganz Berlin kennen, in- und auswendig, wie ihre eigene Sprache; Bierbrauer und Zuckersieder, Popsenhändler und Schnapsbrenner, Großbauern, die von aller Welt verlangen, daß man sie „Herr Gütsbesitzer“ anredet, und der Schnittlauch auf allen bürgerlichen politischen Suppen, der königlich preussische Geheimrath. In Summa eine höchst ehrenwerthe, sehr stattliche und satte Gesellschaft, die Blüthe der Königs-treue und der Stolz der staatserkaltenden Parteien. Nur der Bund selbst mag wissen, auf welche Weise unter diese auserlesene Herrngesellschaft auch einige wirkliche Bauern gerathen waren, Männer mit von Krähenfüßen, Falten und Runzeln zerrissenen Gesichtern, krumm gearbeiteten Rücken, hornschwieligen Händen; mit schleppenden Schritten wandten sie dahin an langen Wanderstöcken, von einer Ecke des Feenpalastes in die andere schoben sie sich, und aus jedem ihrer Blicke sprach die Bitte um Entschuldigung, daß sie es gewagt, in der Generalversammlung der Herren vom Bunde der Landwirthe zu erscheinen.

Die Bündler hatten ihre Generalversammlung einberufen, um zu demonstrieren, und sie haben sie abgehalten und haben demonstriert: Gegen den russischen Handelsvertrag und gegen den deutschen Reichskanzler, gegen die Fonds- und Fruchtbörsen und die Presse, die nicht in ihr Horn stößt; und sie haben sich ausgesprochen für den Antisemitismus und die Doppelwährung, die russischen Minister haben sie gepriesen und die Fürsorge, welche diese dem landwirtschaftlichen Gewerbe angedeihen lassen, und ihrem Veros, Wohltäter und Schildhalter im Sachsenwalde, haben sie ein Hoch-Kongert gebracht, daß der Bretterboden erkrachte und die Fenster zitterten.

Bezeichnend für den Geist, der über der Versammlung schwebte, ist folgende Thatfache.

Bei all den verschiedenen Hoch's, Hurrah's und Dank-sagungen mußte immer Einer den Anstoß geben, um das zustimmende Geschrei hervorzuloden, als aber der Kenommit-bauer Lutz zum erstenmal Bismarck's erwähnte, und als aus der Versammlung heraus der Antrag gestellt wurde, daß nur Angehörige der christlichen Religionen Mitglieder des Bundes sein könnten, da schlug beide Male wie eine Lohre a tempo der Jubel auf, und die innersten Herzens-wünsche der versammelten Herren lagen auf einmal klar zu Tage. Mit Mann und Muth ist der Bund der Land-wirthe ins antisemitische Lager abgerückt und mit Einstimmigkeit hat er sich für die volksausbeuterischen Praktiken des

Zubelgreises in Friedrichshagen ausgesprochen. Der Waschecht-heit der reaktionären Gesinnung, der Rückständigkeit der wirth-schaftlichen Ansichten entsprach vollkommen die Qualität der ge-halteneren Reden. Die Vorstandsmitglieder des Bundes redeten daher, wie ihnen der Schnabel gewachsen war. Aber der Schnabel war schlecht gewachsen. Das war ein formloses Tratschen, Schwägen und Zetern, aber kein Reden. Kein einziger der Herren beherrschte den Stoff, über welchen er sprechen sollte, und in rein sprachlicher Beziehung machten die meisten von ihnen den Eindruck großer Kinder. Was soll man dazu sagen, wenn Herr Lude den „Werth“ definiert als den festgesetzten Feingehalt des Geldes, wenn der bayerische Bierbrauer Lutz als Hauptargumente gegen den russischen Handelsvertrag Ansprüche einiger seit einem Jahrhundert todt und begrabener Preußenkönige aufführt, wenn derselbe Herr seinen Zuhörern einreden will, daß sich die Produktionskosten des Doppelgüterns Getreide in Süd-russland auf 5 Mark stellen, während sie in Deutschland 13,50 M. betragen, wenn er von einem Nothstand der Industrie-Arbeiter nichts wissen und erst dann an einen solchen glauben will, wenn er sieht, daß die Arbeiter aus den Industriezentren wieder nach dem Oden zur Land-wirtschaft zurückkehren? Welcher Verständige kann ein grimmi-ges Lächeln verheizen, wenn er den Ausspruch eines Redners dieser Agrarierversammlung liest: „Die Bauern seien es eigentlich, welche indirekt alle Steuern zahlen.“

Nein, an übergroßer Bescheidenheit leiden die Leiter des Bundes sicherlich nicht. Wir sind die besten Gesell-schafts-, Staats-, Thron- und Altarstüben, demerten sie auf der Generalversammlung; wir und unsere Vorfahren haben die Schlachten Preußens und Deutschlands geschlagen, Deutschland ist ein Agritkulturland und soll es bleiben; den Getreideproduzenten hat der Staat hoch und warm zu halten, nach dem Konjunktur hat er gar nichts zu fragen; in den Bauern steckt mehr Weisheit, als bei manchem Herrn am Regierungstisch. Ueber die Aufhebung des Identitäts-nachweises und der Staffeltarife sich auszusprechen, haben die Herren direkt abgelehnt. Erst wenn die Abstimmung über den russischen Handelsvertrag vorbei, wollen sie darüber reden. Nun, man wird sie schon etwas früher zwingen, mit der Sprache herauszurücken.

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe ist vorbei, die Demonstration der Agrarier gegen die Gerab-schlung der Getreidezölle kam, wenn man den rein äußer-lichen Verlauf betrachtet, als gelungen bezeichnet werden; die beiden Versammlungen waren sehr gut besucht und kosten gar oft wie das brandende Meer. Aber die Verständigeren unter den Theilnehmern werden nicht gerade großen Hoffnungen nach ihren Herrnsitzen heimkehren. Eine ganze Menge von konservativen und antisemitischen Reichs- und Landtagsabgeordneten war im Feen-palast anwesend, aber keiner ist den Bundesleitern helfend zur Seite gesprungen und hat sich an der Debatte betheiliget. Das sagt genug. Ein Mann hat sich allerdings

als Helfer eingestellt, der Herr Professor Dr. Adolf Wagner. Das scheint uns ein böses Vorzeichen für den Bund. Herr Wagner hat es immer gar prächtig verstanden, gerade zur ungelegensten Zeit sich für oder wider eine politische Partei oder Aktion zu erklären. Als die sogenannte „Berliner Bewegung“ schon den Keim des Zerfalls in sich trug, ward Herr Wagner ihr erster Dauer- und Wanderredner, und kurz bevor der Adau-Antisemitismus im vorigen Jahre seine höchsten Triumphe feierte, sandte er dieser Richtung, der er seit Jahren angehört, den Scheidebrief.

Der Industrie-Proletarier sieht in dem Bunde der Land-wirthe eine Vereinigung der Brotvertheurer und muß ihn deshalb bekämpfen auf jede Art und Weise. Aber auch der Landarbeiter, Klein- und Mittelbauer wird und muß dahinter kommen, daß ein weiteres Ge-beihen und Umsichgreifen des Bundes durchaus nicht eine Wahrung und Förderung seiner wirtschaftlichen Interessen zur Folge haben wird. Im Gegentheil. Welch schmerzliches Behagen troch um die Lippen der im Feen-palast versammelten Großgrundbesitzer, als ihnen der „Bauer“ Lutz mittheilte, daß man in Südrussland einem Arbeitsmann mit Pferd täglich nur 1 M. 65 Pf. an Lohn zu zahlen brauche!

Ihr Kleinbauern, Büdner und Kossäten, wolt ihr durch eueren Beitritt zum Bunde der Landwirthe den Junkern und Genossen die Macht in die Hände geben, daß sie auch in Deutschland Einrichtungen treffen, wie sie bisher nur im geknechteten und getretenen Ausland möglich gewesen?

Aus England.

London, 17. Februar 1894.

Die Explosion in Greenwich Park ist die Sensation des Tages. Ich nehme an, daß der Telegraph Ihnen die Haupt-nachrichten über den graufigen Tod des französischen Anarchisten Martial Bourdin mitgetheilt haben wird, und will daher nur Einiges zur Ergänzung hinzufügen. Welche Absichten der Verunglückte hatte, als er Donnerstag Abend den ganz im Südosten Londons gelegenen Park aufsuchte, ob er, wie selbst heute noch ernsthaft behauptet wird, einen Anschlag gegen die Sternwarte von Greenwich im Schilde führte, ob er, wie von Paris aus gemeldet wird, möglichst unbeschadet die Eisenbahn-Station New-Cross erreichen wollte, um sich über Newhaven nach Paris zu wenden und dort das Werk des Henry fortzusetzen, ob er, wie eine andere Besart lautet, nur die Wische mit dem verhängnisvollen Inhalt im Park von Greenwich in Sicherheit bringen, oder ob er, wie es schließlich heißt, die Wirkung eines neuen Sprengapparats resp. Sprengstoffes ausprobiren wollte, wird wohl für immer Gegenstand der Vermuthung bleiben. An einen Anschlag gegen die Sternwarte von Greenwich kann ich nicht glauben, und die Theorie, daß Bourdin sich bloß eines verrätherischen Wessies entledigen wollte, wird durch die Thatfache widerlegt, daß die Polizei bei einer zweiten, gründ-licheren Untersuchung seiner Wohnung sowohl Sprengstoff als eine der explodirten ähnliche Flasche gefunden hat. Die größere

„Dieser Herr hat jedenfalls ein gutes Geschäft ge-macht.“ bemerkte Röder bitter, „o, ein Pfiffikus dieser Herr Doktor, erst freit er die Jugend und Unschuld, dann das Geld. Ein vielfacher Millionär ist er denn jetzt, Dein Mann?“

Und nun suchte er ihr begreiflich zu machen, wie über-eist, wie unverantwortlich thöricht sie doch gehandelt habe. Wie die Sachen zwischen ihr und ihrem Manne standen, einem notorischen Ehebrecher, hätte sie auf eine bedeutende Alimention Anspruch gehabt, und sie hätte sie unsehbar erhalten müssen. — Aber der erste mißbilligende Blick, der aus ihren Augen ihn traf, ließ ihn verstummen.

Sie hatte es ihm schon einmal gesagt, daß sie lieber betteln gehen wolle, als von dem Mann eine Pension an-nehmen, der sie nicht mehr mochte und den sie verachtete.

Nun, Röder hatte dasselbe Empfinden, und wenn er anders gerathen hatte, geschah's nur, weil ihn sein Kind erbarmte. Aber es war sein Schicksal, daß er, der Idealist, sobald er einmal praktisch sein wollte, den Kürzeren zog. Nur an das Wohl der Seinigen hatte er gedacht, wenn er sich schon verberg und seine Grundsätze verleugnete. Niemand wußte ihm Dank dafür, und nun mußte er's erleben, daß sein eigenes Kind ihn der niederen Gesinnung verdächtigte.

Thränen stürzten dem alten Manne in die Augen und seine Lippen bebten.

„Weißt Du, auch ich hatte ein stolzes Herz, auch ich wollte im Leben festhalten, was dem Manne das Höchste gilt seine Ueberzeugungen, aber der Kampf uns Dasein ent-würdigt, der bringt uns herunter. Du kennst das noch nicht — nein — Du kennst es nicht. Du bist in Bulgarien eine Heldin gewesen, Du konntest es sein. Dein Unterhalt war Dir gesichert und Deine Exaltation hat Dich über alle Mäh-jal erhoben — jetzt bist Du zu einer Proletarierin herab-“

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(Alle Rechte vorbehalten)

Helene.

[47

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Sie fand den Vater gealtert und vergrämter als je vorher. Die Zeitumstände hatten seinen Radikalismus be-deutend herabgemindert. Das Sozialistengesetz, das im Herbst 1878 in Kraft getreten war, brachte die Halben und Kleinmüthigen in Schreck und Verwirrung. Auch Röder glaubte, daß damit die Organisation der Sozialdemokratie tödlich getroffen und ihr fortan jede Möglichkeit abge-schnitten sei, ihre Anschauungen geltend zu machen und zu verbreiten.

Konrad, der es so wohl verstanden hatte, seinen Muth zu beleben und seinen Geist zu befeuern, war vor einem halben Jahre mit seiner Mutter nach Berlin gezogen, und Röder, der bisher unter einem Pseudonym schriftstellerisch für die Partei thätig gewesen war, zog sich nun ganz von derselben zurück.

Er gab alles für verloren und die Ereignisse schienen ihm Recht zu geben.

Ueber Berlin und Umgegend wurde der kleine Be-lagerungsstand verhängt, und obwohl nichts Thatfächliches vorgebracht werden konnte, was diese außerordentliche und ungeheuerliche Maßregel gerechtfertigt hätte, so wurde sie doch aufrecht erhalten und die Verfolgungen und Aus-weisungen wollten kein Ende nehmen.

Röder, politisch mundtot gemacht, machte seinem ge-preßten Herzen seiner Tochter gegenüber Luft, die für seine kritischen Ausführungen ein aufmerksames Ohr hatte, aber durch seinen Pessimismus sich oft schmerzlich betroffen fühlte.

Auch die Verhältnisse im eigenen Hause sah er im düstersten Lichte.

Er war im Amte vorgerückt, aber die Erhöhung des Gehaltes entsprach nicht den gesteigerten Ansprüchen, und mit dem Nebenverdienst war es vorbei.

Er ließ seine Söhne studiren, aber sie bekamen es täg-lich von ihm zu hören, daß sie als Proletarier des Geistes noch tausend Mal bellagenerwerther sein würden, als die Proletarier der Industrie.

Und jetzt hatte er auch die Tochter wieder im Hause, ein armes junges Weib, das sein Leben verfehlt hatte.

Helene that Alles, um ihn wenigstens über ihr Schicksal zu beruhigen; sie wolle sich schon selbst durch's Leben helfen, sie habe ja schon bewiesen, daß es ihr nicht an Muth ge-breche, aber er lächelte trübe und ungläubig. Sie versuchte es zunächst mit Uebersehgungen aus dem Russischen, und der Vater mußte zugeben, daß ihre Arbeiten Talent ver-zietehen. Um so enttäuseter war er, daß sie ihr so schlecht bezahlt wurden.

Eines Nachmittags war er erregt von seinem Bureau nach Hause gekommen; die Abendblätter hatten die Notiz von der Vermählung Dr. Hartmanns gebracht.

Mit einer der Geistreichsten und Interessantesten unter den Damen unseres High life,“ hatte das Blatt hingu-gefügt.

Röder zeigte es seiner Tochter schwarz auf weiß.

Sie war überrascht. Als sie aber den Namen gelesen hatte, mußte sie lachen.

Die Lotosblume war die Erwählte.

Er hatte die vergrämte Millionärin geheirathet, über die er sich so oft in der indigestesten Weise lustig gemacht hatte; sie hätte es nie für möglich gehalten. Aber bei weiterem Nachdenken fand sie, daß sie eigentlich vorzüglich für einander paßten, sie würden sich gegenseitig lanciren.

Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es sich um ein „Experiment“ entweder im Fakt selbst oder in der That um ein solches in Paris handelt.

Was aber immer das Verbotene Absicht war, eine Wirkung hat sein unfehlbarer Tod erzielt, er hat der hiesigen Polizei zu verstärkter Wache gegen verdächtige oder ihr als verdächtig erscheinende Ausländer Anlaß, und einer gewissen Presse zu erneuten Attacken gegen das englische Vorkriegs-Verbot gegeben. Wir haben zu lange gebuddelt, daß London das Heim und der Schlafort politischer Verbrecher war, schreiben gestern Abend die „Morning News“, und diesmal befindet sich das Bedientenorgan der Tories in Uebereinstimmung mit einer großen Zahl hiesiger Blätter. Die von dem amerikanischen Millionär Alton angekauft und in ein Lokalblatt verwandelte „Wall-Street-Gazette“ schrieb schon letzten Dienstag: „Wir wärmen eine Schlange an unserem Busen, wenn wir in diesem Land den anarchischen Abhub der Welt beherrschen,“ und ähnliche Aeußerungen anderer Blätter läßt ich Ihnen zu Duzenden vorführen. Die Liberalen drücken sich etwas reservierter aus, aber wenn's darauf ankommt, werden sie entscheidenden Maßregeln ihres Ministeriums oder Altkammern fremder Regierungen keinen großen Widerstand entgegenzusetzen. Es würde auch schwer fallen, Alton wie das Ministerium im Restaurant Terminus in Paris irgend eine willkürliche Seite abzugewinnen. Dem war weder durch Noth zu ihm getrieben, noch durch politischen Druck, und wenn man seine That als die Sühnung der an Wallant kolligierten Hinrichtung bezeichnen will, so ist das eine wertwürdige Sühnung, die in eine Menschenmenge einen Explosionsapparat hineinschleudert und es dem Zufall überläßt, wer durch denselben den Tod oder schmerzhafteste Verwundungen erleidet. Das Personenverzeichnis der durch Henry Verichten zeigt denn auch weniger „Bourgeois“ als Kleinbürger und Subalternbeamte, was übrigens selbsten, der das Café Terminus kennt, Wunder nehmen wird. Bei dieser Attentatsverurteilung gut Glück werden auch sehr die Nicht-Bourgeois die größte Zahl der Opfer stellen, da die eigentlichen Bourgeois sich sehr viel weniger exponieren, als die zwischen ihnen und dem Proletariat stehenden Klassen. Dies ohne auf die Frage einzugehen, wann und unter welchen Umständen ein Kampf gegen Individuen als ein politischer Kampf zu betrachten ist.

Nach Bourdin ist nicht durch Noth zu seiner That, resp. seinem Anschlag getrieben worden. Er hatte, als ihm der Tod erteilt, 15 Pfund Sterling in Gold bei sich. Indes waren wir die weiteren Ermittlungen der Polizei ab. Diese hat gestern eine Nizza im Klub „Autonomie“ und, heißt es, noch verschiedene anderen Klubs in der Nachbarschaft von „Totenkampfbourgeois“, dem Zentrum der fremdländischen radikalen und sozialistischen Arbeiterklubs abgehalten. Im Klub „Autonomie“ drang sie ziemlich zeitig am Abend ein, besetzte den Klub, internierte die Anwesenden in einem der Klubzimmer, und ließ dann einen nach dem anderen der später kommenden Gäste oder Mitglieder ab, bis es indessen ihrer achtzig waren: Deutsche, Deutsch-Oesterreicher, Engländer und Holländer. Jeder mußte seine genaue Adresse angeben und die Papiere, die er bei sich trug, vorweisen, und während der Klub so besetzt war, wurden verschiedene Hausdurchsuchungen in der Nachbarschaft abgehalten. Erst gegen 12 Uhr Nachts wurden die internierten Klubleute freigelassen. Die Polizei hat allerhand Briefschaften und, heißt es weiter, gewisse „Preparate“ beschlagnahmt; ob das Wesentliche sich aber für weitere Aktion gegen die Anarchisten und was dazu gerechnet wird, verwenden läßt, bleibt abzuwarten. Die Erhängungs-Telegraph Company spricht davon, daß entweder Spezialgefängnisse oder einschneidende Polizeimaßregeln gegen Anarchisten zu erwarten seien. Nach den Proben, die der jetzige Staatssekretär des Innern verschiedentlich abgelegt hat, hat diese Meldung nichts Unwahrscheinliches für sich.

Herr Requin ist in bezug auf sozialpolitische Beleggebung seinem Vorgänger, dem Tory-Minister Matthews, entschieden überlegen, als Politikminister ist er jedoch von gleichem Kaliber. Ja, er wird unter Umständen noch schroffer vorgehen, als jener. Wenn die Liberalen am Ruder sind, ist überhaupt die Gefahr der gewaltsamen Repression eine größere, als für gewöhnlich unter den Tories. Es hängt das so zusammen, sind die Tories oben auf, so schauert die Liberalen ihnen auf die Finger und erheben über jeden Versuch gegen die politische Freiheit einen solchen Hymn, daß die Tories sich zehmal bedenken, ehe sie so thun wie sie möchten. Sind aber die Liberalen am Ruder, so schreiben die Tories bei jeder Gelegenheit, die liberale Regierung verläume ihre Pflicht der Aufrechterhaltung der Ordnung, sie sei schlaff, impotent, schlammig, und dies Geschrei verfehlt denn in geeigneten Momenten seinen Effekt nicht. Das Resultat ist das Gegenstück zur Arbeitsethik der Parteien in bezug auf Reformgesetz.

Erst vor einigen Tagen wieder wurde Herr Requin von Tories wegen der Drohreden des Organisations-Büroaus von Lower Hill interpellirt. Requin antwortete ganz richtig, man solle diesen Reden nicht durch Leitartikel und Interpellationen eine Bedeutung geben, die sie nicht haben, aber er unterließ nicht,

hinzuzufügen, daß, wenn die betreffende Persönlichkeit von allgemeiner Drohungen zu Aufforderungen von Gewaltanwendung gegen bestimmte Personen übergehe, er nicht ermangeln werde, einzugreifen. Und so muß man auch in bezug auf die Frage der politischen Flüchtlinge und der fremden Klubs gewärtig sein, daß Herr Requin sich schließlich noch das Lob der Tories erwehrt.

Die Nizza im Klub „Autonomie“ ist schon ein verhängnisvoller Präzedenzfall. Derselbe ist als Sammelplatz von Anarchisten aller Art bekannt und die Geschichten, die über fortgesetztes gegenseitiges Befehlen der Mitglieder untereinander in die Presse gedrungen, lassen ihn den Einen als eine Tischplatte, den Andern als ein Narreninstitut erscheinen, und so hat Alton gegen die Heimführung desselben durch die Polizei etwas einzuwenden gehabt. Aber wird das Publikum erst daran gewöhnt, daß die Polizei in politische Klubs eindringt, dann ist ein arger Risk in die Sicherheit politischer Flüchtlinge in England gesetzt, der leicht nach und nach erweitert werden kann. Kein Klub ist davor sicher, daß sich in ihn nicht zeitweise unsaubere Gesellen einschleichen, aber während die politischen Klubs bisher selbst gegen das Eindringen solcher Polizei läßt, wird nun die Polizei sich das Amt anmaßend wollen und alsdann natürlich nach ganz anderen Grundsätzen vorgehen. Und da die Ueberwachung der Klubs jedenfalls sich als ungenügend herausstellen wird, wird man womöglich noch andere Kontrollvorrichtungen durchzuführen versuchen — was freilich nur den Effekt haben würde, die zu beschützenden, die nicht gemeint sind, während diejenigen, die wirklich auf Gewaltthaten hinarbeiten, in der Metropolen immer ein unbekanntes Pflanzgut haben werden.

Die jetzige Attentatsverurteilung ist meiner Ansicht nach eine Modelthat. Sie ist aufgebracht worden theils durch überspannte Schreier, theils durch schamlose „Krupellose-Ordnungs“-politiker, weiter dadurch, daß man die Vererber der Attentats zu Helden stempelte, was sie nicht sind, und schließlich durch das gar nicht genug zu geselnde Verhalten der Klubs und sensationell-süchtigen bürgerlichen Spekulationspresse. Wenn der Pariser „Figaro“ etliche Tage nach Vallant's Attentat eine ganze Doppel-Seite mit Wildern, Insurrectionen und Glorifikationen der Bestimmungsgenossen Vallant's brachte, nur am Schluß durch ein paar nichtsfahrende Bemerkungen über „verbrecherischen Wahnsinn u. s. w.“ abgeschwächt, so mag das für die überreizten Nerven seines Bourgeoispublikums eine pilante Abwechslung gewesen sein, auch die echauffirten Gemüther der Vererber der That Vallant's konnte es aber nur noch erheißend wirken. Ich stimme mit bezug auf die Beurteilung der Verurtheilten Vallant's, Henri's u. s. w. nicht ganz mit der Redaktion des „Vorwärts“ überein, ich halte die Genannten nicht für wahrhaftig, so wahrhaftig ich ihre Theorien halte, aber darin bin ich durchaus Ihrer Meinung: Wenn Henri geköpft wird, dann gehören die Deklaretoren des „Figaro“ und die ganze figuristische Presse wundenhaft ins Buchhaus, denn sie sind die intellektuellen Urheber der empörenden Blutthat im Café Terminus.

Kommission für Arbeiterstatistik.

Die Vernehmung der Ausnahmispersonen aus dem Bäckerei- und Konditorerwerbe ist am Sonnabend beendet worden. Heute hatten sich zunächst die Sachverständigen über das Ergebnis zu äußern. Der Obermeister Kunze, Vorsteher des Germania-Verbandes führt aus, daß höchstens 10—12 pSt. der Bäckergehilfen eine lange Arbeitszeit haben. Setzt man der Arbeitszeit Grenzen, dann wird das gute Einvernehmen zwischen Meistern und Gesellen gestiftet. Der Bäckereiverband ist widerstands- und leistungsfähiger als die Gesellen in anderen Gewerben, weil er in seiner Nahrung nicht so beschränkt ist. Sehr oft klagen die Gesellen, daß sie nicht genug Arbeit haben, er glaubt, daß sein Vorsteher sofort aus seinem Geschäft austreten würde, wenn er ihm verbieten würde, länger als 12 Stunden zu arbeiten. Kommt die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit, dann wird der Meister seine Leute austreiben und doch wird eine Ueberschreitung der Grenze nicht zu vermeiden sein, weil die Bäckerei von Einflüssen der Witterung und von vielen nicht kontrollirbaren Zusätzen abhängig ist. Werden Bestimmungen über die Arbeitszeit erlassen, dann können wir keinen Gesellen mehr aus der Arbeit entlassen, sondern wir müssen warten, bis wir von ihm in Gnaden entlassen werden. Die Sonntagarbeit muß so geregelt werden, daß alle Meister um 9 Uhr spätestens mit der Arbeit abrechnen müssen. Wird es gestattet, daß abwechselnd die Leute einen Sonntag frei haben müssen, dann werden die großen Unternehmer die Arbeit an sich ziehen.

Der Bäckereiverband Weinhart-Dresden führt aus, daß die Einwendungen der Meister übertrieben sind. Gewiß kann es vorkommen, daß durch Unachtsamkeit der Gärungsprozess verlängert wird, das würde aber höchstens eine halbe bis dreiviertel Stunden ausmachen. Die Regelung der Arbeitszeit ist durchführbar und notwendig. Vor allem aber müßten die Lehrlinge geschützt werden. Wenn vielfach von den Meistern behauptet wurde, sie lassen ihren Lehrling länger schlafen, so

seien diese in ihren Ausführungen nicht ganz ehrlich, denn fast überall müßten die Lehrlinge länger als die Meistern arbeiten. Er halte für die Gesellen einen Arbeitstag von 12 Stunden oder 72 Stunden wöchentlich, eine Sonntagsruhe von 18 Stunden für angebracht, außerdem müßte in dem Schutz der Lehrlinge noch weiter gegangen werden, so daß diese später mit der Arbeit beginnen und nicht zum Stolanzstrafen benutzt werden.

Obermeister Prusog aus Breslau glaubt, daß die Lehrlinge schon durch die Innung geschützt werden. Jeder Lehrling habe das Recht, sich bei dem Obermeister zu beschweren. Kommt eine Beschwerde, dann wird der Fall von der Innung untersucht und solchen Meistern, welche die Lehrlinge zu sehr ausbeuten, wird das Halten von Lehrlingen untersagt.

Der Bäckereiverband M o s t aus, daß die Bäckereigesellen wohl erwogen haben, was ohne Schädigung des Bäckereigewerbes durchführbar ist. Sie gehen nicht einmal soweit, das zu verlangen, was verschiedene humane Arbeitgeber schon in ihren Betrieben eingeführt haben. Mit einer Arbeitszeit von zwölf Stunden täglich oder 72 Stunden wöchentlich läßt man aber unter den denkbar ungünstigsten Umständen auskommen. Eine Sonntagsruhe von 18 Stunden könne den Bäckern ebenfalls bewilligt werden und dann müßte vom ersten Feiertag Mittags bis zum zweiten Feiertag Nachts 12 Uhr ganz zu ruhen habe. Für die Familie des verheiratheten Bäckers ist es ein Unglück, daß der Familienvater im ganzen Jahre keinen ganzen Tag bei seiner Familie sein kann. Da die Produktion nur zweiten Feiertage eine sehr geringe ist, könnte diese ganz eingestellt und den Bäckern drei ganz freie Tage bewilligt werden. Den Lehrlingen müßte in den ersten zwei Lehrjahren die Arbeit vor 4 Uhr Morgens verboten werden. Ueberall wird nach 4 Uhr noch der ganze Nachprozeß wiederholt; unter dieser Bestimmung würde die Ausbildung und geistige Entwicklung gefördert werden.

Nachdem die Sachverständigen entlassen sind, ergreift der Korreferent, der sächsische Regierungsrath M o r g e n s t e r n, das Wort. Redner ist der Ansicht, daß, wenn einige Ueberstunden bewilligt werden, ein 12stündiger Maximal-Arbeitstag eingeführt werden kann. Auch müssen Schritte unternommen werden, um das Hausiren der Lehrlinge zu verbieten, weil das Hausiren die Sittlichkeit der Lehrlinge gefährdet.

Der zweite Korreferent Reichthage-Abgeordneter M o l l e n b u r g führt aus: Wenn man sich die Frage vorlegt, ob hier der § 1206 der Gewerbe-Ordnung anwendbar ist, dann müßte man diese Frage bejahen, wenn auch aus der Sterblichkeitsstatistik, sowie aus den Ueberichten der Krankenkassen hervorgeht, daß die Sterblichkeit und die Erkrankungsrate unter den Bäckern keine besonders hohe ist. Der Abs. 3 des § 1206 verlangt nicht, daß das Leben der Arbeiter gefährdet wird, sondern daß eine Gefährdung der Gesundheit durch die übermäßige Dauer der Arbeitszeit vorhanden ist. Diese Gefährdung der Gesundheit ist durch den Mangel an Ruhe vorhanden, ferner durch die Verkrüppelungen, die sogenannten Bäckereise, von der Gefährdung der Gesundheit Zeugnis. Es sei ferner zu bedenken, daß nur kräftige gesunde Knaben von den Bäckern als Lehrlinge zugelassen werden. Aus den Aussagen des Obermeisters Kunze geht hervor, daß neben 19 000 Gesellen 15 000 Lehrlinge beschäftigt werden. Wenn die Knaben durchschnittlich mit 14 Jahre in die Lehre treten dann müssen sie im 21. Lebensjahr das Geschäft verlassen. Die übergroße Anzahl der Bäckerei befindet sich daher in einem Alter, in welchem Krankheiten selten vorkommen. Da aber viele länger als bis zum 21. Lebensjahre im Gewerbe aushalten, so läßt sich daraus schließen, daß ein großer Theil schon bald nach vollendeter Lehre das Geschäft verläßt, weil der Gesundheitszustand das Fortarbeiten nicht gestattet. Auffallend hoch ist die Zahl der Entzündungen an Entzündungen der Hände und Füße. Nach dem Bericht der Zentral-Krankenkassen und Sterblichkeits sind mehr als ein Drittel aller Entzündungen solche Entzündungen. Nach dem Gutachten des Reichs-Gesundheitsamtes entstehen die Entzündungen der Hände und Unterarme durch die Ausübung des Bäckereiverberns. Auch kann man die Wirkungen der langen Arbeitszeit nicht genau beurtheilen, weil ein Drittel der Bäckerei fortwährend arbeitslos ist und viele in solchen Betrieben arbeiten, in denen die lange Arbeitszeit nicht vorkommt. Bei den statistischen Aufnahmen werden diese aber mitgezählt und daher kommt das scheinbar günstige Resultat. Redner beantragt eine Maximal-Arbeitszeit von 72 Stunden wöchentlich festzusetzen. Bei dieser können die etwa entliehenden Schwankungen ausgeglichen werden. Daß ein 12stündiger Arbeitstag durchführbar ist, beweisen viele Betriebe, worin er heute besteht. Die Umwälzungen werden nicht so groß sein, als es den Anschein hat, da in vielen Betrieben die lange Arbeitszeit durch einen einträglichen Schendrian herbeigeführt wird. Betriebe, in denen die Produktionsmenge zur Ausdehnung der Arbeitszeit gefährdet hat, können sich durch Einstellung von mehr Arbeitern helfen. In Betreff der Sonntagsruhe und des Schutzes der Lehrlinge vertheilt der Redner die Forderungen der Gesellen.

Unterstaatssekretär Dr. v. M o l l e n b u r g: Die Erhebungen haben wohl jedem zu der Ueberzeugung gebracht, daß traurige

gesunken; Du wirst erst erfahren, welche Demüthigungen das in sich schließt, wie das alle menschliche Würde vernichtet und allen Stolz. Wie man sich da duckt und duckt und duckt, um des elken Fraßes willen, wie man schweißrothet vor dem Vaster, bis einem der Elck erfährt und man sich selbst ins Gesicht spucken möchte.“

„Mein Vater!“ rief Helene und tief ergriffen stürzte sie ihm an den Hals und streichelte und küßte ihm die Thränen von den runzligen Wangen.

Sie verstand ja Alles, sie begriff, was er gelitten hatte, als Denker, als Mensch, durch seine Pflichten gebunden, und sie sagte ihm so viel Liebes und Bärtliches, wie es ihr aus dem Herzen quoll, bis es ihr gelang, ihn zu beruhigen.

Sie selbst fühlte sich ruhig und stark.

Sie hatte ihre Gesundheit wieder zurückerlangt und stand in der Vollkraft ihrer geistigen und physischen Fähigkeiten.

Sie arbeitete fleißig mit der Feder und fühlte sich zu selbständigem Schaffen aufgeleget.

Sie hatte Skizzen aus Bulgarien geschrieben, Abder fand sie originell und interessant und rieth ihr, sie einem hervorragenden Blatte einzuschicken.

Es geschah. Sie erhielt lange Zeit keine Antwort, endlich kam ein Zettel, worin sie aufgefordert wurde, sich in die Redaktion zu versetzen.

Sie wurde von einem der Redakteure mit kühler Höflichkeit empfangen und nach kurzer Musterung gefragt, ob sie das alles selbst geschrieben habe.

Auf ihre Bejahung lächelte der Mann. „Es ist manches sehr schön darin — ja sehr — freilich sogar, mein Fräulein,“ er suchte ihre Augen.

„Es ist nichts darin, dessen sich eine Frau zu schämen hätte,“ sagte sie kalt, aber sie fühlte, wie ihr die Röthe des Unwillens unter diesem sie examinirenden Blick in die Wangen stieg.

„Man erkennt aus den Schilderungen, daß Sie selbst in Bulgarien waren — haben wohl vieles schon selbst erlebt?“ schmunzelte er.

Sie fragte, ob er die Arbeit brauchbar finde, wenn nicht, bitte sie um die Rückgabe.

Aber er meinte, das Blatt werde ihre Skizzen wahrscheinlich bringen können.

„Sobald wir soweit sind, werde ich Ihnen die Belegexemplare zuschicken,“ und er nickte ihr freundlich, wie verabschiedend zu.

Als sie nach dem Honorar fragte, riß der Mann die Augen verwundert auf, dann lachte er. „Es sei noch nie dagewesen, daß junge Damen für ihre Erstlingsarbeiten ein Honorar bezögen, und als sie ihm sagte, sie bekäme sogar für Uebersetzungen ein solches, meinte er: Auch fey Blatt bezahle Uebersetzungen, damit mache man sich keinen Namen, aber es gäbe Hunderte von Schriftstellerinnen und selbst von Schriftstellern, die glücklich wären, wenn ihre Arbeiten in dem Blatte veröffentlicht würden, denn die Ehre, der Ruhm, mein Fräulein, ist auch etwas.“

Sie versicherte ihm jedoch, daß sie einstweilen auf Ruhm keinen Anspruch mache, aber sie müsse leben.

„So, so, Sie wollen also verdienen — Sie müssen verdienen —?“

Er examinirte wieder ihr schönes Gesicht, ihre jugendliche Gestalt, dann bemerkte er leise: „Kommen Sie heute gegen sechs in meine Wohnung, wir werden Ihre Skizzen einmal zusammen lesen, dann werde ich Ihnen sagen, was ich dafür zu bezahlen gedente.“

Da griff sie mit fester Hand zu, nahm ihr Manuskript an sich, und ohne ein Wort zu sagen, ohne den Mann zu grüßen, ging sie hinaus.

Ihr Blut kochte in heißer Empörung, aber zugleich fühlte sie sich von Noth und Leid bedrückt. Und wenn sie jetzt nach Hause kam, was sollte sie dem alten Manne sagen? Daß sie nicht in selbstgewählter Arbeit ihr Brot verdienen könne und noch länger auf seine Kosten leben müsse? Nimmermehr, er trug hinlänglich schwer daran, daß sie unbedacht jede angemessene Versorgung von sich gewiesen hatte.

„Angemessene Versorgung?“

Sie sah plötzlich empor und ihre Brust hob sich höher. Ihr war, als hätte sie sich doch von der schlimmsten Nothschicht erlöst; sie gehörte sich selbst an, sie war frei. Und wenn sie zum Proletariat herabgedrückt war, wenn sie auf die selbstgewählte Arbeit verzichtete und sie dort nehmen

mußte, wo sie sie gerade fand, gut, dann wollte sie auch den Kampf des Proletariats mitkämpfen, den Kampf gegen diese glatte korrupte Gesellschaft. Alle ihre revolutionären Instinkte waren wachgerufen.

Indes sollte sich in ihrem Schicksal eine neue Wendung vollziehen.

In Hause angekommen, fand sie Briefe von Sofia Alexandrowna und Tania Michailowna vor, die sie aufforderten, zu ihnen nach Zürich zu kommen. Sofia hatte in Bern den Doktorhut erworben und gedachte sich in Zürich zum Zwecke weiterer klinischer Studien festzusetzen. Tania wollte daselbst ihr lehtes Jahr Medizin absolviren.

Die Freundinnen kannten ihre Lage und wollten sie derselben entreißen. Sie glaubten, daß sie in Zürich eher etwas verdienen könne und wiesen auf Schweizer demokratische Blätter hin, denen ihre Arbeiten willkommen sein dürften und mit denen sie vielleicht in dauernde Verbindung treten könne. Sie solle mit den Freundinnen zusammen wohnen und das bescheidene Leben mit ihnen theilen.

Es sei ein Leben der Arbeit, inmitten einer geistig belebten Atmosphäre.

Im Kreise der russischen Emigration in Zürich würde ihr eine neue Welt eröfthen, mit neuen Idealen, in der Mann und Frau als gleichwertige und gleichgestellte Menschen mit einander verkehrten.

„Komm sofort, zögere nicht, unsere Herzen verlangen nach Dir,“ lautete der Schluß dieses Briefes, den Helene an ihre Lippen drückte.

Sie war dem Rufe gefolgt und nach Zürich gegangen. . .

Als sie in diesem Augenblick die Gemüthsbrücke überschritt, hatte sie die Sonne im Rücken und der schwarze Schirm ruhte lässig auf ihrer Schulter. Das nun wieder volle Gesicht hob sich rosig von diesem dunklen Hintergrund ab, und die schönen Augen zeigten einen frohen und glücklichen Ausdruck, der ihr ihre Jugend wieder zurückgab. Auch ihr Gang war leicht und schwebend, wie ehemals, und sie bewegte kaum merklich den Kopf, wie man es thut, wenn Gedanke an Gedanke sich drängt. (Fortsetzung folgt.)

Verhältnisse im Bäckergewerbe herrschen. Jedoch müssen wir bei unseren Entscheidungen auch die Meister berücksichtigen. Das, was die Meister gegen die Regelung der Arbeitszeit vordrängen, ist nicht stichhaltig. Wenn die Meister gefragt wurden, wie lange der Währungsprozess sich verzögern könne, dann sprachen sie von 1/2 bis 1 Stunde, sobald aber von dem Maximal-Arbeitszeit die Rede war, dann sollte derselbe Prozess die Arbeitszeit nun mehrere Stunden verzögern. Auch den Ofen ist kein Hindernis, wie aus den Aussagen der Frankfurter und Hamburger Gesellen hervorgeht, wird dort zur bestimmten Zeit begonnen und muß die Arbeit zur bestimmten Zeit beendet sein. Ebenso wenig könne man die faulen und unfähigen Gesellen als ein Hindernis betrachten. Solche, welche die Arbeit nicht in der Zeit machen können, würden keine Arbeit finden und durch die Noth gezwungen werden, sich zu bessern. Eine Maximalarbeitszeit von wöchentlich 72 bis höchstens 75 Stunden würde zu empfehlen sein. Wir müssen den Meistern diese Last aufbürden. Wir können es, weil auch vielfach von den Meistern über die wilde Konkurrenz geklagt wurde. Die Konkurrenz ist um so gefährlicher, je schrankenloser die Ausbeutung der Arbeiter gestattet ist.

Württembergischer Ober-Regierungsrath Dr. v. Schöner: Der Maximalarbeitszeit muß so bemessen werden, daß alle Arbeiten gethan werden können. Hierzu würden wöchentlich 75 Stunden erforderlich sein. Außerdem muß aber eine Ueberarbeit gestattet werden; Reduzir ist der Wunsch, daß diese bis zu 70 Tagen im Jahre gewährt werden muß, außerdem müsse man der Ortspolizei das Recht einräumen, bis zu drei Tagen Ueberzeit zu bewilligen.

Sitz (Zentrum) will die ganze Wochenarbeit, einschließlich der Sonntagsarbeit, auf 84 Stunden bemessen sehen.

Schmidt (Freis.): Es ist fraglich, ob der Gesetzgeber gewillt hat, daß der § 120 a der Gewerbeordnung auf das Handwerk angewendet werden sollte. Zwölf Stunden Arbeitszeit ist überhaupt zu lange. Wenn man an die Regelung der Arbeitszeit herangeht, soll man den Arbeitstag für alle Arbeiter auf 10 Stunden bemessen. Es wäre besser, die Nacharbeit und die Sonntagsarbeit ganz zu verbieten. Man könne anordnen, daß die Arbeit nicht vor 2 Uhr Morgens beginnen dürfe und daß Lehrlinge unter 16 Jahren in Bäckereien überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen.

Ober-Regierungsrath Dr. Wörtschöffer: Der § 120 a ist anwendbar, denn der ganze Titel ist für Handwerk und Gewerbe geschaffen. Wenn es auch nicht möglich ist, einen vollen Beweis für die Gesundheitsgefährlichkeit des Bäckereibetriebes beizubringen, so steht es doch außer Zweifel, daß eine so lange Arbeitszeit, wie sie in diesem Gewerbe vorkommt, die Gesundheit gefährdet. Es würden 72 Stunden genügen, um die Arbeit zu verrichten. Technische Hindernisse stehen einer solchen Beschränkung nicht entgegen, jedoch könnte man für die Uebergangszeit etwas mehr Freiheit gestatten. Der Schutz der Lehrlinge unter 16 Jahren muß durch Verfügung ausgesprochen werden. Man könnte eine 24stündige Ruhezeit für den Sonntag durchführen. Den Vorschlag Ditz's, eine Arbeitszeit von 84 Stunden wöchentlich zu gestatten, würde er für eine Verschlechterung halten.

Stegle (natl.) ist leider nicht in der Lage, für das Prinzip des Maximalarbeitszeit einzutreten. Er hält den Beweis nicht für erbracht, daß die Gesundheit durch die jetzige Ausbeutung in Bäckereien gefährdet ist. Er schlägt vor, in einzelnen Orten Versuche zur Durchführung der Vorschläge des Herrn v. Schöner zu machen. Durch die Regelung der Arbeitszeit würden die mittleren Betriebe am meisten geschädigt. Die Stuttgarter Gewerkschaftsbäckerei ist ein Mutterbetrieb; sie hat keine Nacharbeit, sondern erledigt ihre Arbeit in 12 Stunden, aber dafür habe sie auch nur drei Brotsorten. Mit diesen habe sie zwar alle Konkurrenz besetzt. Wenn man nur mit Mutterbetrieben zu thun hätte, so wäre jedes Gesetz durchzuführen. Die Lehrlingsausbeutung müsse eingeschränkt werden.

Kasp (bayerischer Vertreter): Man muß vorsichtig sein, damit die Vorschläge nicht auf den Widerstand der Bevölkerung stoßen. Eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden genügt nicht, es müssen 14 Stunden täglich bewilligt werden. Die Sonntagsarbeit ist auf 10-12 Stunden zu bemessen.

Regierungsrath Freiherr v. Gemmingen: Durch die Untersuchung ist festgestellt, daß Zustände existieren, die barbarisch sind. Um diese zu beseitigen, darf man nicht vor der Schädigung einiger Gewerbetreibender zurückschrecken. Will man unter allen Umständen vor der Schädigung einzelner Halt machen, dann kommt man zur Anerkennung des Satzes, der Staat ist auf dem Gebiete der Arbeiterschutzes ohnmächtig. Wöchentlich soll jedem eine Pause von 24 Stunden gewährt werden.

Mersch bedauerte, daß die Bau- und Gesundheitspolizei so wenig ihr Augenmerk auf das Bäckergewerbe lenkt. § 120 a kann seiner Meinung nach keine Anwendung finden. Technische Hindernisse existieren nicht, anders ist es mit den Arbeitern. Die minder tüchtigen Arbeiter werden darunter zu leiden haben. Der Lehrling muß geschützt werden. Eine Verbesserung des Brotes durch den Zwischenhandel darf man dem Publikum nicht zumuthen.

Direktor des Statistischen Amtes Dr. v. Scheel: Wir sind auf Grund unserer Untersuchungen dazu berechtigt, dem Bundesrath den Vorschlag zu machen, den § 120 a auf das Bäckergewerbe anzuwenden. Es wäre sympathischer, die Nacharbeit zu verbieten, doch müssen wir den Maximalarbeitszeit nachgeben.

Setzka: Der § 120 a ist anwendbar. Er unterstützt Mollath, Rothmann und Wörtschöffer. Man kann verbieten, daß Leute unter 14 Jahren als Bäckereilehrlinge beschäftigt werden, dann würden die Bedenken beseitigt, die aus den bayerischen Zuständen entstehen.

Sitz: Die Regelung der Arbeitszeit würde die kleinen Betriebe nicht schädigen, höchstens die mittleren, aber die kleinen würden profitieren. Das Bäckergewerbe habe sieben Arbeitstage. Denen, die ihren Arbeiter 24 Stunden Sonntagsruhe gewähren, soll wöchentlich 10 Stunden Ueberarbeit gestattet sein.

Unterstaatssekretär Lehmann: Schon aus der Stellung des § 120 a geht hervor, daß derselbe auf das Handwerk anwendbar ist. Auch dürfen wir nicht vor den Konsequenzen zurückschrecken. Ueberall, wo die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, muß man von der Bestimmung Gebrauch machen. Das Stegle'sche Projekt ist gesetzlich unzulässig und gefährlich. 72 Stunden genügen.

Zum Schluß stellt Unterstaatssekretär Dr. v. Rottenburg fest, daß sich die Majorität der Kommission für den Maximal-Arbeitszeit ausgesprochen hat.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 19. Februar.

Aus dem Reichstage. Auch heute konnte die Kolonialdebatte nicht zu Ende geführt werden und bei der Redelust, die einzelne Abgeordnete bei dieser Position bekunden, ist es noch sehr die Frage, ob dieselbe morgen ihre Erledigung findet.

Neues erfährt man freilich aus den Verhandlungen im Plenum recht wenig mehr. Die Standalosa, um die sich die Verhandlungen meist drehen, haben früher in der Presse und dann in der Budgetkommission eine so eingehende Behandlung gefunden, daß die Verhandlung im Plenum naturgemäß an aktuellem Interesse einbüßt. Letzteres gilt freilich nur für die Herren Reichsboten, die durch ihre Abwesenheit glücken. Das große Publikum dagegen drängt wie nur sonst bei sogenannten „großen“ Tagen zu den Tribünen und sind diese Tag für Tag bis auf den letzten Platz besetzt.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage betr. das Uebereinkommen mit Rußland bezüglich der Uebernahme. Auszuweisen den betreffenden Ausschüssen überwiesen und dem Antrag betreffend den zollfreien Einlaß der von der medizinisch-hygienischen Ausstellung in Rom zurückgelangenen Güter stattgegeben.

Der deutsch-russische Handelsvertrag. Wie es heißt, hat der Bundesrath in seiner heutigen Sitzung den russischen Handelsvertrag einstimmig angenommen. Er ist heute auch dem Reichstage zugegangen.

Die „Arenz-Zeitung“ gesteht heute selbst zu, daß die Konservativen Furcht vor der Auflösung des Reichstages haben, und sich so zum Theil zur Abstimmung für den Handelsvertrag geneigt sehen könnten. Nachdem sie das in unserer vorstehenden Notiz erwähnte Gerücht besprochen hat, schließt sie ihre Notiz mit folgendem Satze:

„Uebrigens wurde die gleiche Nachricht auch über die freimüthige Volkspartei verbreitet, natürlich nur zu dem Zweck, um die Gegner des Handelsvertrages durch das Gespenst der drohenden Auflösung einzuschüchtern.“

Die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber dem russischen Handelsvertrage wird in den Reihen der konservativen Vertragsgegner über Erwarten viel erörtert. Jemand ein Späßvogel hat sich nämlich den Weg erlaubt und den konservativen Herren den Vorschlag gemacht, die Sozialdemokraten werden sich der Abstimmung enthalten, um dadurch den Vertrag zu Falle zu bringen und eine Auflösung des Reichstages herbeizuführen.

Diese Nachricht hat wie eine Bombe in die konservativen Reihen eingeschlagen. Würden nämlich unsere Genossen im Reichstage, wie angegeben, handeln, so bliebe den Konservativen, welche nur zu gut wissen, daß sie den Vertrag nicht zu Falle bringen dürfen, gar nichts anderes übrig, als wie geschlossen für denselben zu stimmen, womit sie in den Augen ihrer Wähler und aller Welt sich unsterblich blamiren würden.

So gerne wir nun den Herren „von und wohn“ diese Situation gönnen, so verbieten uns doch unsere Grundsätze, die Abstimmung in so wichtigen Fragen nach den „Eingebungen der Bosheit und Schadenfreude“ zu richten. So versieht es sich von selbst, daß unsere Vertreter im Reichstage geschlossen für den Handelsvertrag mit Rußland stimmen werden. (Siehe Vermischtes).

Der „Reichs-Anzeiger“, das offizielle Organ der Regierung, entschließt sich heute, endlich auch einen Bericht über die Verhandlungen der Kommission für Arbeiterstatistik zu bringen, nachdem der „Vorwärts“, das offizielle Organ der Sozialdemokratie, schon drei Berichte veröffentlicht hat.

„Die Kulturaufgaben leiden nicht.“ Während die Nilpferdpeitsche den Schwarzen in Afrika deutsche Zivilisation a posteriori - von der Rückseite - beibringt, arbeitet in Deutschland der Militärstaat mit großem Fleiß daran, seine zivilisatorische Mission dadurch zu bekunden, daß er die Schule langsam erdrosselt. Einer solchen veröffentlichten Statistik zufolge ist ein ganzes Drittel der schulpflichtigen Jugend Preußens in überfüllten Schulräumen zusammengepfercht, und nimmt der Lehrermangel reichlich schnell zu. Im Jahre 1878 fehlten 615 Lehrer, im Jahre 1882 fast zehn Mal so viel: 6051; 1886-10347 und 1891 sogar 12652. Die Zahlen reden einbringlicher als Worte es vermöchten.

Wie verderblich die Anarchistenjenseuche für das Bourgeoisbüß, auch ein „demokratisches“, ist, dafür liefert die „Frankfurter Zeitung“ im Leitartikel ihrer Sonntagsnummer einen klaffenden Beleg: sie verlangt von der englischen Polizei eine bessere Ueberwachung der Anarchisten und findet, daß Minister Asquith, der die Anarchisten nicht wegen ihrer „revolutionären“ Reden verfolgen will, recht unvorsichtig oder nachlässig sei. Also polizeilicher als die englische Polizei des „Hauptorgan der deutschen Demokratie“.

Die österreichische Wahlreform. Nur langsam voran, daß der österreichische Landsturm nachkommen kann! In diesem Tempo schreitet auch die österreichische Wahlreform vor. Endlich hat sich nach längerem Kampfen das Ministerium über die Wahlreform geeinigt, nun sollen sich erst die Führer der großen Parteien einigen und dann wird man sich überlegen, wie man die unangenehme Sache weiter verschleppt. Bis dahin kann es Hochsommer werden und der Reichsrath geht in die Ferien.

Die Verstaatlichung des Getreidehandels beantragte Genosse Jaurès in der französischen Kammer.

Das Problem Henry, mit dem unsere Zeitungen sich abquälen, wird ihnen vielleicht etwas weniger fremdartig erscheinen, wenn wir es in's Deutsche übersehen. Henry heißt auf Deutsch - „Mobiling“. Aus „guter“ Familie, eitel, Streber und verächt - die Lehnlichkeit ist frappant. Nur, daß Mobiling Agrarier und Nationalliberaler war - Henry aber etwas anderes - freilich was? Das wissen wir nicht, und vermuthlich er selber auch nicht.

Die englisch-französischen Zusammenstöße in Afrika werden jetzt als harmloses Mißverständnis dargestellt. Einer Depesche des Gouverneurs des Sudans zufolge trägt ein eingeborener Häuptling die Schuld an dem englisch-französischen Zwischenfall bei Warina. Derselbe täuschte die beiderseitigen Truppen, indem er jeder der beiden Parteien die andere als Sofas bezeichnete.

Gladsione. Die Nachrichten über die drohende Erblindung und den Rücktritt Gladsione's vom politischen Leben werden dementirt.

Aus Italien kommen Meldungen von mehr als barbarischen Urtheilen der Kriegsgerichte. Strafen bis zu 25 Jahren wurden verhängt. Nach einer Privatmeldung aus Neapel wird man infolge der jüngsten mit der Verhaftung der Felice's zusammenhängenden Verhaftungen von der Kammer die Ermächtigung verlangen, den Deputirten Casali wegen Aufreizung zum Hass gerichtlich zu verfolgen.

Crispi will von den zusammentretenden Kammern Vollmachten weitgehendster Art verlangen. Wenn das Parlament nicht jede Scham verloren hat, muß es nach den Urtheilen der Gerichte Crispi zur Demission zwingen.

Spanien. Es liegen folgende Depeschen vor:

Die Deputirten der Provinz Navarra sind abgereist und haben sich den Cortes das Recht zuerkennen, den Vertrag vom Jahre 1841 abzuändern, durch welchen die Höhe der Steuern in Navarra für immer festgesetzt wird.

In Caspejon wird eine große Kundgebung gegen die Unabhängigkeit der Cortes bezüglich der Festsetzung der Steuern in der Provinz Navarra stattfinden. An der Demonstration werden sich die aus Madrid zurückgekehrten Deputirten der Provinz Navarra und etwa 20 000 Bewohner der Provinz beteiligen. Die Truppen in Caspejon sind in den Kasernen konfignirt.

So haben alle karlistischen Aufstände begonnen.

Parteinachrichten.

Am Freitag, den 16. Februar, hatte Genosse Gustav Stengele Termin vor der Strafkammer III des Hamburger Landgerichts. Die Anklage lautete auf Beleidigung der Bürgermeister von Welfenkirchen, verübt durch einen aus dem dortigen Arbeiterorgan übernommenen Artikel, überschrieben: „Von Bergarbeiter-Ausstand.“ Als beleidigend wurde besonders der Schluß folgender Ausführung angesehen:

„Um auch den nöthigen Knallsekt nicht fehlen zu lassen, hat der große Unbekannte vor den Wirthschaften von Többecke und Baumweiner auf der Bahnhofsstraße Dynamitpatronen explodiren lassen. Die Schüsse, die fast gar nichts aufgerichtet haben, scheinen nur dazu bestimmt, dem Phänomenum lächerlichen Schreden einzujucken, um diesem den Verzweiflungsdraht nach Polizei und Militär zu entlocken. Die Ausständigen verhalten sich demnach ruhig, und gerade diese alberne Anallerbengegeschichte läßt errathen, wer der Urheber gewesen sein kann. Man vermuthet nur zu sehr, daß hier begabte Subjekte der Kohlenjunker ihre bestellte Arbeit verrichten. Ebenso ist man geneigt, eine elende Volkseimode, allerdings etwas recht thörichter Art, darin zu erblicken, um der Polizei Anlaß zum Einschreiten zu geben. Der hiesige Bürgermeister hat es auch sofort mit der Angst getrieget.“

Der Staatsanwalt beantragte 4 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof, unter Vorsth des Direktor Dr. Burckard, erkannte nach zweifelhafter Berathung auf 6 Monate Gefängniß. Man sieht auch in Hamburg feuert man fort in den neuen Kurs hinein!

Sozialdemokratische Flugblätter, welche von dem Gen. Westerborg in Leipzig verfaßt, von Jänig in Halle gedruckt worden, waren in der Umgegend von Halle in großen Massen verbreitet worden. In demselben fand sich u. a. folgender Passus: Höhere Beamte bekommen oft nach 40 jähriger und noch längerer Dienstzeit bis zu 20 000 M. Pension. Ein Arbeiter dagegen erhält, wenn er vom 14. bis zum 70. Lebensjahre sich abgesehen hat, 88 1/2 Pf. pro Tag, also jährlich noch nicht 122 Mark! In diesem Satz erblickte man den Vorwurf, daß die Staatsgelder in ungleicher und deshalb ungerechter Weise vertheilt und die höheren Beamten bevorzugt würden. Westerborg sowohl wie Jänig wurden infolge dessen beschuldigt, wissentlich erdichtete oder mindestens einestheils Thatsachen verbreitet zu haben, um dadurch Staats-einrichtungen, nämlich die geregelte Zahlung der Beamtenpensionen und der Altersrenten der Arbeiter verächtlich zu machen; und das Landgericht zu Halle a. S. verurtheilte am 20. November v. J. beide nach § 131 des St.-G.-B. zu je 60 M. Geldstrafe. Sie legten Revision ein und bestritten, daß sie eine Staats-einrichtung hätten verächtlich machen wollen. Nur eine Kritik, die sich jeder erlauben dürfe, hätten sie geübt. Das Urtheil „ist“ in obigem Satze, welches den größten Anstoß erregt habe, beziehe sich in erster Linie auf die hohen Pensionen unter 20 000 M. Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Verwerfung der Revision, da das Urtheil zu keinerlei Bedenken Anlaß gebe.

Die schwarze Nacht gegen die Sozialdemokratie. Ueber den Kriegervereinen, die mit den Sozialdemokraten allein nicht fertig werden können, müssen natürlich auch die verschiedensten Religionsgesellschaften, christliche Vereine und so weiter helfen, die Nothen zu vernichten. Und insam sind die frommen Herren dabei gewiß nicht, sie lassen sich ihren heiligen Horn etwas kosten. So hat erst kürzlich wieder, wie aus Siegnitz mitgetheilt wird, die schlesische Provinzialsynode 20 000 M. bewilligt, die in der Hauptsache zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verwendet werden sollen. Das Geld soll zum Theil durch Kollektionen aufgebracht werden. Eine solche Kirchenkollekte wurde bereits zur Unterstützung des schlesischen Provinzialvereins für innere Mission in der hiesigen evangelischen Kirche veranstaltet. Daß diese Art Agitation nicht mehr neu ist, beweist eine Abrechnung der konservativen Zeitung hier. Von den 10 846 M., welche dem evangelisch-sozialen Kontrollauschuß für Schlesien zugeführt wurden, sind folgende Ausgaben bestritten worden: an Unternehmung für weibliche Diakone an sozialdemokratischen durchsuchten Orten 3600 M., für Vikariate an ähnlichen Orten 800 M., für Schriftenverbreitung 1650 M., für eine evangelisch-soziale Delegirtenversammlung, Reisekosten 15. 2838 M. Als hervorragende Person gilt in diesem Kampfe der Reiseprediger Seifert-Siegnitz. In 43 Orten hielt derselbe Vorträge in diesem Sinne. Ob's was nützen wird?

Vollzeisches, Gerichtliches, etc.

Der Verkauf von sozialdemokratischen Ueberbüchern war von dem königberger Staatsanwalt als etwas höchst staatsgefährliches betrachtet und der betreffende Verkäufer angeklagt worden, verschiedene Verordnungen gegen einander ausgereizt zu haben. Die Verhandlung wurde wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ geheim geführt. Zuerst wurden nun etwa zehn revolutionäre Lieder verlesen, aus welchen sich der Staatsanwalt etwa vier bis fünf ansuchte, um bei ihnen den Thatbestand der Aufreizung festzustellen. Weiter folgerte der Staatsanwalt, es sei ganz zweifellos, daß der Angeklagte von dem Inhalte der Lieder als Mitglied der sozialdemokratischen Partei Kenntniß gehabt und dieselben zu agitatorischen Zwecken verbreitet habe. Der Angeklagte, Genosse C., führte zunächst an, daß der Gerichtshof wohl mit ihm derselben Meinung sein würde, wenn er bestrafe, daß die Sozialdemokratie das Kapital mit dem Knüttel niederschlagen wolle. Aber nicht allein die wissenschaftlich gebildeten Sozialisten hielten diese Knütteltheorie für zweifellos, sondern diese Erkenntniß sei auch in die sozialdemokratischen Massen eingebredungen. Ueberhaupt würde durch solche Lieder niemand zu Gewaltthätigkeiten aufgereizt; 2000 Berliner Arbeitslose hätten sich neulich nicht einmal durch Gummischlauch und Säbel zu Gewaltthätigkeiten anzureizen lassen. Ueberdies legte der Angeklagte Verwahrung dagegen ein, daß der Staatsanwalt seine kaufmännischen Geschäfte vom Vorstandsstandpunkte aus beurtheile: es könne hier gar nicht in betracht kommen, ob er, Angeklagter, Sozialdemokrat sei oder nicht; auch habe er von dem Inhalte des Ueberbuches keine Kenntniß gehabt. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten kostenlos frei.

Die Maderburger Staatsanwaltschaft hat die Verschlagnahme des 6. Hefes der Viedersammlung für Männer-Gesangvereine „Der freie Sänger“ verfaßt, Anlaß dazu hat das bekannte Bundeslied von G. Herwegh „Viel und Arbeit“ ruft die Welt, und zwar die Verse: „Nimm der Arbeit aufgewacht“ u. s. w., sowie der Refrain: „Wecht das Doppelhoch entweh“ u. s. w. Bei dem hiesigen Herausgeber dem Musikdirigenten C. Gram wurde von der Polizei ein Exemplar beschlagnahmt.

Für den Inhalt der Inserate über
nimmt die Redaktion dem Publikum
gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 20. Februar.
Opernhaus. Die Medici.
Schauspielhaus. Ein Sommernachts-
traum.
Festung-Theater. Madame Sans-
Gêne.
Deutsches Theater. Der Herr
Senator.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Die Brautjungfer.
Reichens-Theater. Der Maskenball.
Henss Theater. A basso porto.
Berliner Theater. Timon von
Athen.
Central-Theater. Herr Coulisset.
Hierauf: Das Fest der Handwerker.
Adolph Ernst-Theater. Charley's
Tante. Vorher: Die Bajazi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des
Kapitän Grant.
Alexandervplatz-Theater. Der
Trompeter von Säckingen.
National-Theater. Charley's Tante.
Bajazi. Der Teufel in Berlin.
American-Theater. Lumpen-Su-
fanne, oder: Die Obdachlosen von
Berlin.
Theater Unter den Linden. Der
Obersteiger.
Wintergarten. Spezialitäten-Vor-
stellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Doppelvorstellung zu einfachen Preisen.
Charley's Tante.
Große parodistische Fosse mit Gesang
und Tanz von Hugo Basse.
Musik von Adolph Wiedede.
Vorher:
„Bajazi“
Parodistische Oper v. Hugo Basse.
Hierauf zum Schluss:
Der Teufel in Berlin.
Große Fosse mit Gesang und Tanz in
3 Akten von Eugen Prudenz. Musik
von A. Wiedede. Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr. — Anfang
7 1/2 Uhr.
Morgen: Volks-Vorstellung zu er-
mäßigten Preisen. Nathan der Weise.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 80.
Zum 20. Male:
Herr Coulisset.
Schwank in 3 Akten v. Blum u. Toché.
Hierauf:
Das Fest der Handwerker.
Fosse in 1 Akt von Angely.
Mittwoch: Zum ersten Male: Ein
Pflanzdahl.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.
Jeden Abend 8 1/2 Uhr:
Lumpensusanne
oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus
dem Müllwinkel (frei nach dem Ver-
brecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin“,
ein schon geprüftes Mädchen
Franziska Häger.
Die Bombe, Asterwerkmeisterin im Müll-
winkel des „Sonnenaufgangs“
Josephine Delolissour.
Brunwald — mit bewegter Vergangenheit
Martina Bonatz.
Täglich: Auftreten des
besten Baugredners d. Jetztzeit
H. Blank.
Ferner u. a.:
„Direktor Hippe“
von Martin Bendix,
sowie Hugo Schulz, Alfred Bender.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr,
Sonntags 6 1/2 Uhr.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).
Letztes Gastspiel
Truppe Nassoni.
Die Baby's.
Echt Berliner Blut.
Riesen-Programm.
Entree 15 Pf. Reservoir 30 Pf.
R. Winkler.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazi.
Parodistische Fosse mit Gesang in 1 Akt
von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
**Spezialitäten-Vorstellung
und Konzert**
von nur Künstlern 1. Ranges.
Auftreten der Elite-Parlorre-
Akrobaten u. Pantomimentruppe
**Hermandez. Ein Liebes-
abenteuer.** Komische Orig.-
Pantomime. Fräulein Borkany,
Kostüm-Soubrette. The Willon's,
Dopp.-Jongleure. Geschw. Gläser,
Gesang- u. Instrument-Duettisten.
G. Cordes, Gesangs-Humorist.
Anfang: | Sonntags 6 Uhr.
| Wochentags 8 Uhr.
Entree Wochentags 50 Pf.
A. Zimmermann.

Böhmisches Brauhaus,

Landberger Allee.
Jeden Dienstag:
**Stettiner
Sänger**
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf
40 Pf.
(siehe Plakate).
Großes
ULK-
Programm.
Zum Schluss:
Auf dem Maskenball.
Ensemble von Meyfel.
Donnerstag: Sanssouci.

Castan's

Panoptikum.
Ecke Friedrich- und Behren Strasse.
Nur noch kurze Zeit:
Märchen-Cyclus.

Gratweil'sche

Bierhallen
Kommandantenstr. 77-79.
Nest u. größt. Stabliem. Berl.
Täglich abwechselnd. Programm
bei freiem Entree
der ersten Wiener Damenkapelle
„Mikloska“
und Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
Mr. Kauning, Concertmaler.
Derselbe wird innerhalb 15 Minuten
ein Delgemälde malen, welches nach
Schluss der Vorstellung gratis ver-
loost wird.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
3 Regeltischen. 6 Billards, pro
Stunde 60 Pf.
C. Koch, jr. Gambrius.
**Säle für Versammlungen
und Festlichkeiten**
sind noch an verschiedenen Tagen
zu haben.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Dienstag, den 20. Februar ev.,
Abends 7 1/2 Uhr:
Auf auf zur fröhlichen Jagd!
Großes Sport-Schauspiel mit Parforce-
u. Kasladentritt v. Dir. Fr. Renz. Glän-
zende Ausstattung, Wagen und Re-
quisiten vollständig neu. Ballet von
100 Damen. Meute von 40 Hunden.
Dressierter Fuchs.
Außerdem: **Grande Quadrille**
de la haute equitation. 4 arab.
Schimmelhengste, vorgef. v. Direktor
Fr. Renz. **Mr. Williams**, der
beste Jockeyreiter der Gegenwart.
Der arkom. Jimitator-Glowm Mr. Ybbs.
Die Akrobaten Gebr. Frediani. etc.
Mittwoch: Auf auf zur fröhlichen
Jagd!
Fr. Renz, Direktor.
B. Nieff's Säle
Weber-Strasse 17.
März noch Sonnabend frei. Vereins-
zimmer sind nach täglich zu vergeben.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Große öffentliche Versammlung
am Mittwoch, den 21. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im grossen Saale der
Arminhallen. Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Wie wird die Landtagitation am besten betrieben und welche Schriften
sind die geeignetsten dazu. Referent: Genosse Dr. Lux. 2. Diskussion.
Gäste beiderlei Geschlechts haben Zutritt.
370/18 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
General-Versammlung
am Mittwoch, den 21. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in Gabel's Brauerei,
Bergmannstr. 57. 378/8
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung von der Gedächtnissfeier. 2. Fortsetzung der in der
letzten Versammlung vertagten Diskussion. 3. Anträge des Vorstandes und
Fragen. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 20. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale der „Urania“, Wrangelstraße Nr. 9-10:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Buch** über: „Klassenkampf und
Sozialreform“. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. 462/1
Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den

6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Am Dienstag, den 20. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im
„Prater“, Schönhauser Allee:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes
und Fragekasten. 490/1
Der Vorstand.

Gauverein Berliner Bildhauer.

Dienstag, den 20. Februar 1894, Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Ehrenberg, Annenstraße Nr. 16:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Wie stellen sich die Bildhauer zu den Regie-
Arbeiten? Referent Kollege Dupont. 3. Besprechung der Maßregelung
bei Schoy, Mariannenstraße. 4. Verschiedenes.
Da das Referat eine Angelegenheit behandelt, die für uns von Wichtig-
keit ist, auch der Antrag Klawitter zur Verhandlung gelangt, sind sämtliche
Branchen, besonders Stein- und Holzbildhauer, eingeladen.
148/15 Der Vorstand.

Berein der in Schriftgiebereien beschäftigten Arbeiter und

Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.
Dienstag, den 20. Februar, Abends präzis 7 Uhr, in den
„Arminhallen“, Kommandantenstrasse Nr. 20:
Vereins-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag der Frau Rohrlack über: „Die weibliche Arbeitskraft
in der Industrie“. 2. Diskussion. 3. Vereinsmitteilungen. 4. Verschiedenes.
Um zahlreichem Besuch bittet
1862b Der Vorstand.

Deutscher Krankenkasse der Steindrucker und Lithographen.

Bekanntmachung.
Durch Verfügung der unteren Verwaltungsbehörde ist die am 9. Novbr.
vorigen Jahres stattgehabte Wahl der Delegirten wegen der dabei vorgekommenen
Ungehörigkeiten für ungültig erklärt. Es findet nunmehr am **Dienstag, den**
27. Februar ev., im Vereinshaus, Sophienstraße 15, eine Wahlver-
sammlung der Arbeitgeber sowie der Kassennmitglieder statt, und zwar:
Abends 6-7 Uhr im oberen Saale daselbst die der Arbeitgeber. Tages-
ordnung: Wahl von 100 Vertretern der Arbeitgeber nach Maßgabe des
§ 49 Abs. 5 des Statuts, für die Wahlperiode 1894-1896; Abends 7 1/2-9 1/2 Uhr
im großen Saale daselbst die der Kassennmitglieder. Tagesordnung:
Wahl von 350 Vertretern der Kassennmitglieder nach Maßgabe des § 49 Abs. 2
des Statuts, für die Wahlperiode 1894-1896.
Das Quittungsbuch legitimirt.
Donnerstag, den 23. Februar ev., Abends 8 Uhr, findet daselbst
im großen Saale eine **Vorversammlung** statt. Tagesordnung:
Besprechung über die Wahl der Delegirten. Auch hierbei legitimirt das
Quittungsbuch. Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet
1869b Der Vorstand. M. Stahlmann, Vorsitzender.

Bickel's Konzerthaus, Hasenhaide 52-53.

Sonnabend, den 24. Februar 1894:
Gr. Wiener Maskenball
der Berliner Gärtler und Bronzeure,
verbunden mit Prämierung der besten komischen und der elegantesten Masken.
Anfang 9 Uhr. Ende 6 Uhr. Entree 50 Pf.
Billets sind in den mit Plakaten belegten Handlungen und den auf
denselben vermerkten Adressen zu haben. 1861b
Künstl. Zähne 2 M., Plomben 1,50 M., schmerzloses Zahnziehen u. Nerv-
töden 1 M. Zahnarzt Robert Wolf, Leipzigerstr. 22, Sprechst. 8-7 Uhr.

Nur noch kurze Zeit! Präucher's anat. Museum.

Neu: Rehlknochen, Rehlkopfs-
polyp, Brustfellentzündung,
Augenentzündung, Lunge mit Tuber-
kulose, Herz mit Klappenfehler, Magen
mit Entzündung, mit Geschwären,
Leber- und Milzkrankheiten.
Schulskanal durch fünf Körper,
Gladiatorenkampf,
täglich für erwachsene Herren, Dienstag
und Freitag für **Damen.**

Pfandleihe, Invalldenstr. 15, 1.

KRONEN-GARN
1000 YARDS
50388*
Bestes Nähgarn!

Achtung! Träger.

In der Lugs-Papierfabrik von
Priester & Eick,
Dresdenerstrasse 38,
sind in der Prägerei **Lohnunterschiede**
ausgebrochen, wir bitten den Lugs
fernhaltend.
Die Gerauftragten.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW., Feuch-Strasse 2.
Ein unentbehrlicher
Rathgeber für
Vereinsvorstände etc.
ein Buch, das in keiner
Arbeiter-Vereinsbibliothek
fehlen darf, weil es ein
Nachschlagebuch auf allen Gebieten
der Vereins-Geschgebung in allen
Bundesstaaten des Deutschen Reiches
ist, nicht bloß für
Versammlungs-Einberufer,
Vereins-Vorstände,
sondern auch für
Beamte, Behörden, Rechtsanwält,
Politiker aller Parteien,
in das in unserm Verlage erscheinende
Vereins- und
Versammlungs-Recht
in Deutschland
VIII u. 210 Seiten 8°
Elegant broschirt Mark 2.50,
in braunem Vadeker-Band
gebunden Mark 3.—
Tag für Tag kommen von einzelnen
Vereinen, Vertrauensmännern, Gewerks-
schafts-Vorständen Klagen über Mißgriffe und
Vergewaltigungen seitens einzelner Be-
hörden und Beamten; die Redaktionen der
Parteiblätter haben ununterbrochen Rath
und Auskunft zu ertheilen, wie sich die Ge-
nossen und Vereine gegenüber Versamm-
lungs-Verboten, Unzulassungen, Vereins-
schließungen u. s. w. zu verhalten haben.
Ueber alle diese Punkte glebt das Buch an
Hand des Wortlautes der einzelnen Ver-
einssatzungen und in Erläuterungen über die
im Laufe der Jahre von den Gerichts-
behörden in ihren Urtheilen geübte
Praxis klaren und unmissverständlichen Bescheid,
und ermöglicht es somit den Genossen, die
Stimmen und Forderungen der rationalen
Vereinsgesetz zu vermeiden. Ein dem
Buche beigegebener Anhang enthält eine
tabellarisch übersichtlich geordnete, gruppen-
weise geordnete
Recheninstandstellung des Wortlan-
des der in den einzelnen Bundesstaaten
bestehenden Bestimmungen über Ver-
eins- und Versammlungsrecht und
alphabetisches Sachregister.
Zahlreichen Bestellungen steht entgegen
Buchhandlung des „Vorwärts“.

Passage-Panopticum.

Im Theater-Saal,
ohne Extra-Entree:
Nord und Süd,
Hederspiel
von R. Linderer.
Auftreten sämtl.
Spezialitäten.

Concordia-Festsäle

C. Saeger,
64. Andreasstraße 64.
Donnerstag, den 22. Februar:
Große Extra-Soiree der
Norddeutsch. Sänger
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Familienbillets, Passe-partouts u.
Freibillets haben keine Giltigkeit.
Avist
Donnerstag, 1. März (großer Saal):
Eine italienische Nacht
am Strande der Ostsee
(darstellend das Leben u. Treiben
am Strande der Ostsee), unter
Mitwirkung der
Norddeutschen Sänger.
78/2 C. Saeger.

Meiner werthen Kundschaft zur gefl.
Kenntniß, daß heute Abend von 6 Uhr
ab im neu restaurirten weissen Saal
Beckler-Probe
von der Vereinsbrauerei stattfindet.
R. Tholmann,
Wasserthorstraße 22.
1860b

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 42.

Dienstag, den 20. Februar 1894.

11. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

53. Sitzung vom 19. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf von Caprivi, Niederding.

Auf Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission beschließt der Reichstag, zu erklären, daß das Mandat des Abgeordneten Graf v. Kanitz-Schlochau infolge Ernennung desselben zum Geheimen Ober-Regierungsrath und vortragenden Rath im Königlich Preussischen Ministerium des Königl. Hauses nicht erloschen sei.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffs den Schutz der Briefstauben und den Briefstaubenverkehr im Kriege.

Abg. Müller-Sagan (Frp. Vp.) ist mit der Vorlage an sich einverstanden, weist aber darauf hin, daß die Vorlage nicht weit genug gehe. Die Briefstauben machen gewöhnlich ein Anwärterverhältnis durch. Privatvereine dressiren die Tauben für militärische Zwecke. Diese Briefstauben sind denselben Fährlichkeiten ausgesetzt, wie die Militär-Briefstauben; sie müssen also ebenfalls geschützt werden. Wenn man aber in die Sache einmal eingreift, dann müssen auch die Schäden ersetzt werden, welche die Briefstauben anrichten. Redner bittet deshalb, die Vorlage einer Kommission zur Berathung zu überweisen.

Abg. Gröber (Z.) hält es ebenfalls für notwendig, eine Entschädigungspflicht einzuführen für den Schaden, welchen Briefstauben anrichten.

Die Verweisung der Vorlage an eine Kommission wird abgelehnt.

Darauf wird die zweite Berathung des Reichs-Haus-Haltsetats für 1894/95 fortgesetzt und zwar beim Etat der Schutzgebiete: Kamerun (Einnahmen und Ausgaben je 610 000 M.). Für die Beamten in Kamerun (Gouverneur, Kanzler, zwei Sekretäre und 1 Amtsdienner) sind 61 000 M. ausgeworfen.

Nachdem der Berichterstatter Prinz Arenberg über die Kommissionsverhandlungen berichtet hat, erhält

Abg. Graf Arnim (Frp.) das Wort: Ich kann die Vorgänge in Kamerun nicht so bedeutungslos hinstellen wie der Reichskanzler. Es ist uns immer peinlich, Mißstände in den Kolonien zur Sprache zu bringen; denn die Herren links ziehen immer den Schluss daraus, unsere Kolonialpolitik ist Unfug, wir haben nicht die nötigen Kräfte dazu. (Sehr richtig! links.) Wir kritisiren, damit die bessere Hand angelegt werde. Ueber nationales Empfinden können wir mit den Herren von der äußersten Linken nicht streiten; das wäre dasselbe, als wollten wir mit einem Suaheliner deutsch sprechen. (Lachen links.) Ich freue mich, daß die Herren um Richter eine wesentlich mildere Sprache hören lassen. Hoffentlich kommt auch die Zeit, wo diese Herren, wenn sie erst deutschen Kaffee aus Afrika trinken, sich mit unserer Kolonialpolitik befreunden, wenn sie auch nicht gerade Schwärmer werden, wie wir es sein sollen. Aus den Worten des Reichskanzlers habe ich entnommen, daß Remedur geschaffen werden soll durch Abberufung des stellvertretenden Gouverneurs Reist. Eigenhümlich ist es, daß Wochen über Wochen vergangen sind, bevor wir über diese Vorgänge unterrichtet worden, obgleich wir für 140 000 M. ein Kabinett nach Kamerun unterhalten. Die Preussischen sind angeblich eingetroffen; übrigens war es nicht sehr geschmackvoll von Herrn Bebel, sie auf den Tisch des Hauses niederzuliegen. Wenn diese Preussischen aus Kamerun stammen, dann muß ich bezweifeln, daß Herr Bebel bereits dort Beziehungen hat; das könnte mir die Freude an der ganzen Kolonialpolitik verderben. Die Vorgänge beruhen darauf, daß Herr Reist die Natur der Neger nicht recht verstanden hat. Bei den Afrikaforschern ist es feststehender Grundsat, Frauen möglichst wenig zu prügeln und auch die Männer nur wegen Insubordination; sonst aber wegen Diebstahl und so weiter werden Halsseifen angelegt. Zur Arbeit kann man die Frauen durch Prügeln nicht zwingen. Das ganze System der Behandlung der Neger entspringt aus einer unglücklichen Sparsamkeit. Hätten die Neger ordentlich Lohn erhalten können, so hätte man nicht zum Prügeln zu greifen brauchen. Die Herren von der Linken sind also wegen ihrer Sparsamkeit an dem Mißerfolge schuld. Jetzt haben wir einen Schaden von mindestens 200 000 M. Uebrigens geht aus dem Bericht hervor, daß die Revolte schon längst geplant war wegen der Unzufriedenheit der Dahomeer mit der Bezahlung. Ganz entbehren können wir Militärs und Assessoren nicht, aber der Kaufmann ist schließlich für die Kolonien wichtiger. Für die drei Kolonien können wir nicht ein einziges Programm aufstellen. Aber für Kamerun war die Sicherung des Hinterlandes ein festes Programm. Hätte der Reichskanzler Mittel für Expeditionen gefordert, so hätten wir sie für mehrere Jahre noch bewilligt. Ich bin überzeugt, andere Generationen werden es nicht verhehen, daß wir nicht thatkräftiger uns an der Ausschließung Afrikas betheiligten haben und uns nicht mehr bemüht haben, uns auch eine Kolonialmacht zu schaffen, wie die Engländer und Franzosen. Ich will nicht den Vorwurf auf mich laden, daß ich den Werth von Afrika nicht erkannt hätte. (Erdbeberter Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Der Vorredner hat den Vertrag mit Frankreich angegriffen, ohne seinen Wortlaut zu kennen, und Behauptungen aufgestellt, die ich als unrichtig bezeichnen muß, ohne daß ich auf die Sache jetzt näher eingehen kann. Wir sind mit Frankreich in der Hauptsache handelsfeindlich. In Bezug auf den Vertrag mit England bemerke ich, daß Jola nicht durch den „neuen Kurs“ weggegeben ist, sondern daß dies schon früher geschehen ist. Das können wir beklagen, aber nicht ändern. Jedenfalls können wir mit diesem Vertrage wohl zufrieden sein. Ich bin bereit, in Kamerun Abhilfe zu schaffen, wenn sie nötig wird, aber ich behaupte nach wie vor, daß eine Kritik ohne Kenntnis der Verhältnisse nichts hilft. Nachdem die Berichte über die „Mißerfolge“ in Kamerun und zugegangen waren, haben wir den Regierungsrath Rose mit dem nächsten Dampfer hingeschickt, um an Ort und Stelle eine Untersuchung vorzunehmen, eine Disziplinaruntersuchung im hergebrachten Sinne. Da sind Beweise zu vernehmen, die Angeklagten zu hören, es wird ein längeres schriftliches Protokoll verfaßt werden, und der Bericht des Regierungsraths Rose wird nicht früher als im nächsten Monat hier eintreffen können. Ich weise also den Vorwurf, daß wir nicht sorgfältig und schnell genug gehandelt hätten, auf das Entschiedenste zurück. Was wir an dem jetzigen System ändern können, weiß ich nicht. Am Personal können wir ändern, aber das System hat sich bis jetzt vorzüglich bewährt, wir haben mit unseren geringen Mitteln das Mögliche geleistet. Und wenn man sagt, wir haben es nicht durch Kaufleute, sondern durch Offiziere und Beamte geleistet, so müßte doch erst bewiesen werden, daß ein Kaufmann mehr geleistet hätte und hätte leisten können. Nachdem die Meuterei in Kamerun hierher gemeldet war, ist diesseits geschehen, was geschehen konnte. Ich glaube, der Vorredner würde uns angreifen, weil wir in dem militärischen Aufwande in Kamerun, um für den Fall, daß die Meuterei größere Dimensionen annehme, Abhilfe zu schaffen, zu weit gegangen wären. Ich glaube nicht, daß wir das gethan haben, denn wenn man die Sache von hier aus leitet, wird man bei solchen Ereignissen allemal recht thun, die ersten Maßregeln lieber zu groß zu greifen als zu klein. Thäten wir zu wenig, so trafe uns mit Recht der Vorwurf: Ihr habt nicht

das Nötige gethan. Jetzt sind 120 Mann hinausgeschickt worden, die Meuterei war aber längst unterdrückt. Ich würde mich nicht über die Frage wundern: warum thatest Du das? Du konntest vielleicht mit 20 Mann auskommen. Ich konnte aber nicht absehen, ob 20 Mann ausreichen oder nicht. Das Charakteristische an Meutereien ist, daß man sie nicht vorherseht, denn sonst läme es nicht dazu. Es handelt sich da doch um Leute mit fremden Sitten, fremden Anschauungen und fremder Sprache. Indirekt schob Graf Arnim der hiesigen Verwaltung die Schuld an der Meuterei in die Schuhe; wir hätten die Leute lieber befolgt und durch Abzug vom Solde bestrafen sollen. Der Vorredner hat in der Armee gedient; wenn er da vorschläge, die Strafen auf den Abzug vom Solde zu basiren, so würden wir nicht weit kommen. Ein Neger würde gegen einen solchen Abzug noch unempfindlicher sein als der deutsche Soldat. Der Gouverneur Zimmerer hat sich das Mißfallen oder Mißtrauen des Vorredners zugezogen. Auch das basirt auf individuellem Eindruck. Ich kann dieses Mißtrauen nicht theilen. Der Redner hat auch des Herrn v. Wissmann gedacht. Ich habe Wissmann nur zittert, weil der Bureaokratismus angegriffen worden ist, um zu beweisen, daß der bürokratische Geist nicht ganz zu entbehren ist, daß wir ohne bürokratische Elemente nicht auskommen können. Im übrigen hat es mir ferngelegen, ein abfälliges Urtheil abzugeben. Ich erkenne die Verdienste des Herrn v. Wissmann ebenso wie der Vorredner an.

Abg. Hasse (natl.) verweist dem Abg. Bebel gegenüber darauf, daß er nichts weiteres verlangt habe für Afrika, als daß die Deutschen, die bisher in den englischen und anderen Kolonien gearbeitet haben und vielleicht dort den besten Kern der Kolonien bilden, in die Dienste des Vaterlandes treten. (Vizepräsident von Suol bittet den Redner, bei Kamerun zu bleiben.) Daß in Kamerun die Marine-Infanterie so schnell zur Verwendung kommen konnte, ist mit Freuden zu begrüßen. Freilich ist es auch erfreulich, daß sie halb durch die Sabaneen abgelöst wird. Die Abmachungen mit England, welche fertig sind, und die Abmachungen mit Frankreich, welche im Werke sind, fallen nicht allein der Kolonialverwaltung zur Last. In England, Italien und Frankreich glaubt man, die jetzige Zeit sei geeignet, bei der Ausschließung Afrikas möglichst viel an sich zu reißen. England bemüht sich, ein Reich vom Nil bis zum Kap zu errichten. Wenn bei uns aber die Kolonien in Afrika nicht als eine Last, sondern als Last empfunden werden, dann darf man sich nicht wundern, daß wir die Gelegenheit verpassen haben, ein Reich zu begründen, welches vom Ozean bis nach Kamerun im Westen reicht. Wir müssen von Kamerun aus einen Zugang nach dem Westsudan nach Wadai, beginne. Das wohl ziemlich fertige Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich versperrt uns den Zugang nach Wadai und anderen von Deutschen zuerst erforschten Gebieten. Wir würden das ganze rechte Ufer des Schari an Frankreich überlassen und uns den Zugang zum Westsudan abschneiden, was später für uns sehr verhängnisvoll werden kann.

Abg. West (Frp.) Wenn die Sache so weiter geht, dann brauchen wir die Kolonialpolitik nicht zu vernichten; sie vernichtet sich selbst. Da wir Kolonien einmal haben, können wir allerdings nicht ohne weiteres alles aufgeben, und man muß darauf sehen, daß die Opfer wenigstens nicht umsonst gebracht worden sind. Es ist gesagt, von Mißerfolgen könne keine Rede sein; von anderer Seite nennt man es eine Blamage. Ich setze darin den Erfolg einer Mißregierung. Wenn solche Vorkommnisse sich mehrfach ereignen, dann werden auch die Kolonien merkantil nicht mehr wachsen. Ueber die Ermordung des Premierlieutenants v. Volkamer in Balinga hat die Kolonialabtheilung, als ich mich an sie im Auftrage der Familie um Auskunft wandte, entgegenkommendste Auskunft ertheilt; es hieß, daß die Betreffenden nicht im Gejocht gefallen sind, aber es wurde näher bekannt, daß sie als Weiseln zurückgehalten und erst später grausam gemordet wurden. Angefichts der von der Familie veröffentlichten Anklagen hat man sich nicht veranlaßt gesehen, gegenüber der Verwaltung des Gebietes Kamerun vorzugehen; erst jetzt, wo andere Fatalitäten hervorgetreten sind, schreibt man ein. Bezüglich des Sklavenkaufes durch die Firma Wölber u. Brohm ist festgestellt, daß die Kolonialregierung mit einem guten Beispiel vorangegangen ist; sie hat auch Sklaven gekauft und einen Arbeitsvertrag mit ihnen abgeschlossen. Diese gekauften Sklaven sind keine große Stütze für einen Staat. Man hat jetzt Revanche genommen, ein Dorf wurde verbrannt und ein „Kerl“, eine Frau und ein Kind wurden niedergemacht. Davon wird aber Lieutenant v. Volkamer nicht wieder lebendig. Es ist nicht das Geringste geschehen, um die Katastrophe zu hindern, man hat sich nicht einmal durch Boten nach dem Stande der Dinge dort erkundigt. In der Denkschrift der Regierung ist über die ganze Affäre nur eine kurze Notiz enthalten; man hat sich wohl geschämt, darüber Näheres mitzutheilen, namentlich weil die Dahomeer, welche die Schutztruppe bildeten, sehr heruntergekommene Leute waren, die sich kaum selbst fortzuschleppen konnten, wie es sich aus dem Tagebuch des Herrn v. Volkamer ergibt, welches Redner vor sich hat. Auch die Kaufleute sind der Meinung gewesen, daß Herr v. Volkamer schwächlich geosfert worden ist.

Geheimer Ober-Regierungsrath Dr. Kaiser: Deutschland war von Anfang an ein Pufferstaat an der Küste zwischen englischen und französischen Besitzungen; wir sind immer weiter ins Hinterland vorgedrungen, bis uns die übermächtige Konkurrenz der Niger-Gesellschaft daran verhinderte. Expeditionen in das Hinterland sind zahlreich gemacht worden; was zu retten war, ist gerettet worden. Der deutsche Unternehmungsgestirnt wird immer noch Spielraum zu seiner Thätigkeit haben, wenn es gelingt, im Reichstage eine Mehrheit für eine maßvolle Kolonialpolitik zu gewinnen. Den Tod des Premierlieutenants v. Volkamer hat auch die Regierung beklagt; jedoch müssen wir den Vorwurf zurückweisen, daß wir den Tod nicht zeitig genug veröffentlicht haben. Alle Vorwürfe wegen der schlechten Ausrüstung, Bewaffnung und Versorgung der Expedition des Herrn v. Volkamer in Balinga haben sich als ungerichtet ergeben; Herr v. Stetten hat Lebensmittel in ausreichendem Maße vorgefunden. Herr v. Volkamer sollte sich nach seiner Instruktion nicht auf kriegerische Unternehmungen einlassen, sondern nur auf die Auknüpfung neuer Handelsbeziehungen bedacht sein. Die Dahomeer reichen zur Vertheidigung der Station vollständig aus; das beweist der Umstand, daß trotz des Todes der Weiseln die Dahomeerleute unbehindert dort blieben. Daß Herr v. Stetten nicht früher zum Entsch gekommen ist, lag daran, daß die Sammlung der Träger lange Zeit in Anspruch nahm. Herr v. Volkamer kannte die Gefahren, welche ihn bevorstehen, er brante aber förmlich darauf, nach Kamerun zu gehen.

Abg. Bebel (Soz.): Auf die Versuche des Abg. Hasse, meine Ausführungen vom Sonnabend zu widerlegen, gehe ich nicht ein, weil er ja vom Präsidenten hieran verhindert worden ist. In bezug auf seine Behauptung, daß durch den Verlust von Umganda uns die Eisenberggewinnung entziffen sei, muß ich ihm erwidern, daß nach dem Urtheil sämtlicher Sachkenner es mit dem Eisenberg gerade so gehen wird, wie mit den Produkten der Wäffel: wenn die jetzige Art der Eisenberggewinnung nur noch zwei Jahrzehnte fortgesetzt wird, dann wird ein Eisenberghandel überhaupt nicht mehr möglich sein. Er hat ferner hingewiesen auf das Vorgehen von England und Frankreich. Wenn diese Länder

Opfer an Menschen und Gut in der Weise bringen, wie es geschehen ist, und Deutschland hat es nicht gethan, so haben wir das nicht zu beklagen, denn ich stimme dem Urtheil bei, daß ein Theil der Presse gefäht hat bei dem Fall von Zimbuktu; freuen wir uns, daß Frankreich mehr und mehr in Afrika engagirt ist. Der ganze Weltverkehr, die Beziehungen der Nationen zu einander, die Bedingungen, unter denen heute sich Handelsleute niederlassen können, sind sehr verschieden von denen früherer Perioden. Gibt es deutsche Kaufleute, die Unternehmungsgestirnt und Opfermuth genug besitzen, so mögen sie es sich versuchen in Afrika, aber der Handel nach Amerika übertrifft zehnfach den, der sich je nach Afrika entwickeln wird. Graf Arnim hat gemeint, wir hätten durch unsere Sparsamkeit die Mißerfolge verschuldet. Was die Regierung vom Reichstage verlangt hat, hat sie bisher immer von der Majorität erhalten und wenn die Regierung nicht mehr verlangt hat, so hat sie wohl selbst geglaubt, uns nicht mehr zumuthen zu können. Unser nationales Empfinden würde keine Einbuße erleiden, wenn wir die Kolonien ganz aufgaben. Auch wir haben ein nationales Empfinden, aber dieses unterscheidet sich so weit von dem Jhrigen, daß wir uns nie und nimmer darüber werden einigen werden. Dem Grafen Arnim kann ich bestätigen, daß wir allerdings in Afrika festen Fuß gefaht haben. Die Preussischen, die wir auf den Tisch des Hauses niedergelegt hatten, haben allerdings Sozialdemokraten hergebracht, die wir ja überall haben, auch auf den Wörmann'schen Dampfern, das dürfte ja Herrn Wörmann selbst auch nicht unbekannt sein. Diese deutschen Kulturwerkzeuge haben wir Ihnen zeigen wollen, damit Sie einsehen, daß, wenn Sie auf den nackten menschlichen Körper zur Anwendung kommen, schon beim ersten Schlag das Blut herausspritzen muß. Mit diesen hat der Kaiser Leist die Dahomeerweiber geprügelt. Auch auf deutschen Handelsschiffen kommen sie gegen Neger und Schiffsjungen zur Anwendung. Ich komme nun zu den Vorgängen mit der Firma Wölber u. Brohm. Diese hat ca. 500 Dahomeerleute durch ihren Agenten kaufen und an die Kongogesellschaft weiter verkaufen lassen als „freie“ Leute; und sie beruft sich darauf, daß ähnliche Dinge unter Herrn v. Graevenreuth geschehen seien. Ich konstatire, daß die Firma in ihren Verträgen mit der Kongogesellschaft die Bedingung hat, nur gesunde „Waare“ zu liefern. Es wird ausdrücklich von gesunden „Leuten“ gesprochen. Bei einer Lieferung hat sich herausgestellt, daß drei Leute nicht gesund und kräftig genug waren, daher wurden sie wieder an den König Behanjin zurückgeliefert, der wahrhaftig gesunde und kräftige dafür stellen muß. Wenn das kein Sklavenhandel ist, dann giebt es überhaupt keinen. Diese Mißthaltungen, die von dem Arzte, der im Auftrage der Firma Wölber u. Brohm zur Untersuchung der Schwarzen nach Afrika geschickt war, stammen, hat man dadurch in ein unsicheres Licht zu rücken gesucht, daß man sagte, der Mann habe bei der Firma Erpressungsversuche gemacht. Der Arzt hat aber bereits am 7. November 1891 den qu. Brief an seine Mutter geschrieben und erst jetzt sich durch den Artikel im „Hamburger Echo“ veranlaßt gefühlt, ihn zu veröffentlichen. Ursprünglich war die ganze Schilderung gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Wie objektiv er dabei verfahren ist, geht daraus hervor, daß er bei der Veröffentlichung des Briefes einige Punkte des früheren Artikels berichtigte. So sagt er z. B. davon, daß die Leute mit Salzfleisch gefüttert seien und nicht genügend Wasser zum Trinken bekommen hätten, habe er nicht bemerkt. (Redner verliest den im „Vorwärts“ bereits veröffentlichten Brief.) Diese „freien“ Arbeiter wurden nun in Trupps von 20 Mann nach dem Kongo geschickt unter der Bedingung, dort sieben Jahre als „freie“ Arbeiter an der Kongo-Eisenbahn zu arbeiten. Allerhöchstens 50 pCt. von diesen Leuten lebren zurück, weil die übrigen infolge der Behandlung und der schweren Arbeit zu Grunde gehen. Dies gehört auch zum Kulturbild der europäischen Arbeit dort. Aus den Verhandlungen der Kommission scheint allerdings so viel klar zu sein, daß die Regierung alles aufbot, um diesem schmachvollen Treiben ein Ende zu machen. Sie hat sofort die betreffenden Anordnungen an den Konful von Wadai geschickt. Der Vertreter der Firma Wölber u. Brohm, Herr Richter, hat die Leute von Dahomee gekauft, aber als freie Arbeiter sind sie nicht behandelt. Eigenthümlicher Weise berufen sich Wölber u. Brohm darauf, daß sie ganz korrekt gehandelt hätten, daß aber die deutsche Regierung ihre Dahomeer-Leute ungenügend behandelt habe. Wenn auch das deutsche Strafgesetzbuch gegen Wölber u. Brohm nicht anwendbar ist, so fragt sich doch, ob nicht ein noch in Kraft befindliches Hamburger Strafgesetz von 1837 Anwendung finden kann, welches einen Kapitän, Steuermann oder Superkargo, der einen Sklaventransport übernimmt, und einen Neger, welcher ein Schiff zum Zweck des Sklavenhandels ausrüstet, mit Zuchthausstrafe bedroht. Die Schiffsoffiziere haben alles aufgeboten, um bei diesem Transport dem englischen Wachtschiff aus dem Wege zu gehen, weil dieses das Schiff und die Ladung wegen Sklavenhandels konfiszirt hätte. Dieses Verhalten der Schiffsoffiziere beweist auch das Vorliegen des Sklavenhandels. Es ist überhaupt seltsam, was unsere Kolonialpolitik in jenen Gegenden alles für Blüthen treibt. Nach einer unserer Parteifreunden in Hamburg gewordenen Mittheilung befanden sich an Bord der „Marie Wörmann“ 21 Passagiere, welche nach ihrer Heimath, der Republik Liberia, wollten und am 28. Februar v. J. das Schiff verlassen sollten. Inzwischen war in Liberia zwischen verschiedenen Regierungen ein Krieg ausgebrochen, und diese 21 Schwarzen waren, wenn sie den Feinden ihres Stammes in die Hände fielen, rettungslos verloren. Da kamen 3 Boote mit bewaffneten Wilden an das Schiff und reklamirten die schwarzen Passagiere, die einem feindlichen Stamme angehörten, und dieser christliche Kapitän überließerte, und die Leute nicht noch eine Strecke weiter transportiren zu müssen, die 21 Schwarzen ihren Feinden. Was daraus geworden ist, weiß ich nicht. Nach den Gebräuchen in Afrika sind sie unzweifelhaft niedergemetzelt worden. Die Reichsregierung muß alles aufbieten, um diesem schmachvollen Treiben der Beauftragten deutscher Firmen mit aller Energie entgegenzutreten. Auch der verstorbene Graevenreuth hat ohne Wissen und Willen der Regierung Dahomeerleute gekauft, und die haben die Meuterei in Kamerun hervorgerufen, welche den deutschen Namen und die deutsche Ehre in bedenklicher Weise geschädigt hat. Die Firma Wölber und Brohm befreit sich zur Rechtfertigung ihres Verhaltens auf das Gesetz, welches die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten, und die Verfügung des Reichskanzlers vom 29. März 1889. Wölber und Brohm sollen nach diesem Gesetz gehandelt haben, die Reichsregierung aber soll sich eines schweren Vergehens dagegen schuldig gemacht haben. Angefichts der Behandlung der Dahomeerleute durch die kaiserlichen Beamten in Kamerun liegt allerdings die Frage nahe, ob das Gesetz nicht durch diese Beamten seit Jahren schwer verkehrt wird. Das faßt auch noch ungeschickt gehandelt worden ist, darüber ist kein Zweifel. Der Reichskanzler sagte am Sonnabend, was hatten die Führer der Polizeitruppe für Mittel, hinter die Absichten der schwarzen Räuber rechtzeitig zu kommen, da die Leute eine ganz andere Sprache redeten. Der Bericht des Kanzlers weist widerlegt den Reichskanzler. Der Bericht sagt, daß die Revolte seit langem geplant sei und der Grund dafür in der Unzufriedenheit der Leute hinsichtlich der Bezahlung zu finden sei. Daß also die Leute im höchsten Grade unzufrieden waren, war den Führern der Polizeitruppe seit langem

eine bekannte Tatsache. Die Revolte hätte allerdings verhindert werden können, wenn nicht zu den bereits gemachten Forderungen noch andere hinzugekommen wären, besonders die Aufhebung der Frauen, die das Raubgeld, das für sie gezahlt war, abzurufen, indem man ihnen die Löhne vorenthiel. Glaubt einer von Ihnen, daß die Leute freiwillig mit Kenntnis dessen, was ihnen bevorstand, aus den Händen des Königs von Dahomeh in die Hände Gravenreuths gekommen seien? Wie kann man den verfaulenden Negern, die nicht einen Pfennig von dem Raubgeld erhielten, zumuthen, durch jahrelangen Dienst das Geld abzurufen? Schon das ist eine ungeheure Zumuthung, die ein eigenhümliches Licht auf die Zustände in unserer Kolonien wirft. Der Bericht sagt, die Löhne der andern Soldaten seien für die Dahomeyer ein fortwährender Gegenstand des Neides gewesen. Diese verschiedenartige Behandlung hat sehr wesentlich zur Erzeugung der Revolte beigetragen. Der Reichskanzler sagte mit Abzügen vom Solde sei nichts zu machen. Diese Praxis wird aber in Afrika mit Vortheil schon angewandt; soweit die Leute mit Geldstrafen belegt sind, haben sie nicht gemuert. Durch die Prügelstrafe ist aber die Unzufriedenheit hervorgerufen worden. Die Dahomeyer haben allerdings zur Revolte gereizt. Doch durch die barbarische Behandlung durch den Kaiserleist, indem die Weiber vollständig entkleidet, über Jäger gelegt und Angesichts ihrer kranke dastehenden Männer gemißhandelt wurden, dem Raub den Boden angedrückt wurde, ist nur natürlich. Die Schwarzen haben bei mir außerordentlich gewonnen dadurch, daß sie ein solches Gefühl von Muth und gegenüber den Vertretern eines christlichen Staates an den Tag legten und sich eine solche Behandlung nicht gefallen ließen, sondern zum letzten Mittel der Revolte griffen. Daß diese Vorurtheile die Negern zur Revolte trieben, ist begreiflich. Herr Leist hätte verdient, daß er gefoltert wäre an stelle des anscheinend unschuldigen Effessor Niba. Es verdient die höchste Achtung, daß die meuternden Soldaten dem aus dem Hospital hinauseilenden Unteroffizier Steinko zuriefen, er möge zurückgehen, er sei krank, sie wollten nur den Gouverneur tödten. Die Schwarzen hatten also so viel Gerechtigkeitsgefühl trotz ihrer maßlosen Wuth, den unschuldigen Unteroffizier zu schonen. Daß solche Dinge das deutsche Ansehen im höchsten Grade schädigen müssen, darüber sind Sie alle einig. Ebenso sehr steht aber, daß Beamte, welche Sitten und Gebräuche der Eingeborenen so wenig kennen, ihren Posten nicht weiter bekleiden dürfen. Die Frauen gehen in Afrika verächtlicher eine höhere Achtung als die Frauen in vielen Theilen unseres christlichen Deutschlands. Wenn Bestrafungen von Frauen auf Antrag ihrer Männer dort vorgenommen sind, so wurde dabei niemals das Schamgefühl der Frauen verletzt, wie ein Fremder als Zeuge zugelassen. Der Information des Reichskanzlers, daß aus diesen unangenehmen Vorgängen ein besonderer Schade für die Kolonien nicht erwachsen werde, widerspricht der Bericht des Gouverneurs. Er verlangt eine Entsendung größerer Streitkräfte zur Stärkung des deutschen Ansehens, das er durch seine eigenen Handlungen gründlichst diskreditirt hat. Also mehr Schiffe und damit größere materielle Ausgaben zu der moralischen Einbuße. Die Reichsregierung hat, um zu retten, was zu retten war, indem sie vielleicht die Gefahr überschätzte, sofort ein Kriegsschiff mit 120 Marinesoldaten an Ort und Stelle geschickt. Es entsteht nun die erste Frage, ob diese Soldaten im inneren Dienst der Kolonien verwendet werden dürfen, ob dies den bestehenden Gesetzen entspricht und den Verpflichtungen, welche die Marinesoldaten übernommen haben. Es fragt sich, ob der Reichstag zugeben will, daß zu den übrigen schweren Opfern der Kolonialpolitik auch solche kommen, daß für ganz andere Zwecke angehobene und ausgebildete Leute Gefahren für Gesundheit und Leben in jenen ungesunden Gegenden schuldlos, denn die Soldaten dürfen sich dem Befehl nicht widersetzen, preisgegeben werden.

Gegen 5 Uhr wird die weitere Berathung bis Dienstag 1 Uhr vertagt.

Präsident v. Levetzow theilt dem Hause mit, daß soeben der russische Handelsvertrag eingegangen ist.

Die Katastrophe auf dem Panzerschiff Brandenburg.

Und wird aus Kiel geschrieben:
Das im Herbst auf dem Vulkan in Stettin fertig gewordene Panzerschiff entsprach gleich bei seiner ersten Probefahrt nicht den Anforderungen inbetreff der Schnelligkeit seiner Maschinen. Während das nach gleichem System und Umfang auf der Germania in Kiel gebaute Panzerschiff „Wörth“ mit Vollkraft bei forcirter Fahrt 16 Meilen und darüber zurücklegte, konnte das Schiff Brandenburg nicht viel über 14 Seemeilen pro Stunde zurücklegen. Gelegentlich der Anbringung von Torpedoschutzblechen auf dem Panzerschiff Brandenburg auf der Germania, welches von vor Weihnachten bis letzten Montag gedauert hatte, wurden gleichzeitig auch umfangreiche Reparaturen an der Maschine u. s. w. ausgeführt. Am Donnerstag wurde die erste Probefahrt in diesem Jahre gemacht und die Maschinen sollen hierbei 1200 Pferdekraft entwickelt haben, während 1500 verlangt wurden und auch von „Wörth“ erreicht sind, wofür die Germania eine Prämie von 300 000 Mark erhalten hat. Am Freitag früh fand wieder eine Probefahrt statt, welche verhängnisvoll für das Schiff und das Maschinenpersonal werden sollte.

Gegen 9 Uhr Vormittags verließ das Schiff die Werft und dampfte zum Hafen hinaus, woselbst alsbald mit forcirter Fahrt, das ist die höchste Leistungsfähigkeit der Maschinen, gefahren wurde, um die erhofften 1500 Pferdekraft herauszubringen. An der Fahrt nahm neben einer Reihe erprobter Werftarbeiter, als Maschinen- und Heizpersonal, und auch die Oberingenieure Nielle und Jansen vom Vulkan in Stettin Theil. Ploßlich um 10 Uhr 20 Minuten, als das Schiff in voller Fahrt in der Strandrucht sich befand, platzte das Haupt-Dampferohr, welches den Dampf von 12 Atmosphären Druck auf 12 Kesseln in sich vereinigt und entlief den Dampf nach dem Steuerbord-Maschinenraum, so daß alle darin anwesenden Maschinen sofort verbrüht waren. Aber auch nach der Vorderseite entlief sich der heiße Dampf, alles Lebende vernichtend. Im Kesselraum wurde das Plagen des Hochs durch das plötzliche Fallen des Manometers von 12 oder noch mehr Atmosphären auf 8 Atmosphären bemerkt, und veranlaßte die Heizer, im ersten Augenblick fleißig nachzuschöpfen. Bei einer solchen Fahrt wird mit Kohlen nicht gefahrt, alles was brennt, wird hineingegeben. Der nun frei gewordene Dampf sucht sich einen Ausweg zu bahnen, da aber die Maschinenräume infolge ihres Panzergerüsts nur wenig kleine Oeffnungen nach außen hin haben, so nahm der Dampf seinen Lauf durch das ganze Schiff, alles zur Flucht nach Deck veranlassend. Viele Personen im Schiff sprangen in die Spindeln oder Kammern hinein oder suchten Schutz hinter verschlossenen Thüren. Im Maschinenraum selbst waren zwei Arbeiter in eine Redenkammer gegangen, um von dort etwas zu holen, als die Explosion erfolgte. Ein Arbeiter mit verbrähten Unterkörper flüchtete hinzu und vier Stunden haben die drei in ihrer Oefangenschaft verbleiben müssen, denn infolge des heißen Dampfes war es unmöglich, gleich in den Maschinenraum hineinzugehen. Minuten, ja Stunden verzögerten sich, ehe die Verwundeten herausgeholt werden konnten; der letzte Verunglückte war um 2 Uhr gefunden. Durch das Entströmen des Dampfes aus sämtlichen Kesseln waren aber gleichzeitig die Dynamomaschinen in Mitleid gezogen und das Innere des Riesen Schiffes war vollständig dunkel. Zum Glück fand sich in der Nähe des Schiffes ein Torpedoboat, welches die erste Nachricht von dem Unglück nach Kiel brachte. Mittels des Werftdampfers „Böha“ wurden Arzte und Lazarethgehilfen zur Unglücksstätte, außerdem folgten noch mehrere kleine Werft-

dampfer, sowie das Kriegstransportschiff „Pelikan“ nach dort. Inzwischen waren wohl an 40 Kranen Träger mit Bahnen mobil gemacht, welche an 2 Brücken am Hafen Kuffelung nahmen. Dieser Anblick war ein recht betrübender, denn unter den Verunglückten kamen jetzt Frauen und Kinder hinzu, welche verzweifelt ihre Angehörigen erwarteten. Gegen 6 Uhr Abends kam ein Werftdampfer mit 89 Toten, welcher im Torpedo-Boothafen anlegte und hinter der Marineakademie die Leichen landete. Angehörige fanden sich jetzt ein und resignirten die noch unbekanntem Leichen, ein herzzerreißender Anblick. Auf zwei Möbelwagen wurden sämtliche Leichen nach dem Marine-Lazareth gefahren, von wo sie am Montag beerdigt werden. Inzwischen war noch ein Torpedoschiff eingetroffen, welches 2 Verwundete überbringen sollte, einer war jedoch schon unterwegs auf See gestorben. Gegen 10 Uhr Abends wurde das Panzerschiff Brandenburg nach dem Kriegshafen vom Pelikan geschleppt. Erst jetzt fand man die Leiche des Oberingenieurs Nielle, welche unter den Maschinenräume gefunden wurde. Nachdem das Schiff heute Vormittag in die Kaiserliche Werft geschickt wurde, wurden heute Mittag die an Bord befindlichen 7 Verwundeten nach dem Lazareth beim Akademischen Heilanstalt gebracht. Die Namen der Verunglückten sind: Maschinen Zimmermann, Maschinenist Steffant (am schwersten Verletzt), Oberingenieurmeistermaat Töpfer und Harri und Heizer Bösch. Die Namen der drei verunglückten Arbeiter sind noch unbekannt. Die Leichen sehen fast durchweg bräunlich aus und haben die Hände nach dem ängstlich verzogenen Gesicht krampfhaft gehalten. Ihre Namen sind:

Maschinen-Ingenieur Meiß, Reserve-Unter-Ingenieur Schulz, Obermaschinenist Kirch, Obermaschinenmaat Baud, Kistenleger, Vinderhaus, Maschinenmaat Meyer V, Hampel, Jansen II, Obermaschinenapparat Petri, Oberheizer Gauthier, Heizer Blankenbach, Bog, Reiche, Schröder, Ulrich, Ost, Witte, Seile, Matrosen Heuser, Ziegenmeyer, Treweß, Maschinenbauwerk, Oser, Maschinenbauer Dierrich, Schäler, Müller, Werkmeister Stöber, Werkführer Kornol, Vorarbeiter Jüng, Häsel, Hausen, Maschinenflosser Volkhoff I, Schred, Kupferschmied Freiberg, Arbeiter Weigand, Oppermann, Bedus, Ingenieur Nielle vom Vulkan, Maschinen-Ober-Ingenieur Jansen, Oberheizer Giesel, Heizer Pott. Aus dem Schiff sind viele Gewehre, Ledergürtel und Kleidungsstücke, sowie Dolchgehänge verbrannt. Unter den Verstorbenen befinden sich 13 Werftarbeiter. Die furchtbare Aufregung in der Stadt kann man sich vorstellen.

Lokales.

Freireligiöser Gewissenszwang. Frau Henrich-Wilhelmi sprach unlängst in einer Volksversammlung über das Thema „Sozialdemokratie und Staatsreligion“. Eine Anzahl Redner und Zuhörer, so auch der Unabhängige Feder, erklärten, daß es Pflicht eines überzeugten Sozialdemokraten sei, aus der Kirche auszutreten. Eine Resolution wurde nicht gefaßt. Wir lassen es dahingestellt, ob die betreffenden Redner das sozialdemokratische Programm genau kennen, jedenfalls übersehen sie, daß der Satz: „Religion ist Privatfache“ in denselben steht. Hätten sie das nicht übersehen, so hätten sie sich wohl gehütet, von überzeugten Sozialdemokraten eine bestimmte Stellungnahme zu einer religionspolitischen Frage zu fordern. Darüber hat jeder einzelne nach seinem Gewissen zu entscheiden und sich von niemandem Vorschriften machen zu lassen. Was würden die freireligiösen Fanatiker denn sagen, wenn eine strenggläubige Volksversammlung ein Gesetz fordern würde, wonach jedermann auch jeden Freireligiösen zur Ausübung religiöser Gebrauche zwingen sollte. Sie würden mit Recht zeteren und wüthen über die Unduldsamkeit der Pfaffen, sie selbst aber machen sich dergleichen Vergehen schuldig, wenn sie den Austritt aus der Kirche von Anderen erzwingen wollen. Wenn die Verammlungsbefugnisse die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die noch nicht aus der Kirche ausgetreten sind, vor eine Versammlung laden quasi zu ihrer Rechtfertigung oder zur Entgegennahme von Beschlüssen in Bezug auf ihren Austritt aus den Religionsverbänden, denen sie angehören, so scheinen sie vergessen zu haben, daß das Zeitalter der Herrscher in Deutschland wenigstens seit Jahrhunderten abgeschlossen ist und daß es denen, welche die sozialdemokratische Gesellschaftsordnung erlämpfen wollen, nicht einfallen kann, mitzuhelfen, daß diese traurigen Zeiten wieder anbrechen.

Zur Affäre des 18. Januar. Die Staatsanwaltschaft scheint gegen die sozialdemokratische Presse, welche angefaßt der Ereignisse des 18. Januar ihre publizistische Pflicht that, die öffentliche Anklage erheben zu wollen. Was die Anklagebehörde angeht, die Kulturthat des 18. Januar gegen uns ins Feld führen wird, ist für uns nicht erschütterlich, wohl aber halten wir es im öffentlichen Interesse für geboten, in der Gerichtsverhandlung die ganze Fülle des Belastungsmaterials, das gegen die Polizeithat ins Feld geführt werden kann, vorzuführen. Zwar steht uns heute schon eine große Anzahl Belastungszeugen gegen die Polizei zu Gebote; um aber die Niederlage des heutigen Systems zu einer vollständigen zu machen, ist es die Pflicht eines jeden, der an dem traurigen Ereigniß passiv oder als Zeuge theilhaftig war, und im Interesse der öffentlichen Sicherheit, das wir zu vertreten haben, zur Seite zu stehen.

Wir erwarten daher von allen, die am 18. Januar von der Menge oder vom Gummischlauch bearbeitet worden sind, sowie auch sonst von jedermann, der als Zuschauer Zeuge der glorreichen Thaten am Friedrichshain war, unter genauer Angabe des Namens und der Adresse eine gedrängte streng wahrheitsgemäße Mittheilung über das persönlich Erlebte. Briefliche und mündliche Mittheilungen werden in unserer Redaktion entgegen genommen.

Federzeichnungen vom Bündler-Tag. „O, die schönen Glazen“ mußte Jeder ausrufen, der am Sonnabend von der Gallerie des Frempalastes einen Blick warf auf die zum Jähren und Blumen einträchtig versammelten Herren vom Bunde der Landwirthe. Ja, es war die schönste Glazen-Kollektion, die wir gesehen seit dem Abend, an welchem wir das letzte Mal einer Balletvorstellung beigewohnt. Glazen in Hütle und Fülle, Glazen in allen Dimensionen und Entwicklungsstadien, Glazen vom reinsten Weiß und glänzend wie frisch gedörrtes Ebenholz und Glazen tief roth wie der schwerste Burgunder. Neben der handteller-großen Platte des Referens-Offiziers dehnte sich, fast wie ein abgerundetes Gundernfeld, die hohe Stirn eines Wirthschafts-rathes, ein Ende nehmend erst beim ersten Halsknicken. Vom Haupte des Vorsitzenden schwebte einsam und wehmüthig eine Petruskrone, und über den Gehirnsbehälter seines Hintermannes legten sich schüßend zwei, drei mit großer Kunst aneinander gestrichene Haarsträhne. Und alle diese glatten, glänzenden Schädelkugeln sagten dem Beobachter: Unser Eigenthümer geben sich für Bauern aus und nothleidende Landwirthe. Aber das ist nicht wahr. Glaube nicht ihnen, glauze nicht, so wenig Reich, noch der Bibel, eingehen in das Himmelreich, so wenig Glazölpe giebt es unter den deutschen Bauern.

Im Verlaufe seiner Rede schlenderte Herr Lude-Petershausen mit voller Wucht seiner heiseren Kommandostimme die Worte in den Saal: „Im Bunde giebt es keine Bauernzunge, da sind wir alle gleich. Wir alle sind deutsche Bauern.“ Das war die Theorie, und sie ist gewiß sehr schön. Aber ungefähr eine Stunde früher wurden aus dieser schönen Theorie die praktischen Kon-

sequenzen gezogen, und die waren weniger schön. Die Versammlung sollte eröffnet werden, jeder Stuhl im Saale und auf den Gallerien war besetzt. Da stürzte ein Schwarm Ordner auf die Gallerie, welche dem Rednerisch gegenüber lag, und drängte unter den Aufen: „Platz! Platz! für die Herren Reichs- und Landtags-Abgeordneten“ die bisherigen Inhaber der Stühle in den Gang, der sich um den Bühnenträum herumzieht. Unter den so Bedrängten befand sich auch ein wirklicher Bauer. Der ging, brachte nach einer Weile einen Stuhl geschleppt, stellte ihn an die Wand, und ließ sich nieder. Es dauerte aber gar nicht lange, da trat ein Herr, dessen seiner Stadtpelz die Eleganz selbst war, an ihn heran und sprach: „Wollten Sie nicht die Güte haben, mir Ihren Stuhl abzutreten? Ich möchte ihn einer Dame anbieten.“ Der Bauer sah dem Herrn scharf ins Gesicht und sagte: „Nein. Ich hab' mir meinen Stuhl gekauft.“ — Ja, weiß nicht, ob ein Uhren- oder Goldwaarenhändler auf der Generalversammlung anwesend war. Wenn einer da war, er mußte seine helle Freude haben. Von all den Uhren, welche gezogen und auf welche geblickt wurde — und es wurde sehr eifrig nach der Zeit gesehen: Die Saaluhr des Frempalastes ist schon seit Jahren abgelauten — waren weit über 90 pCt. goldene, und Zinger waren darunter, groß wie Schnupftabaksdosen.

Mit Ausnahme des Herrn Professor Wagner, dem, wie immer, die Worte von den Lippen fielen, wie Tropfen aus einer übervolken Tachrinne, waren alle Redner heißer wie junge Föhne. Woher das wohl kam? War ihnen der Jörn auf die Stimmbänder gefallen oder das politische Wetter, oder hatten sie sie im Vorhinein zu viel angefeuchtet? Den Vogel auch in dieser Beziehung schloß Herr Lude aus Petershausen ab. Er hob nach jedem Satze seine Brust der Saaldecke entgegen, ließ gleichzeitig beide Arme in die Luft und schloß beide Hände zur Faust, als wollte er zwei vollgelogene Schwämme ausdrücken. Wie man sieht, versteht der Herr beinahe alles. Er kann definiren, tapfer reden und verfügt über die schönsten Gesten. Herr v. Ploß, was wollen Sie noch mehr?

Wer auf der Generalversammlung der Bündler war, konnte etwas lernen, selbst der Zoologe. Herr Lude erzählte seinen an-bächtigen Zuhörern, daß der junge Ruckuf die jungen Weisen irrt und wenn er recht groß wird, dann frisst er sogar die Alten. Wir wissen nicht, ob Herr Lude bei seiner interessanten Mittheilung sich an das alte Bauernwort gehalten hat:

Pelzmähen, Pelzhauben.
Wer's nicht gesehen hat, kann's nicht glauben.
Ich hab's gesehn, ich kann's glauben.
Pelzmähen, Pelzhauben.

Wenn ja, dann darf die Lüh'sche Entdeckung nicht in Vergessenheit fallen. Wir werden von ihr den Gebrüder Müller Mittheilung machen, und diese beiden besten Vogelkennner Deutschlands werden gewiß Sorge tragen, daß die Mit- und Nachwelt nicht bloß von dem Bauer und Bierbrauer Lude etwas erfährt, sondern auch von Lude, den Ruckufsforscher.

Vor Beginn der Versammlung hoffte man ein biederer Schwabe, der ausah, wie ein Riesensam-Gändler, zu dem Schreiber dieser Zeilen: „Was wohl die gegnerische Presse zu dieser Versammlung sagen wird?“ Wenn der Herr einen Blick in unser Blatt wirft, wird er finden, daß wir unserer Pflicht vollkommen nachgekommen sind, und dem Bund und seiner Versammlung gegeben haben, was auch ihnen gebührt — die Wahrheit.

Das Kreis-Krankenhaus. Nach Mittheilung des „Teltower Kreisblatt“ hat die dem Kreis-Ausschuß zur Seite gestellte Kommission ihre Vorberathungen in Sachen der Kreis-Krankenhausfrage abgeschlossen und wird das Ergebnis dieser Beratungen in Form einer neuen Vorlage dem Kreistage demnächst unterbreitet werden. Das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen dürfte sein, daß man den ursprünglichen Plan der Erbauung eines großen Krankenhauses von 300—400 Betten bei Wrih definitiv aufgegeben und sich über die Errichtung eines Krankenhauses von nur mittlerem Umfange, für 150 Betten, geeinigt hat. Die Kosten der Anlage sind dadurch von 1/4 beziehungsweise 2 Millionen auf 600 000 M. herabgesetzt. Die Lage des zu diesem Zweck schon im Jahre 1891 vom Kreise angekauften Platzes in der Nähe des Buschweges bei Wrih wurde einstimmig als eine besonders bevorzugte anerkannt. Nahe der Ringbahn, zwischen der Berlin-Görlitzer, Berlin-Nuchalter, Berlin-Trebbener und Berlin-Potsdamer Bahn, inmitten der verkehrreichen Chaussees (der Berlin-Treptower, Berlin-Königs-Büsterbauser, Berlin-Glasower, Berlin-Jossener und Berlin-Potsdamer Chaussee) gelegen, von Köpenick im Osten und von Schöneberg bezw. Groß-Lichterfelde im Westen gleichmäßig 10 Kilometer entfernt, durch Querschneisen mit allen Längsstraßen und allen Bahnhöfen verbunden, bietet der gewählte Platz noch den besonderen Vorzug, daß er für die volkreichsten und ärmeren Ortlichkeiten des Kreises und für die in den großen Industriebezirken des östlichen Kreisgebietes anfassige Arbeiterbevölkerung, die der Krankenpflege am häufigsten bedürftig ist, auch am leichtesten zugänglich ist. Während im Westen des Kreises zahlreiche öffentliche und private Krankenanstalten, z. B. in Potsdam, Schöneberg, Charlottenburg, Niowawitz u. a. m. offen stehen, ist der Osten des Kreises, indem keine einzige derartige Anstalt sich befindet, ausschließlich auf Berlin angewiesen. Mit Recht gebührt ihm deshalb bei der ersten Einrichtung von Kreiswegen der Vorzug. Sollte, wie früher angenommen wurde, ein Krankenhaus von nur 150 Betten dem Bedürfnis einer wohlorganisirten Krankenpflege nicht genügen, so bietet die jetzt beschlossene Beschränkung der Anlage auf 150 Betten in Wrih den Vortheil, daß eine Erweiterung später nicht auf denselben Platz in Wrih, sondern auf einem anderen, für die westlichen Vororte günstiger gelegenen Orte, etwa in Trebbenu oder Steglitz, in Gehalt eines zweiten Krankenhauses vorgenommen werden kann. Daneben würde es dem Kreise, dessen Finanzlage eine so günstige ist, daß sie auch die Durchführung der dreimal so kostspieligen früher geplanten Anlage ohne Erhöhung der Kreissteuer ermögligt hätte, ein Leichtes sein, den berechtigten Wünschen des südlichen Kreisgebietes nach beschiedenen eigenen Krankenhäusern gerecht zu werden. Eine Musteranstalt dieser Art besteht in Trebbin; sie hat bei 20—30 Betten 40 000 M. gekostet. Ähnliche Anstalten in Jossen und Mittenwalde oder Königs-Büsterbauser zu erbauen würde also dem Kreise keine Schwierigkeiten bereiten und neben dem Nutzen für die Bevölkerung auch den Vortheil einer Entlastung größerer Krankenhäuser in den Vororten bieten.

Was den Verein für Feuerbestattung freut. Ein recht schmurriger Bericht, den das Bureau für Feuerbestattung über die letzte Generalversammlung des Vereins versendet, läßt erkennen, daß man es in den Leitern dieser reformatorischen Bewegung mit wirklich harmlosen Leuten zu thun hat, die gewiß nicht das bisherige Mißtrauen der Regierung- und Kirchenbehörden verdienen, sondern im Gegentheil in unserer Zeit der sozialen Auflösung sich recht sehr für zukünftigen gouvernementalen Schutz dankbar zeigen würden. Als Vorsitzender dieses Vereins fungirt der brav waderstrümpferische Stadtverordnete Walterne und als Schriftführer zeichnet sogar ein Lieutenant a. D. Die erste bedeutende That, die die Versammlung verrichtete, bestand in dem anachronischen Anhören einer Lobhymne auf den braven Protektor aller Schönenvereine, S. verstorbenen Gobert, der Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha soll sich dadurch um die Sache der Feuerbestattung hochverdient gemacht haben, daß er zu allererst allergnädigst die Errichtung eines Krematoriums in seinen Landen gestattet hat. Die Versammlung bedauert von Herzen, daß dieses vielseitige Fürklein — vielleicht aus Bescheidenheit — nicht den Titel eines Protektors für Feuerbestattung angenommen habe! Was bei Lebzeiten des Schützenherzogs nicht möglich war, denken wir, kann aber immer noch im Tode desselben weibliche Willkürlichkeit werden. Man darf nur die Hoffnung nicht inlassen lassen. Nachdem die Beileidsbezeugungen für den Protektor ihr seliges Ende erreicht hatten, ließ man die Vereinsbibliothek Revue passieren,

wobei es wiederum bezeichnend ist, daß als ganz besonders hervorzuheben ist die Erwerbung eines Verlebens des verstorbenen Geh. Medizinalraths Küchenmeister gepriesen wurde, daß den in höheren Regionen gewiß nicht zu verkennenden Titel führt: Zeichenbestattung und die in der Bibel vorkommenden Bestattungsarten. Ein gnädiges Wort aus dem salbungsvollen Munde der Bibelgläubigen scheint der reformatorische Verein überhaupt als das vornehmlichste Ziel seines Strebens zu betrachten, denn mit freudentränenreichem Auge preißt es der Vorsitzende, daß nach seiner Ansicht das oberkirchliche Verbot der Teilnahme der Geistlichkeit bei Feuerbestattungen im Lalar heute wohl nicht noch einmal erlassen würde. Bereits habe der zweite Prediger der Jerusalemer Kirchengemeinde, Hr. v. Soden, bei der Feuerbestattung des berühmten Universitäts-Professors Dr. Girsch im Lalar die Trauerrede gehalten.

Nach so ermutigendem Beispiel ist es natürlich auch kein Wunder, daß gemeldet werden konnte, der Berliner Magistrat sei zu drei Vierteln und die Stadtverordneten-Versammlung gar zu elf Zwölfteln der Feuerbestattungsfache „gewonnen“. Wir denken, daß der Verein die schöne Sache der Feuerbestattung nur ortsentfremd langsam fördern wird, so lange er noch Zeit findet, über eingebildete Färsen- und Kirchenoberen-Gunst-Freudenhymnen anzuklimmen.

Wer wohl aber auch so thöricht sein, und aus bürgerlichen Kreisen heraus wirkliche Förderung von Reformen verlangen!

Wie sieht es im Schubkasten eines modernen Fabrikmeisters aus? Es scheint auf den ersten Blick, als ob diese Frage die Öffentlichkeit wenig interessieren könnte. Aber die leidigen sozialen Zustände, der offenbare Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit greift auch in die geheiligten Reservaträume des modernen Meisters hinein; je schneidiger dieser ist, je mehr interessiert die Arbeiter selbst den Inhalt seines Schubkastens und in dem Maß, den wir heute vor Augen haben, kann es auch gar nichts schaden, wenn die Öffentlichkeit etwas von dem Geheimnissen dieses Faches erfährt.

Bei der bekannten Nähmaschinenfirma Freiser u. Rossmann hat der brave Meister Treff gar energisch seine Pflicht. Nicht daß er gerade durch langjährige Erfahrung im Stande wäre, jedes Mädchen in der Fabrik im Kopfe zu haben. Wer wird das auch von einem Mann, der erst am 1. Oktober vorigen Jahres in die Fabrik eingetreten ist, verlangen? Aber was ihm an technischer Erfahrung abgeht, sucht Meister Treff, wie gesagt, durch eine potenzierte Energie zu ersetzen und diese hat sich, wie den ihm unterstellten Arbeitern satfam bekannt ist, durch verschiedenliche Lohnverordnungen, durch Entlassungen zum Theil älterer Arbeiter, deren einer 23 Jahre in der Fabrik war, und durch ähnliche Zeichen äußerlicher Wahrnehmung der Interessen des Herrn, dem er dient, des öftern geäußert. Kurzum, dem Mann ist die vom modernen Unternehmensstandpunkt aus nie hoch genug zu schätzende Eigenschaft der Schneidigkeit in seltenem Grade eigen.

Vom Meister Treff ging ein seltsames Geräusch durch die Reihen der ihm unterstellten Arbeiter; man munkelte sich einander zu, daß der Gefreunde noch mehr könne, als nur in Worten und Schritten schneidig sein und er für den Fall, daß es einmal „los gehe“ gar schneidige Wehr und Waffen im Besitz habe, um sein eigenes theures Haupt und das der Fabrik, für die er wirkte, heidenhaft zu schützen. Aber die eräuterten Arbeiter schüttelten den Kopf zu solchen eiden Gerüchten und hielten es nicht für möglich, daß der Interessengenosse schon zu so ungeheuerlichen Maßnahmen, die vielleicht Zuchtstüßeln, aber nicht ehrlichen Arbeitern gegenüber Jammer Platz sein mögen, gedrückt habe.

Eines Mittags hatte Meister Treff vergessen, den Schubkasten seines Places zu schließen und aus der Dunkelheit der Türe leuchtete gar seltsam etwas Glühendes und unheimlich Blinkendes heraus. War es Wunder, daß selbst den Respektvollsten die Neugier übermannte, und daß sich wie von selber der Schubkasten öffnete?

Ein sechsblüssiger geladener Revolver und ein blühendes Messer lagen in trauter, seelenvoller Harmonie nebeneinander. Man erzählt sich, daß es gerade die ältesten, ruhigsten Arbeiter waren, die beim Anblick dieser schönen Sachen in unsäglichem Ruch kramfasst die Hände geballt und die Zähne aufeinander gebissen haben.

Bei alledem giebt es noch Leute — es sind entweder Thoren oder Schurke — die noch von einer Harmonie der Interessen von Kapital und Arbeit fasseln.

Möchte nicht dies Schubkastengeheimnis wenigstens den Thoren die Augen öffnen?

Man höre auch die andere Partei. Vom Kuratorium der Berliner Unfallsationen, Berlin SW., Wilhelmstraße 33 II, geht uns bezüglich der in Nr. 39 gedruckten Mitteilung über die Behandlung des Kesselschmiedes St. in einer dieser Anstalten eine Zuschrift zu, in welcher der Fall folgendermaßen dargestellt wird.

Der in der Schultzeisendrauerlei, Abteilung II durch Hineinragen eines Stiel Nietes ins Auge schwer verletzte Kesselschmied St. wurde am 14. Februar ex. Vormittags 11 Uhr, in die Unfallsation 1 gebracht und war mit einem Rothverband versehen. Es wurde ihm sofort ausgiebige spezialistisch chirurgische Hilfe zu Theil (4 Kräfte anwesend). Nach Anlegung eines regelrechten Verbandes wurden die Schmerzen wirksam bekämpft. Ein Weitertransport nach irgend einer Augenklinik hätte nicht nur keinen Vortheil gehabt, vielmehr hätte die Bewegung durch weiteren Anlauf des Glaskörpers des Auges das ganze Organ im höchsten Maße gefährdet. Nachdem der Zustand des Patienten sich soweit gebessert, daß derselbe eine Operation gestattete, wurde die Entfernung des Fremdkörpers am Nachmittag unter Zuzugung eines bewährten Augenarztes vorgenommen. Es dürfte damit in der für das Wohl des Patienten schonendsten und ärztlich zweckmäßigsten Weise verfahren worden sein.

Der Zustand desselben ist denn auch bisher sehr zufriedenstellend.

Das weitere verordnet das Kuratorium der Berliner Unfallsationen eine Erweiterung auf die auch von uns veröffentlichte Resolution der Ärztkammer der Provinz Brandenburg.

Die Unfallsationen, so heißt es in dieser Erweiterung, sind eine humanitäre Einrichtung, welche in erster Reihe den Zweck verfolgen, den verletzten Arbeitern zu jeder Tages- und Nachtzeit die möglichst beste chirurgische Versorgung zu bieten. Daß damit hier in Berlin einem Bedürfnisse entsprochen wird, darüber kann wohl weder bei Ärzten noch Laien ein Zweifel bestehen. Die damit verbundenen nationalen Kliniken stehen den Verletzten von Berufsgenossenschaften und Krankenkassen zur Verfügung.

Die Zahl der Verletzten ist eine beschränkte, damit die dirigierenden Kräfte in der Lage sind, sich jederzeit persönlich um den Zustand jedes einzelnen Patienten bekümmern zu können.

Ein Zwang wird nach dieser Richtung geübt. Es steht dem Kranken stets frei, die Anstalt zu verlassen oder auch einen anderen Arzt seiner Wahl bezw. seines Vertrauens zu konsultieren. Sollte das Weiterfahren vor Ablauf der dreizehnten Woche nicht zum Abschluß kommen, dann wird die Reutenfestsetzung seitens der Berufsgenossenschaften nicht auf Grund von Gutachten der Unfallsationen, sondern anderer ärztlicher Sachverständigen erfolgen.

Da diese Verhältnisse den Ärzten, die sich um die Geschäfte der Unfallsationen bekümmern, nicht fremd sind, da denselben ferner bekannt ist, daß die Berufsgenossenschaften in diesen Stationen Verpflegungsgelder zahlen, welche nicht nur das Doppelte der sonst in Berliner Krankenhäusern üblichen betragen, so bleibt es höchst bedauerlich, daß man sich zu einer so ungeheuerlichen Inhumanität herbeilassen konnte, welche wahrlich nicht geeignet ist,

die allseitig erstrebte Hebung des Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu fördern. Bei Fortsetzung derartiger unredlicher Angriffe würde das Bestreben der Berufsgenossenschaften, wenigstens in dem einen Punkte, ein Einvernehmen mit Kräfte und Arbeitern dahin zu erzielen, daß möglichst schnelle und rationelle Hilfe geleistet werden kann, vereitelt werden, wenn auch die Berufsgenossenschaften sich dadurch nicht hindern lassen werden, den begonnenen Weg fortzusetzen.

Rein, gewiß werden die Berufsgenossenschaften sich durch die öffentliche Kritik nicht hindern lassen, den begonnenen Weg fortzusetzen, der in einer für den beteiligten Arbeiter oft recht verhängnisvollen Richtung fast immer zu dem einen, im Unternehmerninteresse liegenden Ziel der Unfallrenten-Verkürzung führt. Das Kuratorium mag sich versichert halten, daß es nicht die Verletzten allein ist, die den Unfallsationen das entschiedenste Mißtrauen entgegenbringt. Die von einem Unfall betroffenen unglücklichen Arbeiter, die doch zum mindesten ein so hohes Interesse an ihrer Wiederherstellung haben, wie die Berufsgenossenschaft, hegen zum größten Theil ein Gefühl des Grauens vor dem bekannten Uebel, der sie in eine der Unfallsationen hineinbeordert — trotzdem nach der Verkürzung des Kuratoriums ein Zwang nach seiner Richtung hin geübt wird. Der verletzte Arbeiter hat das Gefühl, daß in der Unfallsation weit weniger darauf ankommt, eine Besserung seines Zustandes herbeizuführen, als darauf, der Berufsgenossenschaft, wenn irgend möglich, eine Handhabe zur Verkürzung der Rente zu geben.

Und die Verkürzungen des Kuratoriums über das selbstlose Wirken dieser seiner „humanitären Einrichtung“ haben auch in uns noch nicht die gleiche Empfindung zu zerstören vermocht, die durch die nur zu häufig an unser Ohr gedungenen Klagen der in Unfallsationen behandelten Arbeiter in uns geweckt sind.

Jirkus Renz brillirte am Sonnabend durch eine neue Pantomime „Auf, auf zur frühlichen Jagd“, ein Schauspiel, das wohl alles, was bisher in ähnlichem Genre dargestellt wurde, in den Schatten stellte. Neues in der Erfindung läßt sich wohl am allerwenigsten in den schon seit Jahrzehnten zum Jirkus-repertoire gehörenden Jagdszenen bieten und eigentlich neues war es ja auch nicht, was Direktor Franz Renz seinem Publikum darbot; aber was an Vervollkommnung der vorliegenden „Jagd“ im Bereich der Möglichkeit lag, wußte Herr Renz in der bei ihm selbstverständlichen glanzvollen Ausstattung vorzuführen. Nach der in Jagdpantomimen üblichen Einkehr der Gesellschaft bei dem Wirths Wandermilch, der mit nie zu verschleuderndem Präzision ein tannenduftendes Baked für seine Gäste zur Hand hat, geht es ins Jagdrevier zu Pferde und zu Wagen. Und welche Wagen werden mobil gemacht! Hinter dem englischen Jagdomibus folgte eine veritable Drochke zweiter Güte und selbst an dem Gefährt der Dorfmusikanten und den Marktenderwehlein fehlt es nicht. Die Jagd geht in des Wortes wahrster Bedeutung über Stock und Stein und ist so halbbrückerisch, daß der Zuschauer kaum zu Athem kommt und sowohl dem Schein nach, als wirklich Verunglückten seine Bewunderung und sein Mitleid zollen kann. Wer Lust an vorweggenommenen Meistertumstücken hat, wird in der neuen Jagdpantomime volle Befriedigung finden.

Ein hartberziger Hauswirth muß wohl Herr Berner, Brunnenstr. 12, sein. Einer seiner Miether, der Stepper Gunner, hatte seit September v. J. eine kleine Wohnung, bestehend aus einem Keller, zwei Zimmern und Küche, inne. Die Frau des Gunner betrieb in dem Keller eine Wasch- und Blättanstalt. Der Mann lag seit zwei Jahren krank. Die Miethen ist an Herrn Berner regelmäßig bis Ende Januar bezahlt worden. Nur für den Februar hatten die Eheleute Gunner die Miethen im Betrag von 40 M. schuldig bleiben müssen. Der Wirth reichte die Genußfortklage ein und, trotzdem mittlerweile der volle Betrag für den Monat Februar bezahlt worden war, setzte der humane Mann die armen Leute, ohne auch nur ein Stück Mühe, ohne auch nur ein Bett für den kranken Mann und die Kinder heranzugeben, ohne Erdarmen aufs Plaster. Der Beweggrund dieser Handlungsweise mag darin zu suchen sein, daß die Sanitätspolizei auf Veranlassung des Arztes, der den kranken Mann und die infolge der äußerst ungesunden Wohnung ebenfalls erkrankten Kinder behandelt, die Räume für ungesund und zur menschlichen Wohnung unbrauchbar erklärt hatte.

Ershossen hat sich in dem Wirthshaus Novalisstr. 7 der 24 Jahre alte Kaufmann Wilhelm Bogemann aus Braunschweig. Die Ursache zum Selbstmord ist unbekannt.

Selbstmord einer kranken Frau. Am Montag früh um 6 1/2 Uhr ereigte es in der Krautstraße großes Aufsehen, als plötzlich eine Frau aus der Höhe eines Hauses herabstürzte und mit gebrochenen Gliedmaßen auf dem Straßendamm liegen blieb. Der Tod trat alsbald infolge eines Schädelbruchs ein. Bei den Nachforschungen nach der Ursache des Vorfalles ergab sich, daß die 50 Jahre alte Tischlerfrau Minna Mänsche aus dem Schwanenweg 101 aus einem Dachfenster ihrer Wohnung in die Krautstraße gesprungen war. Frau Mänsche wurde seit langer Zeit von Krankheit heimgesucht und verzweifelte schließlich derart am Leben, daß sie ein freiwilliges Ende der Qual des Krankseins vorzog.

Der Schauspielers Moritz Haack, durch sein langes, fast sechsjähriges Wirken im früheren Ostend- und jetzigen National-Theater als Charakter-Darsteller den Besuchern der genannten Bühne wohl bestens bekannt, ist am Donnerstag in der Jren-Anstalt zu Herzberge nach fast sechsmonatlichen Leiden gestorben. Die Beerdigung desselben findet am Dienstag Nachmittag um 2 1/2 Uhr auf dem Zentralfriedhof bei Herzberge statt.

Ueber eine Schießangelegenheit wird berichtet: Der Schlosser Z. hatte am 17. d. M. einen Maskenball in der Brangelstraße besucht und sich am nächsten Morgen um 6 Uhr mit einem Freunde und seiner 14jährigen Schwägerin auf den Heimweg gegeben. Auf der Straße redete ein halbwüchsiger Bursche, in dem später der 16jährige Arbeiter K. ermittelt wurde, das Mädchen an und wurde deshalb von den beiden Begleitern zur Rede gestellt und durch einen leichten Schlag bestraft. Er riß sich los, lief davon und feuerte aus einem plötzlich hervorgehaltenen Revolver 2 Schüsse auf die ihn verfolgenden Männer ab. Der erste traf niemand, der zweite verletzte Z. in den linken Oberschenkel, aus dem später 5 Schrotkugeln entfernt werden mußten. K. wurde dann durch einen Nachwächter festgenommen und behauptet, die Waffe kurz vorher für 250 M. von einem Bekannten gekauft zu haben.

Zu den Kanal gefahren sind am Sonntag Nachmittag ein acht- und ein vierjähriger Knabe mit einem Kinder-Spielwagen durch einen 15jährigen Knaben Otto W. Dieser fuhr den Wagen, in dem die beiden anderen saßen, am Landwehrkanal am Maybachufer entlang. An der mit einer Umfriedung nicht versehenen Böschung fuhr der Wagen in das Wasser, ohne daß Otto W. es hindern konnte. Der achtjährige Knabe ertrank, der jüngere konnte gerettet werden.

Durch einen Schlächterwagen ist am Montag Nachmittag an der Kreuzung der Markt- und Blumenstraße eine junge Frau, die ein dreijähriges Kind auf dem Arme trug, überfahren worden. Der Wagenschreiber, der das Gefährt fuhr, hatte noch die Freiheit, der glücklicherweise nur leicht verletzten Frau eine Droschke zu applizieren, wofür er freiwillig von dem Publikum, das sich angesammelt hatte, in verböhrter Weise durchgepreußelt wurde. Man brachte die Schlächterburschen und die arme Frau, die sich im Angst für Wohnungslosigkeit aufhält, nach dem Polizeirevier in der Frankfurterstraße.

Wer hat Dich, Du schüchtern Wald, ganz verbannt mit Paragrafen? Die von den Berliner Grünwaldpilgern seit Langem ersehnte ungehinderte Benutzung des von der Hundestegeln- und Warnemünderstraße in Schmargendorf begrenzten

Waldtheiles scheint sich nunmehr endlich zu verwirklichen. Wie verlautet, soll die Forstverwaltung geneigt sein, den Wald gegen eine Pacht von 180 M. pro Jahr der Schmargendorfer Gemeinde pachtweise zu überlassen. Man würde alsdann das Wildgatter an den beiden Straßen ganz beseitigen, bezw. nach Jünen verlegen und die der freien Benutzung erschlossene Waldpartie durch Anlage von Schmutzplätzen und Wegen zu verschönern haben.

Polizeibericht. Am 17. d. Mts. Vormittags wurde am Kottbuser Ufer die Leiche eines Mannes ans Land gezogen. — Der Arbeiter Baginski verunglückte, während er mit dem Verursacher eines etwa 100 Kilogramm schweren Fasses in den Keller der Rosenhalsstr. 71 befindlichen Kolonialwaarenhandlung beschäftigt war, dadurch, daß er auf der Treppe ausglitt und das Fass über ihn hinwegrollte. Er erlitt schwere Verletzungen und wurde auf ärztliche Anordnung nach dem Krankenhaus gebracht. — In der Nacht zum 18. d. Mts. erschloß sich auf dem Hofe eines in der Novalisstraße befindlichen Schanklokals ein unbekannter, etwa 25 Jahre alter Mann. — Am 18. d. Mts. Morgens schoß der Arbeiter Hegne, der in der Brangelstraße mit mehreren Männern in Streit gerathen und von diesen verfolgt wurde, aus einem mit Schrot geladenen Revolver nach ihnen und verletzte den einen leicht am Oberschenkel. — Vor dem Hause Adersstr. 115 wurde Nachmittag ein neunjähriger Knabe durch einen Omnibus überfahren und am Kopfe und Unterschenkel sehr schwer verletzt. — An der Wiesenbrücke schab aus Unvorsichtigkeit ein 15jähriger Knabe beim Spielen einen kleinen Bogen, in dem zwei Knaben saßen, aber die geländerlose Uferböschung, die Uferböschung hinab in den Landwehrkanal. Ein Knabe ertrank; der andere wurde von einem Manne, der sofort nachsprang, noch lebend aus dem Wasser gezogen. — In der Wollinerstr. 28c brannten Boden und Dachstuhl des Quergebäudes. Außerdem fanden am 17. und 18. d. Mts. sieben unbedeutende Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Fortschritte in Magdeburger Postwesen. Von der Ober-Postdirektion in Magdeburg ist vor Kurzem eine Entscheidung von allgemeinem Interesse gefaßt worden. Eine gedruckte Neujahrskarte war vom Absender handschriftlich mit Namen, Stand und dem Zusätze „und Frau“ versehen und dann mit einer Dreipfeiligen frankirt abgefandt worden. Vom Postamt des Empfängers war aber der Zusatz „und Frau“ als nicht zulässig erklärt worden. Auf die Beschwerde des Adressaten, welcher Strafporto gezahlt hatte, hat die Postbehörde nun entschieden, daß bei Drucksachen die handschriftliche Angabe des Absenders mit dem Zusatz „und Frau“ als zulässig anzusehen ist.

Und in die Arme saufen sich Weide! Der mit großem Hallos angeklagte Beleidigungsprozeß, den der bekannte Oberwinder vom Volk gegen den Redakteur der „Jüdischen Presse“, Dr. Ulrich Hildesheimer angestrengt hat, endigte in der heutigen Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht wie das Horaburger Schießen. Die beiden Kämpfer zogen es vor, Frieden zu schließen und sie verpfligten sich. Unsern Segen haben sie.

Schuhmanns Schneidigkeit. Wie Ankagen wegen Beamtenebeidigung entstehen konnten, lehrt ein Fall, der gestern vor der 183. Abteilung des Schöffengerichts zur Verhandlung gelangte. Der auf der Anklagebank befindliche Fuhrherr Schulze gab folgende Darstellung des Sachverhalts: Eines Morgens sei er von einer Spazierfahrt zurückgekehrt. In der Nähe seiner Wohnung habe er einen berittenen Schuhmann eingeholt. Er wohne schon 20 Jahre in dem Revier, kenne alle dort bediensteten Schulleute und glaube auch den vor ihm reitenden zu kennen. In dessen Nähe angelangt, habe er demselben die Bemerkung zugerufen: „Haben Sie Ihr Pferd aber warm geritten!“ Der Schuhmann habe sich umgedreht und voller Entrüstung entgegnet: „Das geht Sie gar nichts an!“ Nun habe er gesehen, daß er sich in der Person geirrt, er habe in begütigendem Tone gesagt: „Entschuldigen Sie nur, ich glaube einen Bekannten vor mir zu haben“. Der Schuhmann habe sich dabei aber nicht beruhigen wollen, derselbe sei neben ihm geritten, habe ihn einen freien Patron genannt, dem er es herzeigen wolle und habe ihm dabei mit dem Finger vor der Nase herumgefuchelt. Nun sei auch er festig geworden und habe ihm gesagt: „Fahren Sie mir nicht mit der Hand vor dem Gesicht herum, sonst schlage ich Ihnen mit der Peitsche darüber!“ Wegen dieser Reueherung habe der Schuhmann Anzeige erstattet. Der als Zeuge vernommene Schuhmann wolle sich nicht entsinnen können, daß er den Ausdruck „freier Patron“ gebraucht habe, er halte sich für schwer beleidigt und könne sich von einem Zivilisten (!) doch nicht solche Behandlung gefallen lassen, wie sie ihm seitens des Angeklagten zu Theil geworden. Trotzdem zwei Zeugen bezeugten, daß der Schuhmann den Angeklagten einen freien Patron genannt, beantragte der Staatsanwalt demnach die Verurteilung des Angeklagten mit 40 M. Der Verteidiger, M. A. Dr. Friedmann, trat energisch für Freisprechung ein. Die Personenverwechslung, welche dem Wortwechsel vorangegangen sei, sei so harmloser Natur gewesen, daß auch ein höher gestellter Beamter als ein Schuhmann sich mit einer Entschuldigung hätte begnügen lassen. Unter allen Umständen müsse eine Kompensation eintreten, weil der Angeklagte zuerst beleidigt worden sei. Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen bei, erklärte den Angeklagten zwar der Beleidigung für schuldig, aber für strassfrei, da er nur eine Beleidigung auf der Stelle erwidert habe.

Der Wiener Anarchistenprozeß. Ein Wolffsches Telegramm meldet aus Wien vom 19. Februar: Zu dem heute begonnenen Prozesse gegen die Wiener Anarchisten erscheinen 14 Personen angeklagt, sämtlich Handwerksgehilfen. Die Anklage lautet auf das Verbrechen des Hochverrats bei 13, auf das Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz bei 12 und auf Verleitung zur Desertion, Verletzung der angelobten Treue der zum Kriegsdienste verpflichteten Personen und Aufruhr zum Bürgerkrieg bei 7, auf das Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung bei 3. Vorgeladen sind 21 Zeugen.

Die Begründung der Anklage stellt ein umfangreiches Memorandum dar, in welchem die anarchische Bewegung in Wien seit Beginn der achtziger Jahre bis zur Gegenwart eingehend beleuchtet wird. Die Angeklagten bildeten kleine, anonyme Klubs, die durch Vertrauensmänner verbunden waren, betrieben die Aufführung von geheimen Druckpressen und die Herstellung von Sprengmitteln zu terroristischen Zwecken. Zu Oftern des Vorjahres sollte bei einem Auszuge nach Wien eine Probe mit letzterem auf freiem Felde veranstaltet werden.

Von den Angeklagten ist Gabriel gehändigt, mit Gaspel beschossen zu haben, ihre Umzugspläne durch Flugblätter zu propagieren, sowie ferner solche Flugblätter gedruckt und durch Personen, die er nicht nennt, heimlich in den Straßen und Häusern ausgekreut zu haben. Gaspel behauptete in seiner Verlegenheit, bis in der gemeinsamen Wohnung gefundenen Utrassilien müßten bei seiner Verhaftung durch die Polizei eingeschmuggelt sein. Gabriel behauptete, sie hätten bloß probirt, ob sie Sprengversuche machen könnten, leugnete aber, daß es um terroristische Attentate gegen einzelne abgesehen war, indem er bloß zugesagt, daß die Anrunderung der Bomben gegen Miklik und Polizei im Falle des Ausbruches einer Revolution beabsichtigt war. Die bei beiden vorgeschundenen Urtenilmenge hätte genügt, eine große Zahl Menschen zu tödten. Die Anklage nimmt an, daß eine Organisation kleiner anarchischer Klubs nach in Wien besteht, welche getreu dem anarchischen Prinzip einer einheitlichen Leitung entbehrt, aber in gelegentlichen Zusammenkünften der Vertrauensmänner ihre Beschlüsse faßt. — Hieran geht die Anklage in die Details ein und erstreckt die Beteiligung der einzelnen Angeklagten an den intimistischen Taten.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Holzbohrer! Die Bildhauer bei Schöy, Berlin, Mariannenstr. 34, haben infolge fortgesetzter Abzüge und Einbüßen einer neuen Arbeitsordnung die Arbeit niedergelegt. Die Bemühungen des Bauvorstandes, eine Einigung zu erzielen, blieben erfolglos. Der Geschäftsführer hat jede Unterhandlungen mit den Kollegen zurückgewiesen und bemerkt, daß er seinen Kollegen wieder einstellen werde. Die Werkstatt ist daher gesperrt und der Zugang ferngehalten.

An die Mitglieder der Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher! (Filiales Berlin.) Kollegen! Durch eine Annonce im „Vorwärts“ werden wir zu Dienstag Abend nach dem Lokale Deigmüller, Alte Jakobstraße 48a berufen, um den Hauptvorstand und Redakteur unserer Vereinigung zu wählen. Erscheinen wir Mitglieder recht zahlreich und wählen wir nur Kollegen, die auf dem Boden des sozialistischen Programms stehen. Die Kollegen, welche den anarchischen Grundfäden anhängen, können nicht an der Spitze der Vereinigung sein, weil ihre Experimente uns zur Genüge gezeigt haben, daß sie der Arbeiterbewegung nur schädlich sind. Um vorwärts zu kommen, müssen wir Männer von Besonnenheit und solche, die die Verhältnisse beachten, wählen. Leute, die sich der Sozialdemokratie gegenüberstellen und nicht offen Farbe bekennen, sollten in unseren Reihen kein Amt bekleiden.

Einer für Viele.

Achtung, Schmiede! Nach Beschluß der öffentlichen Versammlung am 17. Januar ist eine „Filiale“ der Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigten Personen“ für Berlin N. gegründet worden. Die erste Mitglieder-Versammlung findet am Mittwoch, den 21. Februar 1894, im Lokale Späth 8, bei Pörtel statt.

Kollegen, die Ihr auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, Ihr wißt, wie notwendig eine Organisation gerade in unserem Verufe ist. Die Lage unseres Gewerbes ist eine so gedrückt, und unsere Löhne, im Verhältnis zu unseren Leistungen, so niedrige, die Zustände auf unserer Herberge und die damit verbundene Arbeitslast bedürfen keines weiteren Kommentars, daß es jeder Kollege als seine Pflicht betrachten muß, dieses Unternehmen im vollsten Maße zu unterstützen. Kollegen, agitiert von Mund zu Mund, holt vor allem die Indifferenten heran, und namentlich die älteren Kollegen, die unserer Vereinigung so gleichgültig gegenüber stehen, erscheint daher Mann für Mann, und erklärt Euren Beitritt.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Schneider! Kollegen! Auf Grund der Resolution, die in der am 5. Februar in Marten's Salon tagenden öffentlichen Schneider-Versammlung angenommen wurde, berief die Agitations-Kommission am 14. d. Mts. eine Werkstatt- und Geschäftsdelegierten-Sitzung ein, in der eine eingehende Beratung stattfand über die Taktik, die gegen solche Geschäfte angewandt werden soll, die den im vorigen Jahr aufgestellten Lohnsätzen nicht bewilligten oder bereits wieder Abzüge gemacht haben. Nach längerer Debatte kam man dahin überein, daß die Arbeiter der einzelnen Geschäfte, in denen derartige Zustände eingetreten sind, unverzüglich unter einander zusammenkommen und beraten, welche Maßnahmen sie gegen ihre zum Teil wortbrüchigen Chefs ergreifen wollen. Auf einstimmigen Beschluß hin, wurde dann festgelegt, daß das Resultat der Beratungen bis Mittwoch Abend, spätestens Donnerstag Mittag in Händen der Agitations-Kommission: Adresse: Schützenstr. 18/19, sein soll, die es dann in der am Donnerstag, den 22. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen (Gartenstraße), Kommandantenstr. 20, stattfindenden Werkstatt- und Geschäftsdelegierten-Sitzung unterbreitet. Hiermit soll sodann über die zunächst zu unternehmenden Schritte beschloffen werden.

Kollegen! Versteht sofort eine Zusammenkunft Eurer Mitarbeiter ein und theilt uns das Resultat bis zum festgesetzten Zeitpunkt mit.

Die Agitations-Kommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Achtung! Vergolder Berlins! Die bei der Firma Mathias u. Prost in Burg arbeitenden Kollegen stehen seit Wochen im hartnäckigen Kampfe mit ihren Arbeitgebern. Kollegen! Es gilt nun die Burger Kollegen durch kräftige Unterstützung zum Siege zu verhelfen. Zu diesem Zweck sind uns vom Ausschuss Sammellisten zugegangen und fordern wir die Vertrauensleute auf, sich rege an den Sammlungen zu beteiligen, alle gezeichneten Beiträge durch Unterstützungsmarken zu quittieren und wöchentlich bei Mebring, Mantelstr. 109, 11, einzureichen. Wir erachten es als die Pflicht eines jeden Kollegen, durch regen Vertrieb der Unterstützungsmarken beizutragen, daß die Burger Kollegen nicht während des Kampfes durch Noth und Elend zum Nachgeben gezwungen werden.

Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß vorläufig keine Sammellisten zum Streifonds seitens der Agitationskommission ausgegeben werden und die im Umlauf befindlichen mit oder ohne gezeichnete Beiträge strengstens bei dem Kassierer der Agitationskommission, Wilh. Schütte, Pöckstr. 14 bei Albrich, abzurechnen sind.

Die Ortsverwaltung der Filiale Berlin.

An die Arbeiter Deutschlands! Genossen! Nach vierwöchentlichem Kampfe, der sich gegen die geradezu himmelstreichenden Zustände in unserem Gewerbe richtete, haben wir die Waffen strecken müssen. Die größten Uebelstände sind zwar beseitigt, auch haben wir eine 10-15 prozentige Lohnerhöhung erreicht. Unsere Forderungen ganz durchzuführen war uns leider durch die Ungunst der Verhältnisse unmöglich. Die Arbeiter Deutschlands haben thätig in jeder Beziehung uns unterstützt und wir nehmen hiermit Gelegenheit, allen denen, die ihr Solidaritätsgefühl uns gegenüber in so hervorragender Weise betätigt haben, den Dank auszusprechen. Es sind nun noch 15 Kollegen zu unterstützen, die bisher keine Arbeit bekommen haben. Wir richten deshalb an alle diejenigen, die es möglich machen können, die Unterstützung, ihr Scherlein zur Unterstützung der Ausgesperrten beizutragen.

Liste und Gelder sind zu senden an Rich. Ziemler, Zeughofstraße 6, Quergebäude.

Die Lohnkommission der Arbeiter in den mechanischen Schußfabriken R. Ziemler.

B. Fußangel's Personal in Hagen i. W. gemahregelt! Am Montag, den 12. d. Mts., klagten 12 Mann der von Arbeiterfreundlichkeit triefenden „Westdeutschen Volks-Zeitung“ (Herausgeber B. Fußangel) die Arbeit ein — wegen Maßregelung zweier Kollegen. — Wer kennt nicht Herrn Fußangel und seine Vergangenhait? — Für das im Oktober vor J. neugegründete Zeitungunternehmen stellte Herr Fußangel die Devise auf: „Für Arbeit, Freiheit und Recht!“ Scham dem bedrückten Arbeiter- und Handwerkerstand, Hülfe der nothleidenden Landwirthschaft! — Das „Recht auf Arbeit“ sollte nach Fußangel's Theorie Jedem zustehen, durch Gewinnbeteiligung der Arbeiter

wollte Herr F. der Lösung der sozialen Frage um ein großes Stück näher treten. Seinen Arbeitern löste er Vertrauen ein durch Worte wie: „Ich bin als lokaler Arbeitgeber bekannt — dies meine Theorie! — In der Praxis zeigte sich seine Arbeiterfreundlichkeit jedoch in einem ganz anderen Lichte und diese hier näher zu beleuchten, möge zu Ruh und Frommen aller im Harmoniedusel sich wiegenden und indifferenten Arbeiter gestaltet sein: Waren die Verhältnisse in der F.ichen Offizin gleich von Anfang an keine geordneten und blieb in tariflicher Beziehung Vieles zu wünschen übrig, so glaubte doch das Personal dem jungen Unternehmen gegenüber Rücksicht walten lassen zu sollen, zumal von Herrn F. für die Folge alles Gute und Rechte versprochen wurde und diese Arbeitsstätte nach seiner Aussage die beste in ganz Rheinland-Westfalen werden sollte. — Doch es sollte anders kommen. Die Ausforderung des Geschäftsführers sowie sämtlichen Personals durch übermäßiges Arbeiten, welches oft 20 Stunden und länger hintereinander dauerte, wurde von dem „Volksbeglädter“ und „Arbeiterfreund“ Fußangel durch überaus rücksichtslose, despotische Behandlung belohnt. Abzüge an Ueberstunden folgten und das Winken mit dem Hungerstocke durch Worte wie: „Wenn's Ihnen nicht paßt, dann können Sie gehen.“ „Sie fliegen eher raus, wie Sie Sie denken!“ „Wenn ich auch grob an Sie herantrete, so haben Sie doch freundlich zu antworten, dafür bin ich Ihr Prinzipal!“ u. s. w. kam bei jeder Gelegenheit vor. — Die Arbeitszeit, welche von früh 9 Uhr bis Abends 9 Uhr festgesetzt war, erstreckte sich oft bis 12 Uhr Nachts und noch länger, und damit auch noch zufriedener, glaubte man jedoch dem Verlangen, sich des Sonntags Abends „zum Auftreten“ auch noch bereit zu halten, ein Ziel setzen zu müssen. (Es sei hier bemerkt, daß Sonntagsarbeit schon öfter vorgekommen und ein Mann dafür bestimmt war, sich des Sonntags zu stellen, indem die Verhältnisse in bezug auf Todesfälle u. dgl. dazu zwingen.) Am Sonntag Abend winkte Herr F. ein größerer Gewinn in Form von mehreren Geschäftsangeboten und anderen Nachrichten, und da sich Herr F. nun einmal als „Herr im Hause“ fühlte, war es für ihn eine Kleinigkeit, um 10 Uhr (Sonntags Abend) noch einen Voten nach dem Vereinslokale, in welchem die Kollegen ihre einzigen freien Stunden meistens zu verbringen pflegen, zu senden und 3-4 Seher nach dem Geschäft zitiern zu lassen. In anbetracht der an den übrigen Tagen zu opfernden Abende fand sich jedoch keiner bereit, sich auch noch diese freien Stunden nehmen zu lassen, worauf der betreffende Voten gegen 1/11 Uhr ein eigenhändiges Schreiben des Herrn Fußangel überbrachte, worin den Sehern mitgeteilt wurde, falls sie nicht sofort kämen, würde ihnen am Montag gekündigt werden. (!) Doch auch dieses „109“ nicht und am Montag früh hatte der Faktor folgenden Schreiben zu verlesen: „B. und W. sind wegen „Ungehorsams“ zu kündigen.“ — Auf diese Maßregelung hin zeigten die übrigen Seher jedoch Herrn Fußangel, der in seinen Partikeln den Arbeitern „Einigkeit, Solidarität, alle für einen und einer für alle“ anempfiehlt, daß organisierte und zielbewusste Arbeiter sich derartiger Eingriffe in die Rechte des Arbeiters zu erwehren wissen. Es wurde ein von 12 Mann unterzeichnetes Geheiß an Herrn Fußangel gerichtet, die Kündigung zurückzunehmen, andernfalls binnen einer Stunde (die Wartezeit wurde deshalb so kurz bemessen, weil für die nächsten 2 Stunden die Absicht des Herrn F. nach Berlin zu erwarten stand) das von ihm seinen Lesern vorgeschriebene Solidaritätsgeheiß erprobt werden würde. Auf dieses hin beglückte Herr F. den Schreiber des betreffenden Schriftstückes mit den größten persönlichen Beschimpfungen. Auf seine Zurücknahme der Kündigung ließ sich lokale Arbeitgeber nicht ein, sondern erklärte seinem Personal, mit solchen „Burschen“ könne er nicht arbeiten, er dürfe keine Rücksicht nehmen, sondern müsse von seinem einzigen Machtmittel Gebrauch machen, sonst sei er „der Sklave seiner Arbeiter“. Darauf hin legten 12 Mann einmüthig die Arbeit nieder, sodas noch ein Personal von zwei Mann (außer Maschinenmeister und Stereotypen) übrig blieb, zu dem sich noch ein dritter Seher (Nacharbeiter) „auch Vereinsmitglied“ gesellte, so daß die noch vorhandene Arbeit für die am anderen Morgen zu erscheinende Zeitung bis Nachts 2 Uhr fertig wurde. Am anderen Tage fanden sich auf ein Inserat „Schriftseher gesucht“ noch einige „Mauereiser“ aus Witten, Greifeld, Duisburg, Gann, und mit Hilfe einiger „gebogener“ Seher war Herr Fußangel geholfen. Eine am Mittwoch Morgen bei Herrn Fußangel zwecks Einigung vorstellig gewordene Kommission rügte trotz überzweifeltiger Verhandlung mit ihm nicht das Erhöhte und weitere Versuche, Herrn Fußangel zum Nachgeben zu bewegen, waren ebenfalls erfolglos, obwohl Herr Fußangel erklärte, daß er sein früheres Personal ungern scheiden sieht, indem alles tüchtige Kräfte wären und seine Zufriedenheit verdient hätten!

Die Maurer von Widdau und Umgegend haben in einer öffentlichen Versammlung beschlossen, in diesem Jahre 30 bis 33 Pf. Stundenlohn zu fordern und beim Rathe zu beantragen, zur Vermeidung der Lohnbrüderlei die städtischen Bauten nicht im Submissionswege zu vergeben, sondern in Regie auszuführen zu lassen.

Arbeiterentlassungen an den Staatsbahnen gehören zu stehenden Themen in den Zeitungen. Neuerdings sind solche wieder vorgekommen beim Betriebsamt Breslau. Dort sind gegen 50 Rangierer, Wagenschieber u. s. w. gekündigt worden, die drei, vier und noch mehr Jahre bei der Bahn beschäftigt waren und zwar wegen „Mangel an Beschäftigung“. 90 weitere stehen noch in Aussicht. Auf der anderen Seite hört man von allen Angestellten der Bahn Klage führen, daß sie zu viel beschäftigt seien und wie oft wurde schon durch Gerichtsverhandlungen festgestellt, daß dieser oder jener Unfallsfall durch Ueberlastung des betreffenden Beamten herbeigeführt worden war. Das reisende Publikum sollte daher im eigenen Interesse Protest erheben gegen diese Knirdelei auf Kosten der Beamten und Passagiere, die zu Gunsten des Militarismus zur Durchführung gelangt.

Wehe bluten soll das Bier nun auch in Duisburg, wo 120 000 M. mehr Steuern für die Armenverwaltung aufgebracht werden müssen. Also von den Armen für die Armen. Auf eine in der Stadtverordnetenversammlung beantragte Erhöhung der Einkommensteuer ging man — natürlich — nicht ein.

Den „vorübergehend“ angestellten städtischen Arbeitern zu Straßburg war von der Stadtverwaltung die Zustimmung gemacht worden, für denselben Lohn als bisher (1 M. 60 Pf. pro Tag) 1 1/2 Stunden länger zu arbeiten. Die Arbeiter, 300 an der Zahl, zogen, mit Schaufel und Spaten bewaffnet, nach der Bürgermeierei, um dort zu erfahren, daß die Stadtverordneten-Versammlung so beschloffen habe. Weiter hörten sie den wohlgemeinten Rath, daß, wenn es nicht passe, einfach gehen könne. 30 der Arbeiter folgten dem Rath, die anderen nahmen die Arbeit wieder auf. Die Stadtverwaltungen wissen eben genau so gut, als die Prinatunternehmer die Hungerpeitsche über ihren Arbeitern zu schwingen, sie wissen nur zu genau, daß die Mehrzahl der Arbeiter ihrer Profligkeit sich fügen muß.

Die Baseler Regierung hat den dortigen arbeitslosen Textilarbeitern eine zweite Unterstützungsrunde von 10 000 Fr. bewilligt. Die erste hatte 1000 Fr. betragen.

Naturalverpflegung in der Schweiz. Im Kanton Zürich wurden 1893 88 167 Gutscheine an wandernde Arbeitslose verabfolgt gegenüber 109 834 im Jahre 1892 und 89 028 1891. Die Ausgaben betrugen 1893 circa 17 000 Franken weniger als 1892. Von den ansässigen Gutscheinern waren 68 258 für Nachtquartier und 24 919 für Mittagessen.

Zu Basel ist mit dem 15. Februar auf allen Bauplätzen der Februartag eingeführt worden und wurden die Bauarbeiter durch öffentliche Maueranschläge aufgefordert, die Vereinbarung einzuhalten.

Versammlungen.

Eine vom Vorstände des Vereins Berliner Hilfskassen-Ärzte einberufene Versammlung der Vorstände der Hilfskassen tagte am 18. Februar. Der Vorsitzende des Ärztevereins Dr. Alexander referirte über den Lohnkampf der Berliner Hilfskassen-Ärzte. Redner führte in einem längeren Referat den Vertretern der Kassen die Gründe vor, die den Ärzteverein veranlaßt hätten, den am 1. April fälligen Kontrakt zu kündigen, und ihnen die freie Arztwahl zu empfehlen, gleichzeitig ihnen anheimstellend, wenn sie dieselbe nicht wünschen, wieder mit ihnen in Verbindung zu treten. Statt dessen hätte die Vereinigung der Hilfskassen vorgezogen, ihrerseits auch zu kündigen, um unter der Hand mit anderen Ärzten ein Abkommen zu treffen. Später wäre dann ein Vertrag den einzelnen Ärzten zugesandt, darnach sollten sie sich bis zum 10. d. M. entschließen, denselben, wenn sie zur Annahme geneigt wären, unterschrieben zurück zu senden. Der Vertrag enthalte solche rigorosen Bestimmungen, daß in einer von hundertunddreißig Ärzten besuchten Versammlung derselbe einstimmig abgelehnt wurde. Redner wunderte sich, warum keine weiteren Verhandlungen angekündigt seien, da doch die vorliegenden Differenzen nicht so schwerwiegender Natur seien, um bei gegenseitigem guten Willen nicht doch einig zu werden. Die ganze Schuld liege wohl hauptsächlich an dem Vorherrschen der Vereinigung, der wohl über den Köpfen der Vertreter der Kassen hinweg handle, deshalb seien dieselben nun eingeladen, um selbst ihre Meinung abzugeben. Hinter den Ärzten stände der große 1000 Mitglieder zählende Verein freigewählter Kassenärzte, der seinen Mitgliedern unterlagt habe, einzeln Verträge mit den Kassen abzuschließen. Nun legte der Referent der Versammlung die Forderungen vor, die er bei Ausstellung eines neuen Kontrakts empfiehlt. Diese betrafen die Anstellung und Absehung der Ärzte, den Austritt der Kassen, die Liquidation fremder Ärzte, Heilgehilfen bei Nothverbänden, den Ärzte-Ausschuss und eine längere Kontraktdauer. Bei Eintritt in die Diskussion nahm zunächst der Vorsitzende der Kassenvereinigung Schindler das Wort. In erster Linie müsse er entscheiden zurückweisen, daß er allein in dieser Sache gehandelt habe. Hinter ihm stehe der gesammte Vorstand, und dann die Vertreter der Kassen, die alles vorher geprüft und beschlossen hätten. Es wäre doch wohl Sache der Vereinigung, wenn die Ärzte gekündigt hätten, sich nach neuen umzusehen, da ja doch schon bei dem Inkrafttreten der Vereinigung Unbilligkeiten bei Anstellung von Ärzten, speziell Naturbelebten entstanden seien, Homöopathen überhaupt nicht zur Anstellung gelangten. Klagen von Mitgliedern über Ärzte betreffe ihrer Pflichterfüllung liegen auch genug vor, die aber von den Ärzten erhobenen Beschwerden werden in sachlicher Weise vom Redner widerlegt. Redner schildert an der Hand eines ärztlichen Flugblattes — das den freigewählten Kassenärzten empfiehlt, die Familienmitglieder zu ermäßigten Preisen zu behandeln, um dadurch die Auffassung der hierorts noch bestehenden Vereine zu veranlassen, um sie dem Ziele, daß die Berliner Kassen bei freier Arztwahl jede einzelne Dienstleistung zur vollen Höhe honorieren, näher zu bringen, — welche Taktik die Ärzte verfolgen. Die Behauptung des Referenten, als ob mit den ominösen 5 pSt. Agitation betrieben werde, befreit Redner. Die 5 pSt. sind lediglich für Verwaltungszwecke verwendet worden. Die Vertheilung des Honorars sei auch keine richtige, es müßte doch unbedingt zu ersehen sein, wieviel eine einzelne Leistung honorirt werde, um daraus ersehen zu können, ob die Bezahlung eine genügende sei. Diese Einigkeit läßt sich aus dem jetzigen Zahlungsmodus nicht entnehmen und müßte geändert werden. Er ermahnt ferner noch die Vertreter, nicht auf alle Forderungen einzugehen, denn sie wären einfach unannehmbar.

Dr. Christeller ist derselben Ansicht wie der Referent. Da keine weitgehenden Entweigungsgründe vorliegen, hätte man wieder in Verhandlungen eintreten können. So wie es jetzt ist, ist der Vertrag für ihn unannehmbar; im übrigen bemerkt er sich infolge eines Zurufs zum Verfasser des betreffenden Artikels im „Vorwärts“.

Adon, Tischlerkass, ersucht die Herren eingesehen, daß der Antrieß zur Empfehlung der freien Arztwahl nur durch die Herren des großen Vereins betrieben worden ist. Schon in einer Generalversammlung, die im Januar v. J. stattfand, wollte man die Herren Dr. Alexander und den Vorsitzenden Dr. Bensch abschließen, weil sie sich unterfangen hatten, mit den Hilfskassen abzuschließen. Die Kassen beanspruchten, daß auch Arbeiter, welche mit im Vorstände sizen, in der Absehung und Anstellung eines Arztes entscheiden, sowie daß auch die Familienangehöriger der Mitglieder zu billigeren Sätzen wie die tagmännlichen, behandelt werden. Diese segensreiche Einrichtung können sich die Kassen aber nicht nehmen lassen und darum können sie auch mit der freien Arztwahl nicht abschließen. Im übrigen empfiehlt er, sich nicht einschüchtern zu lassen. Alle Forderungen sind unannehmbar, aber auch der Entwurf könnte in einigen Paragraphen geändert werden. Kubule, Hausdiener, bemerkt: Heute erklären Sie, daß es fast keine Differenzpunkte gebe. Warum muß denn da der Artikel im „Vorwärts“, der alle Gemüther aufregte, und der nach den heutigen Erklärungen der Ärzte gar nicht berechtigt ist, erscheinen? Aber man wollte nur den freien Kassen eins ausweichen, sie sollten in der Arbeiterwelt diskreditirt werden, vorläufig wird es aber nicht geschehen. Diskreditirt werden sich nur die Ärzte, denn bei dieser freien Arztwahl, wo jeder Arzt nur nach möglichst vielen Konsultationen oder Bons jagt und strebt, so daß manche Krankheit, die früher in 14 Tagen geheilt war, jetzt 4-6 Wochen in die Länge gezogen wird, geht die Standesehre der Herren vollständig zu Grunde. Dr. Blaschko bemerkt, daß wohl mancher der Herren es mit der Empfehlung der freien Arztwahl nicht ernst gemeint und bei sich gedacht habe, wenn sich die Kassen lieber nicht zu derselben entschließen möchten. Der Kontrakt wäre doch ungefähr von den Ärzten gekündigt worden, wie ein Mietkontrakt (Zuruf: Wird auch bloß gekündigt, um mehr zu erlangen), um ev. neu darüber zu verhandeln. Der Vergleich mit den Arbeitervereinen wäre nicht stichhaltig, denn kein Fachverein glebt den Arbeitgebern Geld, um Agitation gegen sie zu betreiben. Der im Entwurf festgesetzte Ausschuss wäre einer wie die ominösen Arbeiterausschüsse, welche nur eine beratende, aber keine beschließende Stimme haben, und wenn sich dann ein Arzt unliebsam macht in denselben, er sofort ausgeworfen werden könne. Schneider (Buchbinderkass): Der Herr Doktor sollte doch bedenken, denn gerade er müßte doch die Arbeiter kennen, daß er hier lauter in der Arbeiterorganisation

erfahrene Männer vor sich habe, und wenn die einen Ausschuss, die können es ja auch Vorstand nennen, sich neben den übrigen hinsetzen, sie ihm auch mindestens das Recht der Gleichberechtigung gewähren.

Da es inzwischen 2 Uhr geworden, wurde ein Schlussantrag angenommen und eine vom Tischler Haseloff eingegangene Resolution, welche besagt, daß die auf Einladung der Herren Metzger erschienenen Vertreter der freien Kassen, das volle Vertrauen in ihre bisherigen Vertreter setzen, und nur durch diese irgend welche Verträge festsetzen lassen wollen, einstimmig angenommen. Ebenso fand ein Antrag des Herrn Dr. Blaschke, welcher die bisherigen Vorstände durch Kooption derselben in neue Vertragsverhandlungen eintreten lassen solle, einstimmige Annahme.

Berliner Gewerkschaftskommission. Öffentliche Versammlung der Delegierten im „Louisenstädtischen Klubhaus“ vom 16. Februar. Auf Antrag des Genossen Stiller, Vertreter der Droschkentischer, wird zunächst in eine Debatte über deren Streik eingetreten. Genosse Schütte erging sich in heftigen Vorwürfen darüber, daß ihr Streik, der am 8. Januar dem Ausschuss angemeldet worden sei, erst am 19. die Sanction seitens der Gewerkschaftskommission erhielt. Nach seiner Meinung habe der Ausschuss in diesem Falle nicht schnell genug gearbeitet. Hätten ihre Listen sofort den Stempel erhalten, dann wäre die Unterstützung reichlicher geflossen und der Streik zu ihren Gunsten entschieden worden. Börner mahnt die Schuld an dem verlorenen Streik den Droschkentischern selbst bei. Der Vorwurf könne ihnen nicht erpart werden, daß sie denselben viel zu spät gemeldet haben. Schon längst sei ihnen bekannt gewesen, daß sie vor einem Streik stehen, trotzdem unterließen sie die Errichtung eines Fonds. Sie, die sich ihrer Solidarität mit der übrigen Arbeiterschaft erst sehr spät bewußt wurden, verlangen nun aber schnelle Hilfe; offensichtlich würden sie aus dem Fall die Lehre ziehen, daß man nie unvorbereitet in den Kampf treten soll und sich der Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft vorher vergewissert. Derselben Ansicht war Kistenmacher Tschernig, Möbelpolier Franke, der Obmann des Ausschusses, wie die Vorwürfe Schütte's ebenfalls zurück. Aus der Resolution, welche in Angelegenheit zur Regelung der Streiks von der Kommission angenommen wurde, ergebe sich die Richtigkeit der besetzten Handlungsweise. Sache des Ausschusses könne es nicht sein, alle Versammlungen zu besuchen, um von dem, was in den Gewerkschaften vorgeht, unterrichtet zu sein. Die Angelegenheit ist normal erledigt worden, daß es nicht schneller ging, lag an der verspäteten Anmeldung. Droschkentischer Schütte nannte den Gang der Verhandlungen in der Kommission bürokratisch, dagegen wende er sich nicht wegen der ungenügenden Unterstützung erhebe er den Vorwurf. Durch einen gehörigen moralischen Druck auf die Droschkentischer konnte sehr wohl der Streik zu Gunsten der Kutscher entschieden werden. Töpfer Daudert wunderte sich, daß überhaupt eine Gewerkschaft nach Verlauf einer Woche schon um Streikunterstützung nachsucht. Er verwies auf den Fensterstreik der Töpfer, der diesen alljährlich Tausende kostet und den sie fast ausschließlich aus eigenen Mitteln führten. Droschkentischer Bause verteidigte seine Gewerkschaft. Sie konnten vorher nicht wissen, daß der Streik solche Dimensionen annehmen würde; hätte ihr Delegierter (Stiller) ausfänglich den Bescheid gebracht, wie ihn heut Franke gegeben, dann hätten sie andere Maßnahmen getroffen. Stereotypen Schimanski verlangte die nochmalige Veröffentlichung der seiner Zeit (am 21. April v. J.) in Angelegenheit von Streikregelung gefassten Resolution. Hilfsarbeiter Thal glaubte auch anzusprechen zu müssen, daß der Ausschuss zu langsam gearbeitet habe, dem Metallarbeiter Trittelwitz entschieden widersprach. Nach Annahme eines Schlussantrages bemerkte noch Schütte, daß auch er nicht den Präzedenzfall für den verlorenen Streik abgeben wolle, seine Absicht war es nur, zu hören, ob immer so langsam gearbeitet werde. Hierauf wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten.

Millarg verlas den Rechenschaftsbericht der Kommission für die Zeit vom Anfang September 1893 bis Januar 1894, der bereits in der vorigen Versammlung jedem Delegierten in Form einer Broschüre eingehändigt wurde. Die Zahl der durch Delegierte vertretenen Gewerbe ist 62. Die Einnahmen beliefen sich vom 7. August 1893 bis 12. Januar 1894 wie folgt: für Marken 483,35 M., für's Gewerbegericht 56,55 M., für's Bureau 157,57 M., Extrabeträge 2645,29 M., Ueberführung der Matinee bis dato 172,85 M., alter Bestand 1360,99 M., somit insgesamt 4876,70 M. Die Ausgaben betragen 2826,64 M., mithin verbleibt ein Bestand von 2050,06 M. Aber gab Ausschuss über die Frequenz des Gewerkschaftsbureaus, Rosenstr. 28, 1 Tr. Mechaniker Berger beantragte namens der übrigen drei Revisoren die Ertheilung der Decharge längere Disposition veranlaßte eine Angelegenheit des Hausdieners Herrmann, der mit einem Gesuch an den Ausschuss herangetreten war, den Ersatz ihm verloren gegangener Marken niederzuschlagen und ebenso Fortis und Prozekosten im ungefähren Betrage von 20 M. zurückzufordern. Um keinen Präzedenzfall zu schaffen, hatte ihn der Ausschuss an das Plenum der Kommission verwiesen. Börner, Frau Müller (Hilfsarbeiterin) und Hildebrandt (Lithograph) bekämpften dabingehende Anträge. Die Gewerkschaftskommission könne sich mit Untersuchung derartiger Angelegenheiten nicht befassen Sie habe den Gesuchsteller an seine Gewerkschaft zu verweisen und diese sei zur Deckung etwaiger Defizits oder Räte ihres Delegierten verpflichtet. Die Hausdiener Barnewitz und Politz erklärten: die Sache sei von einer Kommission gründlich untersucht worden; die von Herrmann verlorenen Marken ist ihm seitens der Polizei ohne Marken wieder zugestellt worden; trotzdem wurden mehrere Anträge, die Prozekosten und das Verlustkonto auf die Kasse der Gewerkschaftskommission zu übernehmen, abgelehnt. — Auf Antrag des Töpfers Daudert wird die Veröffentlichung der Namen derjenigen Personen beschlossen, welche trotz wiederholter Aufforderung und persönlicher Rücksprache ihre Bergarbeiter-Streit- resp. Gewerbegerichts-Sammellisten noch nicht abgerechnet haben. Es sind dies: Schuhmacher Wartenberg, Gewerbegerichtsliste 123 (gef. 1,20 M.) und 225 (gef. 4,60 M.); Musiker Bogel, Bergarbeiterliste 43; Tischler Schöning, Gewerbegerichtsliste 511; Brauer Köchle, Bergarbeiterliste 519; Hausdiener Rebay, Bergarbeiterliste 510; Metallarbeiter Hartmann, Gewerbegerichtsliste 362; Schlächter Gasmann, Gewerbegerichtsliste 61 und Bildhauer Schwand, Bergarbeiterliste 40 (ungefährlich darauf gesammelt). Daudert nahm hierauf Gelegenheit, nochmals auf das von ihm bereits in einer früheren Versammlung erläuterte Sammelsystem der Töpfer hinzuweisen, das die Erfassung vollständig überflüssig mache und somit derartigen Vorkommnissen entschieden vorbeuge. Dem Kassierer Millarg wurden 30 M. Mantelgeld bewilligt. Die Verlesung der Präzedenzliste ergab die Anwesenheit von 66 Delegierten; ohne Entschuldigung fehlten die Vertreter der Bäcker, Konditoren, Koll- und Kalktischer, Brauerei-Hilfsarbeiter, Steinarbeiter, Dachdecker (vermanent), chirurgische Branche, Tischler (Küch.), Einseher, Vergolder und Jalouise-Arbeiter.

Die Beschlusseffung über die Aufbringung der Mittel zur Deckung der Unkosten für das Gewerkschaftsbureau wurde vertagt. Der Ausschuss hat der Größe der verschiedenen Gewerkschaften entsprechend folgende Norm aufgestellt. Es wurden, aufs Jahr berechnet, zu zahlen haben: (Die eingeklammerten Zahlen bedeuten Reichsmark.)
Bäcker (40), Konditoren (20), Brauer (80), Schlächter (20), Tabakarbeiter (80), Kellner (80), Barbier (20), Köche (20), Kornträger (20), Hausdiener (100), Droschkentischer (50), Koll- und Kalktischer (20), Möbeltransport-Arbeiter (20), Kaufleute (50), Brauerei-Hilfsarbeiter (50), Maurer (80), Beyer (40), Zimmerer (40), Radfahrer (20), Steinarbeiter (80), Steinsäger (40), Töpfer (50),

Dachdecker (20), Glaser (20), Uhrmacher (30), Goldschmiede (80), Klempner (20), Kupferarbeiter (60), Metallarbeiter (150), Schmiede (30), Zinngießer (20), Firmenschilder-Arbeiter (20), Chirurgische Instrumenten-Arbeiter (40), Tischler (120), Musikinstrumenten-Arbeiter (60), Einseher (30), Anschläger (30), Kistenmacher (40), Holz- und Bretterträger (20), Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter (40), Bildhauer (60), Böttcher (40), Stelmacher (20), Korbmacher (20), Drechsler (20), Stodarbeiter (10), Knopfmacher (10), Schirmmacher (10), Möbelpolier (50), Vergolder (30), Tapezierer (30), Bürsten- und Pinselmacher (10), Schneider (80), Schuhmacher (30), Textilarbeiter (20), Wäschefabrikation (20), Lohgerber, Lederarbeiter (30), Weißgerber (40), Sattler (20), Handschuhmacher (30), Hutmacher (80), Filzschuharbeiter (20), Mech. Schuhfabrikation (20), Kürschner (30), Blumenfabrikation (20), Buchdrucker (120), Buchbinder (80), Buchdruckerei-Hilfsarbeiter (60), Stereotypen (40), Typographische Zeichner (20), Formenstecher, Tapetenrunder (20), Lithographen und Steinrunder (60), Porzellan- und Steingutarbeiter (20), Porzellan- und Glasmaler (20), Fabrik- und Hilfsarbeiter (20), Gummi-Arbeiter (10), Musiker (20), Jalouise-Arbeiter (10), was eine Gesamtsumme 8100 M. ergibt. —

Eine Angelegenheit der Kellner bei Bühler, Rosenthalerstraße 88, wurde dem Ausschuss zur Untersuchung überwiesen. — Da die Delegierten zum größten Teil neugewählt sind, so beantragte Berger die Veröffentlichung der am 21. April v. J. angenommenen Resolution, in welcher alle Funktionen der Gewerkschaftskommission niedergelegt sind.

Nebst begründete seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß wohl die wenigsten Delegierten sich den „Vorwärts“ ausgeben und die Beschlüsse nachlesen. Wie der Fall mit den Droschkentischern zeige, sei diese Resolution dem Gedächtnis der meisten Delegierten entschwunden, deshalb empfehle sich ihre nochmalige Veröffentlichung. Die Versammlung stimmte dem zu und wurde hierauf 12 1/2 Uhr geschlossen.

Die Resolution lautet: „Die Berliner Gewerbe- sowie die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen — haben die Pflicht, in die Gewerkschaftskommission je einen Delegierten zu entsenden. Es ist dabei gleichgültig, ob für das betreffende Gewerbe eine Berufs- oder Fachorganisation besteht oder nicht. Diese Delegierten dürfen nur in öffentlichen Gewerkschafts-Versammlungen gewählt werden, haben auch nur in solchen Bericht über die Beschäfte und Maßnahmen der Gewerkschaftskommission zu erstatten. Das Bureau der betreffenden öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung hat auch dem Delegierten ein Mandat auszustellen, mittelst welchem bescheinigt wird, daß derselbe in öffentlicher Versammlung gewählt wurde. Die Delegierten kommen in öffentlichen Versammlungen zusammen, zu denen jedermann Zutritt hat und auch an der Beratung theilnehmen kann. Die Gewerkschaftskommission ist verpflichtet, überall, wo die Interessen der Arbeiter es erfordern, einzugreifen, sei es bei Streiks, Lohnbewegungen, Aussperrungen, Vorspott- oder dergleichen.“

Bei den Wahlen zu den Gewerbeberichten hat die Gewerkschaftskommission die Agitation, Vorarbeiten u. s. w. zu erledigen; ebenso sind die jeweiligen Geldsammlungen zu obigen Zwecken von der Gewerkschaftskommission selbst vorzunehmen resp. zu regeln. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission hat halbjährlich an die Mitglieder der Gewerkschaftskommission einen gedruckten Bericht über die Thätigkeit der Kommission zu verabsorgen.

Unter Regelung der Geldsammlungen, z. B. bei Streiks, ist zu verstehen, daß die Gewerkschaften bei allen Streiks, in denen die moralische und materielle Hilfe der Berliner Arbeiterschaft in Anspruch genommen werden soll, verpflichtet sind, diese Streiks der Gewerkschaftskommission vorher anzumelden und ihre Sammellisten mit dem Stempel der Gewerkschaftskommission versehen zu lassen.

Die Ueberträge aus solchen Sammlungen, die mit Unterstützung der übrigen Berliner Arbeiter — also mit Hilfe der Gewerkschaftskommission vorgenommen werden, sind nach beendigtem Streik an die Gewerkschaftskommission abzuführen und dort für spätere Streiks u. s. w. zu verwenden; auch unterstützen diese Sammlungen der Kontrolle der Gewerkschaftskommission.

Bemerkung soll hierbei werden, daß die Gewerkschaften bei Verfassungen oder partiellen Streiks selbst für die materielle Unterstützung ihrer Gewerkschaften zu sorgen haben, und daß auf Sammellisten, auf welchen bei dergleichen kleineren Streiks in der eigenen Gewerkschaft gesammelt wird, der Stempel der Gewerkschaftskommission nicht notwendig ist.

Des weiteren ist unter Regelung der Geldsammlungen zu verstehen, daß das Listensystem nach Möglichkeit eingeschränkt resp. abgeschafft wird und an Stelle dessen die Sammlung mittels Sammelmarken à 5- oder 10 Pf. von der Gewerkschaftskommission angefordert werden soll.

Die Erledigung der Geschäfte der Gewerkschaftskommission findet durch einen geschäftsführenden Ausschuss statt, welcher händig aus 7 Delegierten besteht; jedoch hat dieser Ausschuss das Recht, zeitweise geeignete Personen bei besonderen Anlässen mit zur Geschäftsführung hinzuzuziehen.

Die Kontrolle der in Händen der Gewerkschaftskommission befindlichen Gelder wird in der Weise ausgeübt, daß möglichst vierteljährlich aus der öffentlichen Kommission-Versammlung drei Revisoren gewählt werden, welche der nächsten öffentlichen Versammlung über die stattgefundenen Revision berichten.“

Charlottenburg. Genosse Räther referierte hier am 11. d. M. in einer Versammlung der Rohrlieger und Helfer über das Thema: „Der Ruhen der Gewerkschaftsorganisation.“ Dem Vortrage folgte eine rege Diskussion, in der die Kollegen Picins, Carpentier, Scheffler, Stämper und Ritter im Sinne des Referats den Anschluß an den Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter lebhaft befürworteten. Eine Resolution, die sich gleichfalls dahin ausspricht, gelangte einstimmig zur Annahme. Sodann wählte die Versammlung den Kollegen Ritter, Sophie-Charlottenstr. 16 wohnhaft, zum Vertrauensmann. Zum Schluss ermahnte der Referent die Kollegen, bei den Wahlen zum Gewerbegericht ihre Scrupellosigkeit zu thun. Die Sozialdemokratie muß am 19. Februar wiederum einen glänzenden Sieg aufweisen.

Nieder-Schönheide. Zwecks Errichtung einer Filiale des Verbandes der Textilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands für 3 Johannisthal und Umgebung tagte hier am 18. Februar in der Borulka-Brauerei eine öffentliche Versammlung. Häbisch-Berlin referierte über die wirtschaftliche Lage der Textilarbeiter. Von einem geschäftlichen Aufschwung in der Textilindustrie, von Arbeitermangel und damit im Zusammenhang stehender Lohn- und Arbeitsverbesserung könne trotz der Versicherung des Ministers von Bötticher bei der letzten Reichstagsdebatte im Reichstage durchaus keine Rede sein, im Gegenteil, unangenehm gehen die Löhne zurück. Während beispielsweise im Jahre 1886 in Oritz und Umgegend der Durchschnittslohn noch 24,80 M. betrug, ist er jetzt bis auf 14 und selbst bis auf 10 M. gesunken. In Ludenwalde verdienen die Männer bei 12 stündiger Arbeitszeit 8-10 M., die Frauen 7-8 M. wöchentlich; in Berlin und Umgegend sei es nicht viel besser. Niemand wird behaupten können, daß sich mit solchem Verdienst ein menschenwürdiges Dasein führen lasse; man brauche also nicht mehr nach dem Culengebirge zu gehen, um Roth und Elend und durch Unter-Ernährung verkommene Gestalten zu sehen. Aus Großenhain, wo bisher der Durchschnittslohn bei zwölfstündiger Arbeitszeit 11 Mark betrug, habe er am Vormittag die Nachricht erhalten, daß die Textilarbeiter in einen Streik einzutreten gezwungen sind, da die Fabrikanten 20 pCt. Lohnabzug ankündigten. Der Kapitalbesitz, ganz gleich in welchen Händen er sich befindet, zeitigt überall dieselben Aus-

wüchse — die rücksichtslosste Ausbeutung der Arbeiter. Kollege Gallasch-Glienide ergänzte die Ausführungen des Referenten, wiewohl namentlich auf die Gefahren, denen Frauen und Mädchen durch Nachstellungen der Meister und des Komplexpersonals in den Fabriken ausgesetzt sind und forderte gleichfalls zum Beitritt in den Verband auf. Nach einer Pause, während der sich die meisten der Anwesenden in die ausgelagerten Mitgliederlisten einzeichneten, gelangte ein Antrag auf Errichtung einer Filiale des Verbandes zur Annahme. In den provisorischen Vorstand wurden Gallasch-Glienide als Bevollmächtigter und Johann-Johannisthal als Kassier gewählt.

Briefkasten der Redaktion.

Wäskner, Dresden. Wenn die Schwester eine Forderung hat, muß sie Zahlungsbefehl erlassen. Ob eine Verpändung, wie Sie sie sich denken, nach säkularischem Rechte gültig wäre, müssen Sie sich dort von einem Juristen sagen lassen, in Preußen wäre sie ungültig. Unterstützungswohnung ist Berlin. Die Frau haftet nicht für die Schulden des Mannes und könnte wegen der ihr vor der Ehe gehörigen Sachen interveniren.

H. 21. Abends 7 1/2-8 1/2.

H. 100. 1. Ja. 2. Ja.

Graf Ohlan. Beschweren Sie sich beim Obergerichtsanwalt in Breslau unter Angabe des staatsanwaltlichen Schreibens und führen Sie an: Der Einziehung unterliegt nach § 41 Str.-G.-B. eine Druckschrift nur, wenn sie im Besitze des Verfassers, Druckers, Herausgebers, Verlegers und Buchhändlers sich befindet oder öffentlich ausgelegt oder angeboten ist. Wenn Sie aus Rudolfsstadt eine Benachrichtigung erhalten, daß ein Termin stattfindet, in dem über das Buch gewurteilt werden soll, so protestiren Sie schriftlich beim Landgericht Rudolfsstadt gegen die Einziehung aus denselben Gründen.

H. 2. 94. Läßt sich nicht so einfach beantworten. Kommen Sie, wenn möglich mit Ihrer Braut in die Sprechstunde.

E. 3. 35. Sie werden nichts machen können. Unter diesen Umständen hätte Ihre Frau eben den Mantel nicht nehmen sollen, nahm sie ihn aber, so erklärte sie sich auch mit der neuen Bedingung einverstanden.

H. 2. Schaffen Sie sich die Fahne ruhig an und beschweren Sie sich außerdem.

H. 2. Nr. 10. Nein.

Jünger Parteigenosse. 1. Vernommen können Sie werden, brauchen aber nicht bereitwillig zu werden. Dafür bestehen noch Gebühren, Einzelheiten sind uns aber nicht bekannt.

Breslau 27. 1. Wenn sie nicht die zu 2 angeführte Behauptung beweist, ist die Sache für das Mädchen aussichtslos. 2. Verpändet wäre die Strafanzeige und die Zivilklage noch nicht.

H. in R. Sie sind im Recht, die Frage ist aber so verwickelt, daß Sie sich einen Rechtsanwalt nehmen müssen. Es kommt preussisches Verjährungsrecht in Anwendung, wie das Reichsgericht Entsch. Bd. 6, S. 24 festgesetzt hat. Nach dem preussischen Gesetz vom 31. März 1833, für Wehlar gültig nach dem Gesetz vom 9. Februar und 18. März 1869 (Ges.-Sammlg. 341, 484) ist diese Forderung verjährt.

Berliner Schachverein. Wir nehmen nur solche Vereine auf, welche aus Parteigenossen bestehen.

Krüger, Stettin. In der Reclam'schen Universalbibliothek in Leipzig, Nr. 1121.

Unser Zeitschriftenkassier. Es kommt sehr darauf an, ob der Witth erklärt hat, er wolle Sie von Verträgen entbinden oder ob er bloß gesagt hat, Sie sollten ausziehen. Ferner würde die mündliche Einbindung vom Verträge auch nur gültig sein, wenn die Halbjahresmiete nicht mehr als 150 M. beträgt. Kommen Sie nochmals in die Sprechstunde.

Anna Sch. 10. Zurückhalten können Sie ihn nicht lassen. Er muß Ihnen Alimente zahlen, aber wie wollen Sie das im Auslande erzwingen?

Spann, Mulackstr. 9. Sie haben keinen Anspruch gegen die Kasse, können auch nicht Mitglied bleiben (§§ 27 und 28 des Krankenkassen-Gesetzes).

Zwei Genossen. Reinders war 1878 in Breslau gewählt und starb 1879.

H. A. Schöneberg. 1. Fragen Sie im Bureau des Innungskassenschusses Neue Friedrichstr. 17 an. 2. Ja. 3. Lehrverträge sind stempelfrei.

H. B. 1749. Sie müssen sich an einen Patentanwalt wenden.

H. A. Lütgendortmund. Gegen vorherige Einsendung von 6,50 M. liefert Ihnen die Buchhandlung des „Vorwärts“ Heine's Werke.

H. 3. 30. Eine Ausbildung muß vorausgehen, deren Kosten uns nicht bekannt sind. Sie müssen sich mit dem Antrage um Zulassung zur Ausbildung ans Polizeipräsidium wenden. Dazu brauchen Sie: Lausche, Impfschein, ein Attest des Stadtphysikus, daß Sie gesund, und ein Attest des Polizeireviere, daß Sie unbescholten sind. Sie können sich in Berlin niederlassen.

H. 2. 40. Sie können nicht klagen.

H. 2. 100. Ja.

Ernst Enge. Die Sachen die bei Gericht sind, müssen Sie von der Staatsanwaltschaft zurückerbiten, die Leute die Sachen von Ihnen genommen haben, müssen Sie zur Rückgabe auffordern und nöthigenfalls verklagen.

Alter Abonnent 10. 1. Beschweren Sie sich beim Rektor. 2. Unverbindlich, fragen Sie in der Sprechstunde nach.

Bogelländer, Marzahn. Die Verfügung ist gesetzlich. Sie können nichts machen.

Hobelspahn. Von Preußen.

H. 2. 100. Bis 1. April.

H. 2. 100. Nein.

H. R. in 2. 12. 1. Wenn er mit Vorbehalt seiner Rechte quittirt hatte, ja. 2. Nichts.

H. 2. Für beide Fragen: ja.

Alter Abonnent, Wendingerstr. 4. Bitte, wiederholen Sie Ihre Anfrage.

H. M. Wiederholen Sie, bitte Ihre Anfrage.

H. 2. 82. 1. Ja. 2. Ja. 3. Ja. Gefängniß bis zu 3 Jahren oder Geldstrafe bis 600 M.

Damm 3. R. Es kann nur gemäß § 124b, Gewerbeordnung für eine Woche der Betrag des örtlichen Tageslohns wie er für die Gemeinde-Krankenversicherung festgesetzt ist (§ 8 Krankenkassengesetz) gefordert werden.

H. 2. 81. 1. Nein. 2. Schwerin ist ein Tag an dem Reichstag oder Landtag Anträge von Mitgliedern des Hauses beraten und keine Regierungsvorlagen.

H. 2. 10. 1. Die Forderungen verjähren erst in 30 Jahren. 2. Die Klage muß Ihnen gestellt werden.

H. 2. Nahrungstrafe. Die Desinfektion ist nicht unentgeltlich, kostet vielmehr, wenn sie an der Krankheitsstätte vorgenommen wird, für ein Zimmer 3 M., für jedes weitere Zimmer 2 M. In der Desinfektionsanstalt, Reichenbergerstr. 66, ist für die Desinfektion mittels Wasserdampfes mindestens 4 M. zu zahlen. Die Desinfektion mittels Chemikalien kostet pro Stunde 80 Pf. Die Frage ist nicht korrekt beantwortet. Wenn jemand unter 100 Thlr. Mietde zahlte, oder bis zur zweiten Steuerstufe flüchtet, dann ist die Desinfektion vollständig kostenfrei und trägt nicht den Charakter der Armenunterstützung.

Lange, Bergstr. a. S. Sehr zweifelhaft. Wir rathen nicht zur Klage.

Schulz, Restaurateur. Wenn nichts verabredet ist, gilt sechswochige Kündigung auf die Quartaltage. Nur wenn von vornherein monatweise gemiethet und auch gelohnt worden war, gilt halbmonatliche Kündigung, namentlich, wenn das Mädchen nicht zum Quartal eingetreten war.